

aktuelle analysen | 82



Hanns
Seidel
Stiftung

Das Kreuz mit der Neuen Rechten?

Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand

Uwe Backes / Philipp W. Hildmann (Hrsg.)

Uwe Backes / Philipp W. Hildmann (Hrsg.)

Das Kreuz mit der Neuen Rechten?

Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand

VORWORT



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Seit ihrer Gründung im Gemeindesaal einer evangelischen Kirche steht die AfD, die heute der parlamentarische Arm der Neuen Rechten ist, in einem spannungsreichen Verhältnis zum Christentum. Die verfassten Kirchen haben sich mit Recht deutlich gegen die rechtspopulistische, zunehmend völkisch-nationalistische, rechtsextremistische und antisemitische Partei positioniert: „Unser Kreuz hat keine Haken!“ Teile der Partei werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall behandelt. In Bayern wurde die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ vom Verfassungsschutz in das Verzeichnis extremistischer Organisationen aufgenommen. Gemeinsamkeiten mit dem kirchlichen Verständnis von der Würde des Menschen oder der Botschaft christlicher Nächstenliebe sucht man vergeblich.

Unverkennbar ist aber auch, dass sich die Neue Rechte regelmäßig auf das „Christentum“ beruft. Sie inszeniert sich als letzte Retterin des „christlichen Abendlands“ vor den „muslimischen Horden“. Sie argumentiert vermeintlich religiös, um sich ein gemäßigt-bürgerliches Image zu geben und Stimmen aus unterschiedlichen katholischen wie protestantischen Milieus auf sich zu vereinen. Umgekehrt ist es ebenfalls unverkennbar, dass auch religiöse und kirchliche Kreise aus verschiedenen Konfessionen und Frömmigkeitsrichtungen mit Akteuren und Argumenten dieses neurechten Milieus sympathisieren.

Eine Politische Stiftung, die ihre Arbeit im In- und Ausland auf dem christlichen Menschenbild verortet und die ihre Legitimation von einer C-Partei empfängt, fordert dieser Befund heraus. Sie ist aufgefordert, dieses Phänomen zu analysieren und in seiner Widersprüchlichkeit sichtbar werden zu lassen. Genau dies ist der Ansatz der hier vorliegenden Ausgabe der „Aktuellen Analysen“ der Hanns-Seidel-Stiftung. Wir sind überzeugt, dass Nüchternheit und transparente Aufbereitung der Fakten das beste Gegenmittel in der Auseinandersetzung mit einer Neuen Rechten darstellen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören möchte.

Ich wünsche eine angenehme und aufschlussreiche Lektüre.

///

Inhalt

Vorwort	2
■ Markus Ferber	
Das Kreuz mit der Neuen Rechten?	6
Einführung	
■ Uwe Backes / Philipp W. Hildmann	
Rechtskatholizismus und die Neuen Rechten	14
Christsein und rechts?	
■ Sonja Angelika Strube	
Vorurteile, Rechtsextremismus und Wahl der AfD	26
Was hat das mit Religion zu tun?	
■ Alexander Yendell	
Die „Neue Rechte“ und das Christentum	40
Religion wird benutzt	
■ Uwe Backes	
Kampfplatz Gender	52
Ideologische Muster, Kontexte, Hintergründe	
■ Maren Behrensen / Marianne Heimbach-Steins	
Rechtspopulistische Sprache und Gewalt	66
Vom Sagbaren zum Machbaren	
■ Astrid Séville	

Sturm und Schiffsverkehr	78
Der Konflikt zwischen Rechtspopulisten und christlichen Kirchen	
■ Lukas David Meyer	
Kirchennahe Wählerschaft und Wahl der AfD	88
Religion und Rechtspopulismus	
■ Gerhard Hirscher	
Rechtspopulistische Positionen und Evangelikale	104
Sind evangelikale Christen besonders rechts?	
■ Uwe Heimowski / René Markstein	
Das „christliche Abendland“ als tragfähiges Bindeglied?	116
Mobilisierungspotenzial einer rechten Sammelbewegung im EU-Parlament	
■ Sarah Schmid	



Prof. Dr. Uwe Backes

ist stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und apl. Prof. am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden.

Dr. Philipp W. Hildmann

ist Leiter des Kompetenzzentrums Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Einführung

Das Kreuz mit der Neuen Rechten?

In welcher Weise und zu welchem Zweck wird das Christentum von unterschiedlichen Akteuren der Neuen Rechten instrumentalisiert? Und wie halten es umgekehrt die Religiösen im Lande mit den Akteuren und den Argumenten dieses neurechten Milieus? Beiden Fragen gehen die Beiträge dieses Bandes in unterschiedlicher Gewichtung und Blickrichtung nach.

„Es ist wahr. Euch verdanke ich mein Leben, daher schenke ich Euch mein Reich. Die Zeit der tausend Jahre erfüllt sich. Jetzt versammeln sich die Völker an den Enden der Erde. Ihre Zahl ist so groß wie der Sand am Meer.“¹ So spricht der von „Buddha und Allah [...], Schiwa, Wischnu, Garuda, Krischna, Partawi, Indra, Deruga, Suriya, Bhairaw, Rawana und Kali“ vom Kreuz gerettete „kleine Gott der Christen“,² der den hinterhältigen Wohltätern aus den ärmeren Teilen der Welt in seiner tollpatschigen Gutmütigkeit das Material liefert, mit dem sie ihre Invasionsflotte für die Migration nach Europa bauen. Die Szene aus der sogenannten Mistkäfer-Parabel stammt aus dem 1973 erstmals im Druck erschienenen dystopischen Erfolgsroman „Das Heerlager der Heiligen“ des französischen Schriftstellers Jean Raspail (1925-2020), der die „drohende Überwältigung Europas durch die explodierenden Menschenmassen der Dritten Welt“³ zum Gegenstand einer apokalyptischen Erzählung macht, deren Verachtung für die stinkende Masse der Eindringlinge (darunter eben jener „Mistkäfer“, ein „Berufskotfahrer, Kotstampfer und Former von Kotbriketts“,⁴ dem die zitierte

Jean Raspails apokalyptische Erzählung von der Überwältigung Europas erschien 1973.

**Raspails Werk
löste Begeisterung
in deutschen
rechtsextremen
Kreisen aus.**

Parabel ihren Namen verdankt) nur von der Wut über die westlichen Eliten übertroffen wird, deren „leichtfertige Nächstenliebe“⁵ diesen die Tore geöffnet habe.

In Frankreich wurde Raspails Werk zum ultramigrationskritischen Klassiker, lange bevor die extreme Rechte sich mehrheitlich zur Verteidigerin des „christlichen Abendlandes“⁶ stilisierte. Auch die erste deutsche Ausgabe löste Mitte der 1980er-Jahre begeisterten Applaus vor allem in rechtsextremen Kreisen aus, für die das Christentum allenfalls am Rand ein Thema war. Erst in den Jahren nach den Terroranschlägen von 9/11 in New York und bei Washington bildete sich in verschiedenen europäischen Ländern teils aus bereits bestehenden Parteien und Vereinigungen, teils aus neu gebildeten Formationen eine, wie sie in der internationalen Forschung meist bezeichnet wird, radikale populistische Rechte heraus, die auch vor dem Hintergrund der Welle weiterer islamistischer Anschläge in verschiedenen europäischen Ländern den Kampf gegen die „Islamisierung“⁷ ins Zentrum ihrer Programmatik rückte.

Anders als NS-affine Gruppierungen berief sich die radikale populistische Rechte dabei auf das Erbe der Kreuzzüge und griff teils auf deren Terminologie – Reconquista – und Metaphorik wie das rote Georgskreuz auf weißem Grund zurück. Dies erklärt zum Teil die gestiegene Anziehungskraft auf extrem konservativ-kirchentreu und christlich-fundamentalistische Milieus, denen die ambivalente Haltung insbesondere der intellektuellen Vordenker der sogenannten „Neuen Rechten“⁸ gegenüber dem Christentum und dessen Instrumentalisierung für politische Zwecke oft verborgen bleibt. Diese kommt schon darin zum Ausdruck, dass Jean Raspails „übles Machwerk“⁹ 2015 im Antaios-Verlag des Mitbegründers der neurechten Denkfabrik „Institut für Staatspolitik“¹⁰, Götz Kubitschek (geb. 1970), vom österreichischen Publizisten Martin Lichtmesz (mit bürgerlichem Namen Martin Semlitsch, geb. 1976) neu ediert wurde und zu den Kultbüchern der Szene zählt.¹¹ Ein Kritiker sprach mit gewissem Recht von einer „Blaupause von Pegida“.¹²

Zudem bildet „Das Heerlager der Heiligen“ die Grundlage für die Verschwörungserzählung vom „Großen Austausch“. Sie stammt von dem französischen Autor Renaud Camus (geb. 1946), erstmals formuliert in zwei Publikationen aus den Jahren 2008 und 2010.¹³ „Mit dem ‚Großen Austausch‘ ist die angebliche Ersetzung der – wie es oft in neurechten Kreisen heißt – ‚autochthonen Völker Europas‘ durch ‚Fremde‘ gemeint.“¹⁴ Auch dieses Werk hat der Antaios-Autor Martin Lichtmesz ins Deutsche übersetzt und in Götz Kubitscheks neurechtem Verlag 2016 veröffentlicht.¹⁵

Damit ist die doppelte Leitfrage der hier vorliegenden Ausgabe der „Aktuelle Analysen“ intoniert: Wie steht es um die Instrumentalisierung des Christentums durch die unterschiedlichen Akteure der Neuen Rechten von Identitärer Bewegung bis Alternative für Deutschland, von Rassemblement National bis zur ID-Fraktion im EU-Parlament sowie deren gleichzeitige ambivalente, ja „schillernde“¹⁶ Haltung zu Religion und Kirche? Und wie halten es umgekehrt die Religiösen im Lande aus verschiedenen Konfessionen und Frömmigkeitsrichtungen mit Akteuren und vor allem Argumenten dieses neurechten Milieus? Beide Fragen stehen in unterschiedlicher Intensität und Gewichtung im Zentrum der Analyse der folgenden Beiträge.

Wie komplex die schon von Theodor W. Adorno aufgezeigten „Beziehungen zwischen religiösen Ideologien und Ethnozentrismus“¹⁷ sind, ist das Thema von Sonja Angelika Strube. In ihrem Beitrag „Rechtskatholizismus und die Neuen Rechten“ spürt sie folgendem Paradox nach: Das Engagement gegen politischen Rechtspopulismus, Illiberalismus und Autoritarismus gilt unter Christen zumindest hierzulande meist als eine Selbstverständlichkeit, während sich zugleich in allen Konfessionen Gruppierungen überzeugter Christen finden, die mit Personen und Parteien der Neuen Rechten nicht nur sympathisieren, sondern auch zusammenarbeiten. Unter anderem zeigt sie dabei auf, wie dies wiederum von neurechten Intellektuellen gezielt dazu genutzt wird, Parteien wie der Alternative für Deutschland ein gemäßigt-bürgerliches Image zu verleihen, um sie für Menschen etwa aus konservativen katholischen wie protestantischen Milieus wählbar zu machen.

Rechtspopulisten geben sich gerne als Bewahrer des christlichen Abendlandes, und Religiöse gelten oft als intolerant. Der Beitrag von Alexander Yendell „Vorurteile, Rechtsextremismus und Wahl der AfD“ diskutiert deshalb zwei Fragen: Inwieweit steht Religiosität in Zusammenhang mit negativen Haltungen gegenüber Ausländern, Juden und Muslimen bzw. sind Christen intoleranter als Nicht-Christen und neigen Religiöse eher zu Vorurteilen sowie Rechtsextremismus als Nicht-Religiöse? Und inwieweit stehen Religiosität und religiöse Praxis in einem direkten Zusammenhang mit der Wahl der Alternative für Deutschland? Für die Analyse verwendet er dabei die Daten des International Social Survey Programme (ISSP)¹⁸ 2018 mit dem Schwerpunkt Religion.

Der historisch gesehen doch eher überraschende Brückenschlag zwischen Neuheidentum und Christentum ist Gegenstand des Beitrags „Die ‚Neue Rechte‘ und das Christentum“ von Uwe Backes. Er geht dem strategischen Schulterchluss der in ihrer Mehrheit ursprünglich zum Christentum kritische, wenn nicht gar feindselige Distanz währenden Neuen Rechten mit christlichen Fundamentalismen seit Beginn der 2000er-Jahre nach. Besondere

Rechtspopulisten geben sich oft als Bewahrer des christlichen Abendlandes aus.

Aufmerksamkeit erfährt hier die Vorreiterrolle des eingangs genannten neu-rechten Vordenkers Martin Lichtmesz. Für eine genauere Ortsbestimmung der Neuen Rechten im Raum zwischen Christlicher Demokratie und NS-affinem Rechtsextremismus, so Backes' Kernthese, komme diesem Thema erhebliche Bedeutung zu. Deutlich wird zugleich, dass dieser Schulterchluss bei einer intellektuell redlichen Betrachtung aus christlicher Perspektive spätestens beim Konzept des Ethnopluralismus an seine Grenzen kommen müsste.

In der politischen Rhetorik der AfD ist der „Kampfplatz Gender“ omnipräsent.

Seit Anfang der 2000er-Jahre ist das Phänomen eines international agierenden Anti-Gender-Aktivismus zu beobachten, der in einigen europäischen Nachbarländern Deutschlands derzeit sogar das Regierungshandeln prägt. Maren Behrensen und Marianne Heimbach-Steins zeigen, dass dieser „Kampfplatz Gender“ in der politischen Rhetorik der Alternative für Deutschland omnipräsent ist. Gender-Ideologie, Gender-Wahnsinn, Gender-Gaga und ähnliche Wortgebilde zählen zum ideologischen Rüstzeug in einem behaupteten und mit Unterstellungen durchwirkten Abwehrkampf, der für alle unterschiedlichen Strömungen innerhalb dieser Partei ein Querschnittsthema und Bindemittel darstellt, das mit Verve bedient und genutzt wird. Die Autorinnen skizzieren zentrale Elemente dieser neu-rechten Anti-Gender-Polemik, fragen nach Quellen und Kontexten – wie bestimmten kirchlichen Milieus – und bieten eine philosophische Analyse, die zeigt, wie im Gestus der Empörung Politik mit dem Naturbegriff gemacht wird, um eine bestimmte, als natürlich konnotierte Ordnung zu bewahren.

Ausgehend von der These, dass sich der öffentliche Diskurs heute durch sprachliche Verrohung, Brutalisierung, Enthemmung und eine politische Verschiebung nach rechts auszeichne, thematisiert Astrid Séville in ihrem Beitrag das Verhältnis von „Rechtspopulistischer Sprache und Gewalt“. In den Blick nimmt sie dabei insbesondere die Strategie der Alternative für Deutschland, die Grenzen des Sagbaren durch Tabubrüche und Relativierungen gezielt auszuweiten. Auch wenn sie konstatiert, dass meist keine linear-kausale Beziehung zwischen verbalen Tabubrüchen politischer Akteure und rechtsterroristischen Taten existiert, arbeitet sie doch heraus, dass Verschwörungserzählungen wie die eingangs genannte von Renaud Camus vom „Großen Austausch“, die in AfD-Kreisen höchsten Anklang finden, Deutungsmuster und Legitimationsnarrative für rechtsextreme Gewalt bereitstellen. Diese Legitimationsmuster suggerierten, dass Zeit- und Handlungsdruck bestehe, und vermittelten die Botschaft, dass es Zeit sei, sich „unser Deutschland Stück für Stück zurück[zurück]holen“¹⁹. Dieser Diskurs, so die Autorin, schaffe ein Klima unmittelbar-radikaler Handlungsnotwendigkeit – und so einen Nährboden, einen Resonanzraum für rechtsextremistische Gewalttaten.

Der Kontrast zwischen rechtspopulistischen Einstellungen und den offiziellen Positionen der christlichen Kirchen tritt in besonders augenfälliger Weise auf dem Feld der Migrationspolitik zutage. Hier nehmen Anhänger der Neuen Rechten häufig und lautstark für sich in Anspruch, dezidiert christliche Positionen zu vertreten. In seinem Beitrag „Sturm und Schiffsverkehr“ geht Lukas David Meyer dieser Behauptung nach und unterzieht die migrationspolitische Programmatik der Rechtspopulisten einer erhellenden theologisch-ethischen Analyse. Im Umgang mit Migration skizziert er sodann als Aufgabe, die konkrete Notsituation zahlreicher Flüchtlinge nicht aus den Augen zu verlieren, gleichzeitig aber auch die negativen Migrationseffekte in den Herkunftsländern und die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Versöhnung im Blick zu behalten. Mit der Pflicht, Notleidende zu retten, müsse die Tugend einhergehen, politischen Widerstand in Kompromisse zu überführen.

Ähnlich wie Alexander Yendell geht auch Gerhard Hirscher in seinem Beitrag „Kirchennahe Wählerschaft und Wahl der AfD“ noch einmal der Frage nach, ob enge Kirchenbindung vor der Wahl rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien schütze, die traditionell ja eher tiefe Abneigung gegen die Kirchen zeigten. In der Vergangenheit habe man dies für das Wahlverhalten in Deutschland grundsätzlich behaupten können. Doch seien die Rahmenbedingungen der politischen Partizipation in unserem Land einem permanenten Wandel unterworfen, was eine Beantwortung der Frage für die Gegenwart nicht einfach mache. Notwendig sei sie dennoch, um das künftige Potential neurechter Parteien bei einer kirchennahen Wählerschaft besser einschätzen zu können.

Nicht erst seit Liane Bednarz' 2018 erschienenem Buch „Die Angstprediger“ steht der Vorwurf im Raum, dass evangelikale Christen besonders anfällig für rechte Positionen seien.²⁰ Ob dem wirklich so ist, untersuchen Uwe Heimowski und René Markstein in ihrem Beitrag „Rechtspopulistische Positionen und Evangelikale“. Dabei klären sie zunächst, wer sich unter dem Label „evangelikal“ alles versammelt. Sodann gehen sie der Frage nach, welche Motive evangelikale Christen veranlassen könnten, neurechte Parteien zu wählen. Am Ende ihrer Ausführungen warnen sie allerdings in einer von mehreren Schlussfolgerungen vor einer einseitigen und pauschalen Stigmatisierung, die zur Selbstimmunisierung und Radikalisierung gerade derjenigen innerhalb bzw. am Rande der evangelikalen Bewegung führen könne, die ohnehin zu einer Opfermentalität neigten und sich deshalb abkapselten.

Evangelikalen Christen wird oft vorgeworfen, anfällig für rechte Positionen zu sein.

**Eine bedrohte
christliche Identität
könnte die rechten
Parteien im EU-
Parlament einen.**

Zum Abschluss weitet Sarah Schmid noch einmal den Blick über die deutschen Landesgrenzen hinweg. War es aufgrund ideologischer Zentrifugalkräfte, zu starker national orientierter Interessenlagen und weltanschaulicher Partikularinteressen in der Vergangenheit selten zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit rechter Parteien im Parlament der Europäischen Union gekommen, so könnte sich das möglicherweise ändern. Inwieweit das Narrativ einer geteilten und durch den Islam akut bedrohten christlichen Identität das Potential haben könnte, die rechten Parteien im EU-Parlament zu einen und deren Handlungsfähigkeit zu erhöhen, analysiert der Beitrag „Das ‚christliche Abendland‘ als tragfähiges Bindeglied?“.

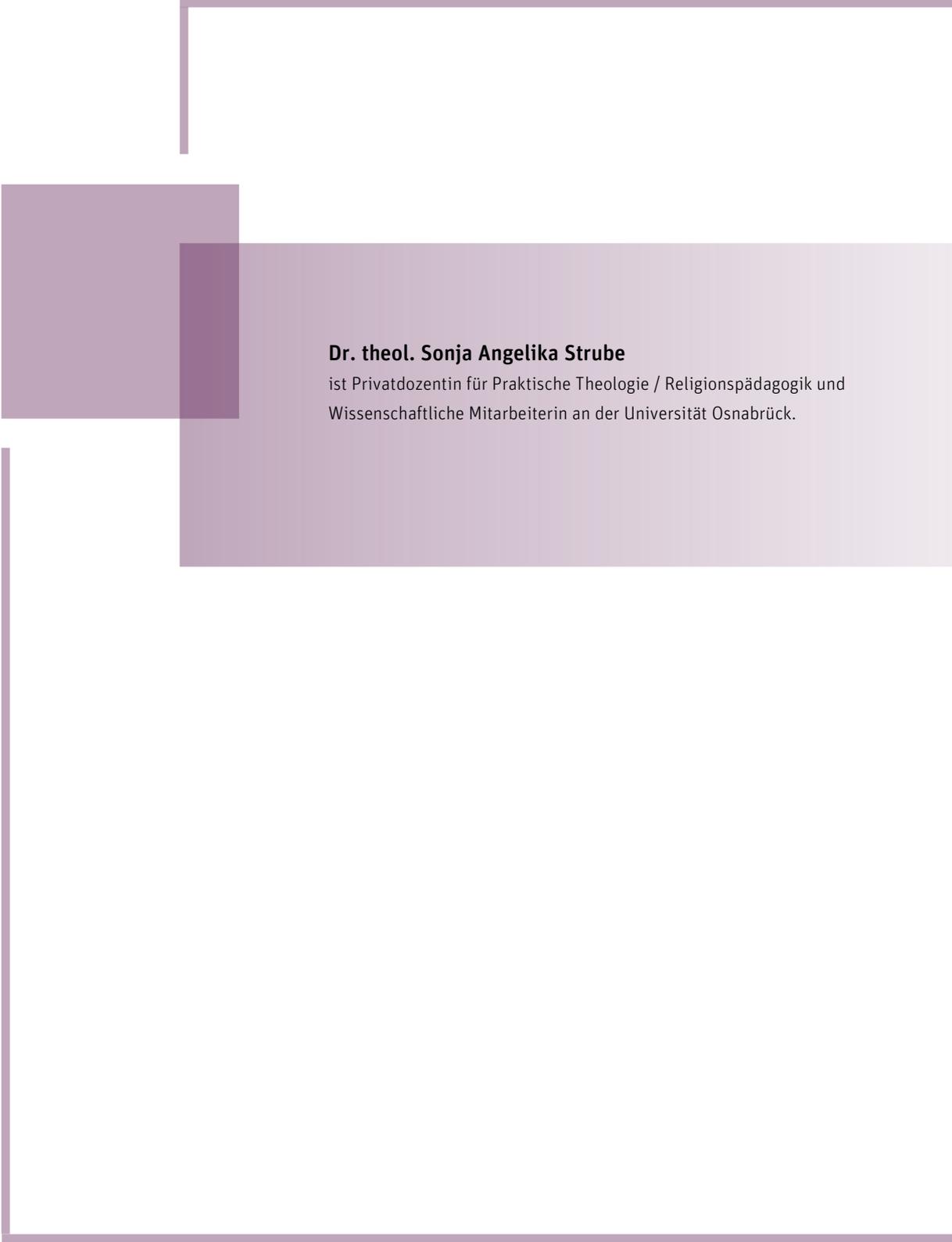
Beide Herausgeber verbinden mit der hier vorliegenden Ausgabe der „Aktuelle Analysen“ die Hoffnung, mehr Licht in das oft durch Unwissen, Halbwahrheiten oder gezielte Lüge geprägte Verhältnis von neurechten Ideologen und Ideologien zum Christentum und seinen kirchlichen Sachwaltern zu bringen. Wenn sich dann für die Leser auf den folgenden Seiten das ein oder andere Argument finden ließe, weshalb der christliche Glaube in seinen facettenreichen Ausprägungen und mit seinen daraus abgeleiteten Werten sich nicht mit der oft menschenverachtenden Programmatik, Rhetorik und Praxis neurechter Spin-Doktoren und ihrer Adepten verträgt, wäre ihr Ziel erreicht.

///

Anmerkungen

- 1 Raspail, Jean: Das Heerlager der Heiligen. Eine Vision, Tübingen / Zürich / Paris 1985, S. 47.
- 2 Ebd. S. 46.
- 3 Klappentext der deutschsprachigen Erstausgabe, die 1985 im Hohenrain-Verlag erschienen ist, der zu den größeren rechtsextremen Verlagen in der Bundesrepublik zählt.
- 4 Raspail: Das Heerlager der Heiligen, S. 36.
- 5 Ebd., S. 29.
- 6 Vgl. Strube, Sonja Angelika: Die extreme Rechte und ihre Okkupation des christlichen Abendlandes. Einblicke in extrem rechte Manipulationsstrategien, in: Lebendiges Zeugnis 2/2019, S. 51-58.
- 7 Vgl. für Deutschland Bielefeldt, Heiner: Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam, in: Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, hrsg. von Thorsten Gerald Schneiders, Wiesbaden, 2. aktualisierte und erweiterte Aufl., 2010, S. 173-206, hier S. 175.

- ⁸ Den Herausgebern ist die Vieldeutigkeit des Begriffs „Neue Rechte“ bewusst. Sie verwenden ihn aus pragmatischen Gründen; siehe zur Begriffsproblematik ausführlich Backes, Uwe: Zum Weltbild der Neuen Rechten in Deutschland, Analysen & Argumente 321, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2018.
- ⁹ Ladurner, Ulrich: Unser Blick übers Meer, in: Die Zeit, 29.4.2015, hier zitiert nach: https://blog.zeit.de/ladurnerulrich/2015/04/29/unser-blick-uebers-meer/?utm_referer=https%3A%2F%2Fblog.zeit.de%2Fladurnerulrich%2F2015%2F04%2F29%2Ffunser-blick-uebers-meer%2F, Stand: 15.10.2020.
- ¹⁰ Vgl. Fuchs, Christian / Middelhoff, Paul: Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie Gesellschaft verändern, Reinbek bei Hamburg 2019, S. 99 f.
- ¹¹ Vgl. Raspail, Jean: Das Heerlager der Heiligen, neu übersetzt von Martin Lichtmesz, Schnellroda 2015.
- ¹² Schröder, Christian: Das Kultbuch der Neuen Rechten – eine Lesewarnung. Jean Raspail „Das Heerlager der Heiligen“, in: Der Tagesspiegel, 27.10.2015, hier zitiert nach: <https://www.tagesspiegel.de/kultur/jean-raspail-das-heerlager-der-heiligen-das-kultbuch-der-neuen-rechten-eine-lesewarnung/12500440.html>, Stand: 15.10.2020.
- ¹³ Camus, Renaud: La Grande Déculturation [Der große Kulturverlust], Paris 2008; Ders.: De l'in-nocence. Abécédaire [Über die Unschuld. Eine Fibel], Neuilly-sur-Seine 2010.
- ¹⁴ Bednarz, Liane: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern, München 2018, S. 49.
- ¹⁵ Camus, Renaud: Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda 2016.
- ¹⁶ Thielmann, Wolfgang: Sie kommen nicht voneinander los, in: Alternative für Christen? Die AfD und ihr gespaltenes Verhältnis zur Religion, hrsg. von Wolfgang Thielmann, Neukirchen-Vluyn 2017, S. 7-14, hier S. 7.
- ¹⁷ Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1995, S. 281.
- ¹⁸ Das International Social Survey Programme (ISSP) ist ein internationales akademisches Umfrageprogramm, das seit 1985 eine jährliche Umfrage zu wechselnden sozialwissenschaftlichen Themen durchführt.
- ¹⁹ „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“, Thüringens AfD-Chef Björn Höcke hat in Dresden eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad gefordert. Die Rede löste innerhalb und außerhalb der Partei heftige Reaktionen aus. Wir dokumentieren sie im Wortlaut, in: Der Tagesspiegel Rede, 19.1.2017, hier zitiert nach: <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518-all.html>, Stand: 20.10.2020.
- ²⁰ Bednarz: Die Angstprediger.



Dr. theol. Sonja Angelika Strube

ist Privatdozentin für Praktische Theologie / Religionspädagogik und
Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Osnabrück.

/// Christsein und rechts?

Rechtskatholizismus und die Neuen Rechten

Obwohl Widerstand gegen Rechtsextremismus als „Christenpflicht“¹ empfunden wird, sind Christen keinesfalls per se immun gegen rechtsextreme Einstellungen. Vielmehr finden sich in allen christlichen Konfessionen Gruppierungen durchaus überzeugter Christen, die mit autoritären und antidemokratischen Parteien oder gar Personen der Extremen Rechten zusammenarbeiten. An diesem Widerspruch zwischen christlichen Idealen und Teilen gelebter Praxis zeigt sich, wie bereits Theodor W. Adorno thematisierte, „daß die Beziehungen zwischen religiösen Ideologien und Ethnozentrismus komplex“² sind.

Zur Ambivalenz von Religiosität in Bezug auf Vorurteile, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen³

Nicht, dass eine Person christlich-religiös ist, sondern vielmehr wie sie es ist, entscheidet über das Ausmaß ihrer Vorurteiligkeit oder Toleranz sowie ihrer Nähe oder Distanz zu rechten Ideologien und / oder Parteien. Die Scheidelinie zwischen vorurteilsaffinen und vorurteilsarmen Personen und Gruppierungen verläuft dabei nicht entlang der Religions- oder Konfessionsgrenzen (so dass man etwa religiösen Autoritarismus als ein „typisch katholisches“ Problem auffassen könnte), sondern mitten durch jede einzelne Religionsgemeinschaft bzw. Konfession.⁴ Dies erklärt, weshalb es unter römisch-katholischen Gläubigen ebenso wie unter evangelischen oder

Das Ausmaß von Vorurteiligkeit und Toleranz hängt von der Art der Religiosität ab.

orthodoxen sowohl Engagement gegen Rechtsextremismus als auch Kooperationen mit extrem rechten Kreisen gibt. Ebenso steht dies im Hintergrund der Frage, weshalb, je nach Profilierung dessen, was als „religiös“ bzw. „kirchengebunden“ erfragt und erfasst wird, manche repräsentativen Studien bei Christen eine tendenziell etwas größere Anfälligkeit für bestimmte Vorurteile wahrnehmen und andere eine größere Distanz zu rechten Positionen bzw. Gruppierungen.⁵

**Eine Neigung zum
Autoritarismus
befördert rechtsextreme
Einstellungen.**

Die bereits in der 1950er-Jahren sowohl von den Autoritarismusforschern um Theodor W. Adorno als auch vom US-amerikanischen Vorurteilsforscher Gordon W. Allport postulierte Unterscheidung zwischen einer ethnozentrischen, auf soziale Konformität in der Nahgruppe bezogenen Religiosität einerseits und einer universalistisch ausgerichteten andererseits wurde in zahlreichen Nachfolgestudien spezifiziert und profiliert.⁶ So bestätigte sich, dass extrinsisch motivierte Frömmigkeitsstile, die vor allem auf die soziale Akzeptanz des Umfelds und ein positives Image zielen (etwa Kirchgang, um im Dorf keinen Anstoß zu erregen, Kreuze, benutzt als Symbole kultureller Dominanz, Trumps Posieren mit der Bibel) mit einer höheren Tendenz zu Vorurteilen einhergehen, ebenso wie eine starke Orientierung an Werten sozialer Konformität und Tradition.⁷ Lebensauffassungen, die mit einer Offenheit für existenzielle Fragen und ggf. auch mit religiösen Zweifeln verbunden sind, sowie eine starke Orientierung an universalistischen Werten, die Freiheit und Menschenrechte für alle Menschen einfordern, gehen demgegenüber mit geringer Vorurteiligkeit einher.⁸ Weitere Studien legen nahe, dass die psychische Prädisposition des Autoritarismus, der vor allem durch erhöhtes Konformitätsbedürfnis, Bereitschaft zur Unterwerfung unter rigide Normen und Aggression gegen Regelübertreter geprägt ist, eine wesentliche Ursache sowohl für politisch extrem rechte Einstellungen als auch für religiösen Fundamentalismus ist.⁹

Zudem ist auch unter Angehörigen von Religionsgemeinschaften mit Intergruppen-Dynamiken zu rechnen, die dazu führen, Angehörige von Out-Groups gegenüber Angehörigen der In-Group abzuwerten.¹⁰ Übertragen auf die religiösen Verhältnisse in Deutschland lassen sich scheinbar religiös begründete, tatsächlich aber kulturalisiert-rassistische Abgrenzungsdynamiken derzeit vor allem gegen Muslime und „den Islam“ beobachten, die heute mit ähnlichen Stereotypen arbeiten, wie es schon seit langem anti-semitisch-rassistische Abgrenzung gegen „die Juden“ tun.

Aktuelle Studien von Heinz Streib und Constantin Klein bestätigen nicht nur, dass fundamentalistisch-religiöse Stile mit höherer interreligiöser Vorurteiligkeit einhergehen, sondern identifizieren auch zwei unterschiedliche religiöse Stile, die mit geringer Vorurteilsneigung einhergehen, nämlich den

Stil der Fairness, Toleranz und rationalen Wahl, der auf universale Gerechtigkeit sowie Eigenverantwortung ausgerichtet ist, und den Stil der Xenosophie¹¹ und des Interreligiösen Dialogs, der die Begegnung mit fremdem Glauben als eine Bereicherung des eigenen Glaubens erlebt.

Zur Bedeutung rechtskatholischer Player im Kontext einer bürgerlich erscheinenden Intellektuellen Neuen Rechten

In Zeiten viraler Verbreitung krudester Verschwörungstheorien, Desinformation und Hatespeech mag kaum mehr verwundern, was noch vor wenigen Jahren für die meisten Christen hierzulande unvorstellbar schien, nämlich, dass einzelne Gruppierungen und private Internetmedien, die sich christlich nennen, explizit zusammenarbeiten mit Gruppierungen, Medien oder Parteien aus dem Spektrum einer bisweilen bürgerlich erscheinenden, nichtsdestotrotz extremen Rechten und sich deren Positionen zu eigen machen.¹² Um sich diesem Phänomen des Rechtskatholizismus im Kontext der aktuellen Dynamiken im politisch rechten Spektrum zu nähern, ist die Analyse von Internetseiten und Sozialen Medien das Mittel der Wahl, denn maßgeblich über den virtuellen Raum entfalten radikale, nach gesellschaftlicher und politischer Hegemonie strebende rechtschristliche Kleinst-Gruppierungen seit Ende der 1990er-Jahre ihren Einfluss. Die Gründung virtueller Initiativen mit weltweiter Vernetzung wurde auf preiswerteste Weise ebenso möglich wie das Vortäuschen von Masse allein über das Einrichten zahlreicher Webseiten („Astroturfing“ / „Kunstrasenbewegung“).¹³ Durch Stichwortsuche via Suchmaschine werden nicht mehr nur die unmittelbaren Mitglieder, sondern ein prinzipiell unbegrenztes Publikum erreicht.

Die „neue[n] Dynamik im Bereich des Rechtsextremismus“¹⁴ und das Verschwimmen der Grenzen zwischen rechtsextremen, rechtsradikalen und bürgerlichen Milieus, die Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang im Frühjahr 2019 mit Blick auf die Chemnitzer Ausschreitungen im Sommer 2018 beklagte, hat eine langjährige Vorgeschichte, in der auch sich christlich verstehende Personen, Gruppen und Medien eine Rolle als Brückenbauer zwischen den Milieus spielten. Bereits seit den 1990er-Jahren stellten sich sowohl einige katholische Traditionalisten als auch Redakteure der Deutschen Evangelischen Allianz nahestehenden Nachrichtenagentur idea e.V. neurechten Scharnierorganen wie der Jungen Freiheit als Autor zu Verfügung.¹⁵ Damit erfüllten sie für diese Medien und deren rechtsintellektuelle Trägerkreise eine von diesen bewusst anvisierte doppelte Funktion: Zum einen fungierten sie als Brückenbauer ins christlich-konservative Spektrum. Zum anderen dienten sie, da Initiativen, in denen sich bekennende Christen

Rechtsintellektuell orientierte Medienvertreter wirken im christlich-konservativen Spektrum.

**Auch rechtschristliche
Websites haben
Brückenfunktion für
neurechte Positionen.**

engagieren, seriös und vertrauenswürdig erscheinen, im Kalkül einer intellektuellen Neuen Rechten dem Erzeugen eines bürgerlichen Images, der „Selbstverharmlosung“¹⁶ sowie der Eroberung des „vorpolitischen Raumes“¹⁷, die einer erfolgreichen Parteigründung vorausgehen müsse.

Eine weitere Brückenfunktion für neurechte Positionen in den Raum der Kirchen hinein übernahmen rechtschristliche Websites wie z. B. das 1999 gegründete private Internetmedium kath.net,¹⁸ indem sie Medien der Neuen Rechten als zuverlässige Informationsquellen einführen, in der eigenen Berichterstattung positiv bewerten und Artikel von ihnen übernehmen. Kath.net lässt die AfD seit 2013 in seinen Artikeln in einem positiven Licht und aufgrund familienpolitischer Aussagen als quasi einzige christliche Partei erscheinen.¹⁹ Über die Jahre lassen sich in Kommentarbereichen mentale Radikalisierungen der dort engagierten christlichen User beobachten,²⁰ die Widerspruch gegen die AfD und ihre Positionen nahezu unmöglich machen, nicht zuletzt, da AfD-kritische Kommentare vom Chefredakteur gerügt bzw. gesperrt werden.²¹

Den Schritt von milieuübergreifenden Vernetzungen im Netz zu solchen auf der Straße bahnten ab 2014 u. a. die Demonstrationen der Demo für alle, die bis 2017 mehrmals im Jahr in Stuttgart und einzelnen anderen Städten stattfanden und inzwischen durch andere Aktionsformen abgelöst wurden. Organisiert von Berlin bzw. Magdeburg aus (und ohne Beteiligung der Stuttgarter katholischen Gemeinden) durch Hedwig von Beverfoerde, Katholikin und bis 2016 CDU-Mitglied, in Zusammenarbeit mit der Initiative Familienschutz, die zum virtuellen Kampagnennetzwerk von Sven und Beatrix von Storch gehört, wendet sich die Demo für alle u. a. gegen die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe („Ehe für alle“). Auf der Rednertribüne ihrer Demonstrationen führte von Beverfoerde Repräsentanten verschiedener Milieus geschickt zusammen: Neben Vertretern der CDU und der Christdemokraten für das Leben (CDL) sprachen Vertreter verschiedener Kirchen (katholisch; orthodox; Evangelische Allianz) sowie Mitglieder von AfD und Junger Alternative, sodass diese drei sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Größen auf Augenhöhe und wie mit demselben Ziel unterwegs erschienen.²² Zu einem bürgerlichen Erscheinungsbild der AfD ebenso wie zu ihren Wahlerfolgen in bürgerlichen, pietistischen und russlanddeutschen Milieus Baden-Württembergs dürfte dies maßgeblich beigetragen haben. Dass sich der Bogen unter den Demonstrierenden noch weiter nach rechts spannte, da sich an der Demo regelmäßig auch deutlich erkennbare Gruppen von Mitgliedern der Identitären Bewegung beteiligten, tat dem bürgerlichen Image offenbar keinen Abbruch, ließ jedoch unter den Demonstrierenden die Abgrenzung zum Rechtsextremismus erodieren.²³

Wenngleich die Demo für alle in Deutschland quantitativ bedeutungslos blieb, steht sie beispielhaft für das seit Anfang der 2000er-Jahre beobachtbare Phänomen eines international agierenden Anti-Gender-Aktivismus, der in einigen unserer europäischen Nachbarländer derzeit sogar das Regierungshandeln prägt (Polen, Ungarn). Getragen wird dieser sowohl von sich als christlich verstehenden oder darstellenden Gruppierungen²⁴ als auch von rechtspopulistischen und rechtsextremen, die bewusst einige in Teilen der Gesellschaft vorhandenen Vorbehalte gegen Themen der Geschlechtergerechtigkeit aufgreifen, schüren und für ihre Zwecke instrumentalisieren,²⁵ wobei sich eine trennscharfe Grenze zwischen christlichem (ggf. fundamentalistischem) und explizit rechtem, das Prinzip der Egalität infrage stellenden, antidemokratischem Aktivismus meist nicht ziehen lässt. Exemplarisch für eine über nur wenige Einzelpersonen getragene internationale Vernetzung, die mit religiös verbrämten Begründungen das demokratische Egalitätsprinzip ausdrücklich ablehnt, steht die katholisch-traditionalistische „Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum TFP“²⁶. Deren Erster Vorsitzender für Deutschland betreibt mehrere virtuelle Vereine, von denen gleich zwei (Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur DVCK; Kinder in Gefahr) Bündnispartner der Demo für alle sind.²⁷

Als extremstes Beispiel eines sowohl christlich-fundamentalistischen als auch rechtsextremen Weltbildes sei auf die anonym betriebene, vom Verfassungsschutz NRW in der Rubrik Rechtsextremismus geführte Website [kreuz.net](#) verwiesen, die von 2004 bis zu ihrer Einstellung 2012 religiös traditionalistische Inhalte ebenso wie Holocaustleugnung und schlimmsten Stürmer-Antisemitismus verbreitete und als deren Betreiber im Zuge der Strafverfolgung schließlich zwei römisch-katholische Priester ermittelt werden konnten, die ebenfalls die extrem rechtslastige Website [gloria.tv](#) betrieben.²⁸ Auf ihr und für sie warben u. a. das kleine, vorkonziliar-traditionalistisch ausgerichtete Netzwerk katholischer Priester²⁹, das sich massiv gegen eine wissenschaftliche Untersuchung kirchlicher Missbrauchsfälle engagierte, oder das 2003 gegründete traditionalistische Berliner Institut Philipp Neri, dessen Freundeskreis im Frühjahr 2020 durch eine Klage gegen das corona-bedingte zeitweise Verbot öffentlicher Gottesdienste auf sich aufmerksam machte.³⁰

Die Website [kreuz.net](#) wurde vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft.

Zum Verhältnis von Rechtskatholizismus und römisch-katholischer Kirche in Deutschland

Der Einfluss rechtschristlicher Kreise in den Volkskirchen war bislang eher gering.

Rechtschristliche Milieus fungieren politisch als Verharmloser, Normalisierer und Promoter neurechter Ideologien, doch sind sie in Deutschland bislang klein und erreichen nicht die Masse der in den Volkskirchen engagierten Christen. Nach anfänglichen Erfolgen, sich insbesondere innerhalb der katholischen Hierarchie den Nimbus der besonders Frommen und Vorbildlichen zu erarbeiten, gelang es ihnen aufgrund der offensichtlichen Radikalisierungen langfristig nicht, die Kirchenleitungen der Volkskirchen zu blenden bzw. für sich zu gewinnen. Dennoch kann sich der gesellschaftliche Einfluss rechtschristlicher Kreise auch in Deutschland in Zukunft verstärken. Zum einen verändert das Internet auf tiefgreifende Weise Prozesse der Gemeinschaftsbildung innerhalb und außerhalb der Kirchen. Es ermöglicht die weltweite Vernetzung vieler in ihrer realen Umwelt mit ihrer Meinung isolierter Einzelner ebenso wie das Vortäuschen von Masse, was wiederum Rechtschristen in ihrem Eindruck bestärkt, Stimme einer schweigenden Mehrheit zu sein. Ebenso entwickeln sich internetspezifische Abkapselungs- und Radikalisierungsdynamiken.³¹ Zum anderen erleben die Volkskirchen, die in Deutschland im Rahmen eines austarierten Staat-Kirchen-Verhältnisses durch universitäre Theologie und schulischen Religionsunterricht fundamentalistischen Tendenzen vorbeugen und Offenheit und universalistische Wertorientierungen fördern können, derzeit einen beispiellosen Mitgliederschwund, während sich eine aus den USA bereits bekannte, nach politischer Macht strebende Christliche Rechte konfessionsübergreifend international vernetzt.³²

Analysiert man die religiösen Positionen rechtskatholischer Websites, so lässt sich für die durchaus heterogenen Vereinigungen und Medien sowie für den Großteil der Userkommentare eine Grundhaltung herausarbeiten, die den Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-65) misstrauisch bis offen ablehnend gegenübersteht. Wiewohl man sich ausdrücklich nicht der Bewegung der schismatisch agierenden Priesterbruderschaft St. Pius X. (FSSPX) zugehörig sieht, werden deutlichste Sympathien für deren vorkonziliar-traditionalistische theologische Auffassungen formuliert.³³ Diese Traditionalismus-Affinität betrifft keinesfalls nur spirituell-liturgische Vorlieben (etwa das Feiern der Messe gemäß dem Tridentinischen Ritus), sondern prägt das Verhältnis zu pluraler Gesellschaft, Demokratie, Menschenrechten sowie Gewissens- und Religionsfreiheit, die der Traditionalismus ablehnt, da er sich im alleinigen Besitz der göttlichen Wahrheit wähnt und dem vermeintlichen „Irrtum“ aller Andersdenkenden auch staatlicherseits keine Rechte eingeräumt wissen will. Somit steht er in einem spannungsgeladenen Verhältnis zu den Grundlagen jeder modernen menschenrechtsbasierten Demokratie und erweist sich als religiöser Fundamentalismus.³⁴

Theologisch kann sich der Traditionalismus auf eine bestimmte katholische Traditionslinie, nämlich den Antimodernismus des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, zurückbeziehen, der Theologie und kirchliche Lehre zwischen 1850 und 1950 vielfach prägte. Die römisch-katholische Weltkirche vollzog diesem Antimodernismus gegenüber im Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-65) eine grundlegende „kopernikanische Wende“; in ihren Beschlüssen, die alle mit überwältigenden Mehrheiten angenommen wurden,³⁵ fand sie theologisch zu einem positiv-dialogischen Verhältnis zur modernen Welt, zu Demokratie, Menschenrechten, Religions- und Gewissensfreiheit (vgl. z. B. die Konzilserklärung *Dignitatis humanae*). Dennoch bildete sich innerhalb der römisch-katholischen Kirche ein kleiner traditionalistisch-fundamentalistischer Sektor, der nie auf die Priesterbruderschaft St. Pius X. beschränkt war, und der, ermutigt durch die zunehmend konservativen Pontifikate Johannes Pauls II. und Benedikt XVI., wirkmächtiger und im Zuge der Digitalisierung sichtbarer wurde.

Die stärkere öffentliche Sichtbarkeit zahlreicher rechtskatholischer Kleinstgruppierungen, ihr (meist anonymes) zügelloses Kommunikationsverhalten und die auf vielen Websites leicht erkennbaren Verlinkungen nach Rechts-Außen ermöglichten, dass die Szene auch über Watchblogs ebenso wie wissenschaftliche Analysen kritisch beobachtet werden konnte.³⁶ In dem Maße, in dem rechtskatholische Kooperationen mit politisch rechtsradikalen Gruppierungen sichtbar wurden, bezogen auch Bischöfliche Ordinariate öffentlich Stellung. Seit Aufkommen der fremdenfeindlichen Pegida-Demonstrationen im Winter 2014/15 (vor Beginn eines verstärkten Zuzugs von Geflüchteten nach Europa) reagierten die deutschen Bischöfe, die nicht zuletzt aus Gründen der historischen Verantwortung besonders sensibilisiert sind, mit deutlichen Worten und Zeichen gegen rechtsextreme Haltungen.³⁷

Während sich die katholische Kirche in Deutschland durch ihre vielfältigen, gesellschaftlich engagierten Verbände ebenso wie durch klare Positionierungen zahlreicher Bischöfe dem politischen Rechtspopulismus, Illiberalismus und Autoritarismus kritisch entgegenstellt, sind innerkirchlich mindestens zwei Herausforderungen zu stemmen: Zum einen gilt es, von lehramtlicher Seite die im Zweiten Vatikanischen Konzil begonnene „kopernikanische Wende“ zu vollenden und die Fähigkeit zu einem explizit kritischen, Distanzierungen ermöglichenden theologischen Umgang mit problematischen lehramtlichen Äußerungen des Antimodernismus zu entwickeln. Zum anderen gilt es, auch auf Ebene der Weltkirche unter Bischöfen anderer Regionen eine kritische Sensibilität gegenüber politischen Nationalismen und Autoritarismen zu fördern.

///

Die Kirchenleitungen zeigen eine deutliche Haltung gegen rechtskatholische Strömungen.

Anmerkungen

- 1 Kurzke-Maasmeier, Stefan / Lienkamp, Andreas / Lob-Hüdepohl, Andreas: Widerstand gegen Rechtsextremismus – eine Christenpflicht. Klärungen und Argumente aus theologisch-ethischer Perspektive, ICEP Berliner Institut für Ethik und Politik 2009, https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/ICEP2009_Widerstand.Rex_.pdf, Stand: 31.8.2020.
- 2 Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1995, S. 281.
- 3 Zu rechtsextremen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft vgl. Decker, Oliver / Brähler, Elmar: Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018, S. 15-18; zum Konzept Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vgl. Zick, Andreas / Küpper, Beate / Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn 2019, S. 55-64.
- 4 So auch Streib, Heinz / Klein, Constantin: Xenosophia and Religion. Biographical and Statistical Paths for a Culture of Welcome, Cham 2018.
- 5 Streib, Heinz / Klein, Constantin: Religious Styles Predict Interreligious Prejudice: A Study of German Adolescents with the Religious Schema Scale, in: The International Journal for the Psychology of Religion, 2014, 24/2, S. 152-153.
- 6 Adorno: Studien, S. 280-301; Allport, Gordon W.: The Nature of Prejudice, Cambridge / Mass. 1954; Streib / Klein: Religious Styles, S. 151-152.
- 7 Hall, Deborah L. / Matz, David C. / Wood, Wendy: Why Don't We Practice What We Preach? A Meta-Analytic Review of Religious Racism, in: Personality and Social Psychology Review 14, S. 126-139, hier S. 128, 134, 135.
- 8 Ebd., S. 128, 134.
- 9 Strube, Sonja Angelika: Expertise: Ursachen des innerkirchlichen Widerstands gegen Papst Franziskus und seine Reformen. Empirische Beobachtungen zu fundamentalistischen und autoritären Haltungen unter römisch-katholischen Gläubigen am Beispiel der privaten Website „kath.net“, Reihe Osnabrücker Hochschulschriften 2019, S. 23-26, <https://repositorium.ub.uni-osnabrueck.de/handle/urn:nbn:de:gbv:700-201906131663>, Stand: 15.7.2020; auf die umfangreichen Bob Altemeyer und Bruce Hunsberger verweisen Hall / Matz / Wood: Why don't we Practice, S. 127, 128, 133 sowie Streib / Klein: Religious Styles, S. 152.
- 10 Bezogen auf die ethnisch homogenen christlichen Denominationen in den USA formulieren Hall / Matz / Wood in Why don't we Practice, S. 127: „To the extent that religion tends to be practiced within race, people of other races may appear to belong to religious out-groups.“

- ¹¹ Der Begriff Xenosophie (von griech. xenos = fremd und sophia = Weisheit) wurde geprägt von Nakamura, Yoshiro: Xenosophie, Darmstadt 2000, und meint einen weisen Umgang mit dem Fremden. In der Sozialpsychologie wird er derzeit als Gegenbegriff zu Xenophobie etabliert von Streib / Klein (vgl. Dies.: Xenosophia).
- ¹² Die Termini rechtskatholisch, rechtschristlich und Rechtskatholizismus benutzte ich ausschließlich in diesem Sinne expliziter Positionierungen und Kooperationen.
- ¹³ Vgl. dazu exemplarisch das Kampagnennetzwerk des Ehepaars Sven und Beatrix von Storch, beschrieben in Strube, Sonja Angelika: Christliche Unterstützer der AfD: Milieus, Schnittmengen, Allianzen, in: AfD, Pegida & Co. Angriff auf die Religion?, hrsg. von Stefan Orth und Volker Resing, Freiburg i. B. 2017, S. 60-64.
- ¹⁴ Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang laut ZDF-Meldung „Neue Dynamik“ im Rechtsextremismus vom 13.5.2019, <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/verfassungsschutz-chef-haldenwang-warnt-vor-rechtsextremismus-100.html>, Stand: 31.8.2020.
- ¹⁵ Zur Zusammenarbeit katholisch-traditionalistischer Autoren sowie der evangelikalen Nachrichtenagentur idea. e. V. mit dem neurechten Scharnierorgan Junge Freiheit in den 1990er-Jahren vgl. Kornexl, Klaus: Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift Junge Freiheit, München 2008, S. 514-529.
- ¹⁶ Vgl. dazu den neurechten Vordenker Kubitschek, Götz: Selbstverharmlosung, <https://sezession.de/59584/selbstverharmlosung>, Stand: 31.8.2020.
- ¹⁷ So der neurechte Netzwerker Lichtschlag, André F., Herausgeber des marktradikal-sozialdarwinistischen Magazins „eigentümlich frei“, <http://web.archive.org/web/20140314064818/http://www.blauenarzisse.de/index.php/aktuelles/item/292-unserpotenzial-muss-erst-einmal-im-vorpolitischen-raum-reifen-und-weiter-wachsen>, Stand: 31.8.2020.
- ¹⁸ Laut <https://who.is/whois/kath.net/>, Stand: 19.8.2020.
- ¹⁹ Strube: Christliche Unterstützer, S. 59-60; Dies.: Rechtsextremismus als Forschungsthema der Theologie? Aktuelle Studien und eine kritische Revision traditionalismus-affiner Theologien und Frömmigkeitsstile, in: Theologische Revue 3/2014, S. 179-194, hier S. 202-207.
- ²⁰ Vgl. z. B. Strube, Sonja Angelika: Abwehrhaltungen statt Willkommenskultur? Rechtspopulistische Argumentationsstrukturen gegen die Aufnahme Geflüchteter in: rechtschristlichen Medien, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, hrsg. von Marianne Heimbach-Steins, Bd. 58, 2017, S. 46-52.

- ²¹ Vgl. dazu exemplarisch die Reaktion von Gandalf (= Chefredakteur): „Verwarnung für Diasporakatholik! Für einen Beitrag, der nicht freigeschaltet wurde. Wer hier sich nicht mäßigen will, der wird rausfliegen.“ auf Diasporakatholiks AfD-kritischen Post „No Choice for Nazis Nur um vielleicht linke Parteien zu verhindern, werde ich noch lange keine Nazis wählen bzw. Parteien, die solche in ihren Reihen dulden!“, am 19.8.2020, <https://www.kath.net/news/72558>, Stand: 31.8.2020. Der durchaus konservative Diasporakatholik reagierte damit auf eine Vielzahl AfD-freundlicher Kommentare zuvor.
- ²² Dazu Strube, Sonja Angelika: Rechtspopulismus und konfessionelle Anti-Gender-Bewegung: Milieu-übergreifende Allianzen und rhetorische Strategien im deutschen Sprachraum, in: Gender – Nation – Religion. Ein internationaler Vergleich von Akteursstrategien und Diskursverflechtungen, hrsg. von Maren Behrens u. a., Frankfurt / New York 2018, S. 39-41.
- ²³ Nach Öffentlichwerden dieser Vernetzungen sah sich die Demo für alle zu folgender Erklärung genötigt, die jedoch die Identitären nicht beim Namen nennt: <https://demo fueralle.blog/home/erklarung/>, Stand: 31.8.2020.
- ²⁴ Z. B. über den World Congress of Families, der 1997 in den USA gegründet, mit seinen regelmäßigen Kongressen in unterschiedlichen Städten Europas und der Welt evangelikalen, russisch-orthodoxen und katholischen Anti-Gender-Aktivismus eint, vgl. Stoeckl, Kristina: Konservative Netzwerke über Konfessionsgrenzen hinweg: die „konservative Ökumene“ des World Congress of Familie, erscheint in: Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation, hrsg. von Sonja Angelika Strube, Rita Perintfalvi, u. a., Bielefeld 2020.
- ²⁵ Mehr dazu bei Strube, Sonja Angelika: Rechtspopulistische Strömungen und ihr Anti-Genderismus, in: Gender studieren. Lernprozess für Theologie und Kirche, hrsg. von Margit Eckholt, Ostfildern 2017, S. 108-113.
- ²⁶ Vgl. https://www.tfp-deutschland.de/impressum_3.html sowie Solimeo, Gustavo A.: Die Diktatur der Gleichheit – und die katholische Alternative, https://www.tfp-deutschland.de/hintergrund/hg1_2.html, Stand: 31.8.2020.
- ²⁷ <https://demofueralle.blog/home/wer-wir-sind/>, Stand: 31.8.2020.
- ²⁸ Kölner Stadtanzeiger: Rechner von kreuz.net beschlagnahmt, 10.8.2013, <https://www.ksta.de/politik/rechtsradikale-inhalte-rechner-von-kreuz-net-beschlagnahmt-1645400>, Stand: 31.8.2020.
- ²⁹ Bischofskonferenz stoppt wissenschaftliche Studie, in: FAZ, 9.1.2013, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/missbrauch-in-katholischer-kirche-bischofskonferenz-stoppt-wissenschaftliche-studie-12018750.html>, Stand: 31.8.2020.

- ³⁰ Zum Institut vgl. dessen Selbstdarstellung: <http://www.institut-philipp-neri.de/institut.html>; zur Klage vgl. <https://www.katholisch.de/artikel/25112-gottesdienst-verbot-gericht-weist-antrag-von-traditionalisten-zurueck>.
- ³¹ Seemann, Michael / Kreil, Michael: Digitaler Tribalismus und Fake News, <https://www.ctrl-verlust.net/digitaler-tribalismus-und-fake-news/>, Stand: 31.8.2020.
- ³² Stoeckl: Konservative Netzwerke.
- ³³ Strube, Sonja Angelika: Fundamentalistische Strömungen im katholischen Glaubensspektrum und Autoritarismus als eine Wurzel fundamentalistischer Religiosität, erscheint in: Tagungsband Fundamentalismus als ökumenische Herausforderung (Arbeitstitel), hrsg. von Jennifer Wasmuth und Dieter, Theodor, Leiden 2020.
- ³⁴ Zum Verhältnis zur Demokratie vgl. Steinhauer, Eric W.: Katholischer Traditionalismus und Demokratie in Deutschland. Anmerkungen zu einer „frommen“ Grundrechtekritik, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 14/2002, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2002, S. 122-124; zu Fundamentalismus vgl. Strube: Expertise Ursachen, S. 22-23.
- ³⁵ Dignitatis humanae etwa mit 2.308 Ja-Stimmen, 8 ungültigen und 70 Gegenstimmen.
- ³⁶ Vgl. z. B. das Watchblog von Saß, Philip: Episodenfisch, <https://web.archive.org/web/20120307055232/http://episodenfisch.blogspot.de/> und den Weblog von Häffner, Gerd: lectio brevior, <http://www.lectiobrevior.de/2015/01/der-dunkel-dom.html>, Stand: 31.8.2020.
- ³⁷ Vgl. Deutsche Bischofskonferenz: Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen, Nr. 305, <https://www.dbk-shop.de/de/dem-populismus-widerstehen-arbeitshilfe-kirchlichen-umgang-rechts-populistischen-tendenzen.html>, Stand: 31.8.2020; Deutsche Bischofskonferenz/EKD: Vertrauen in die Demokratie stärken, Gemeinsame Texte 26, 2019, <https://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/gemeinsame-texte/vertrauen-demokratie-staerken.html>, Stand: 31.8.2020.



Dr. Alexander Yendell

ist Soziologe und forscht im Leipziger Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt zu den Themen religiöse Pluralität, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus, politischer Protest, Gewalt und soziale Ungleichheit. Er ist Sprecher der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig und Mitglied des Research Centre Global Dynamics.

/// Was hat das mit Religion zu tun?

Vorurteile, Rechtsextremismus und Wahl der AfD

Rechtspopulisten geben sich gerne als Bewahrer des christlichen Abendlandes und Religiöse gelten oft als intolerant. Der Beitrag diskutiert daher drei Fragen: Sind Christen intoleranter als Nicht-Christen, neigen Religiöse eher zu Vorurteilen sowie Rechtsextremismus und wird die AfD eher von Religiösen als von Nicht-Religiösen gewählt?

Einleitung

Religion und Religiosität spielen für rechtspopulistische Bewegungen und Parteien eine zentrale Rolle. Erstens basiert ein Großteil der Politik rechtspopulistischer Parteien in Europa auf einer Angst vor einer angeblichen Islamisierung und Unterwanderung der eigenen Kultur durch Zuwanderung und zweitens dient Rechtspopulisten die eigene Religion als wichtiger Identitätsmarker in der Abgrenzung von anderen Religionsgemeinschaften und insbesondere vom Islam.¹ Religion wird von Rechtspopulisten häufig nur instrumentalisiert, dabei stellt sich die Frage, wie authentisch die scheinbare Identifikation mit dem christlichen Abendland ist, zumal PEGIDA im Osten Deutschlands erstarkte, wo die Mehrheit der Bevölkerung säkular ist und kaum Bezugspunkte zur Kirche hat.

Religion wird von Rechtspopulisten häufig nur instrumentalisiert.

Rechtsextreme nutzen die religiöse Zugehörigkeit, um die Welt in „Gut“ und „Böse“ einzuteilen.

Die religiöse Zugehörigkeit wird von Rechtsextremen und Rechtspopulisten dazu benutzt, um die Welt in „Freund“ und „Feind“, in ein „Wir“ und „die Anderen“ und in „Gut“ und „Böse“ einzuteilen.² Sie dient somit dazu, Ungleichwertigkeitsvorstellungen aufrecht zu halten und Politik mit der Angst der Bevölkerung vor einem Identitätsverlust zu machen.

In der Vorurteilsforschung spielt Religion nicht nur deshalb eine Rolle, weil Menschen wegen ihrer Religion abgewertet und diskriminiert werden, sondern auch, weil die Religionszugehörigkeit und auch die Religiosität selbst zur Erklärung von Vorurteilen diskutiert werden. Hier werden seit jeher sehr unterschiedliche Ergebnisse erzielt: Mal ergibt eine Studie, dass die Religiosität oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft in Zusammenhang mit Vorurteilen oder rechtsextremen Einstellungen steht,³ mal ergeben die Studien das genaue Gegenteil.⁴ Dabei kommt es oft darauf an, in welcher Region die Studie durchgeführt wurde und wie Religiosität gemessen wurde.

Oft bleibt es nur bei der Konfessionszugehörigkeit, die als Indikator zur Erklärung allein eigentlich nicht ausreicht. Der Versuch, Religiosität in Zusammenhang mit Vorurteilen differenziert zu betrachten, hat bereits seit längerem Tradition. Allport und Ross beispielweise unterschieden zwischen intrinsischer und extrinsischer Religiosität und gingen davon aus, dass intrinsisch motivierte Gläubige toleranter seien, während extrinsisch motivierte, die eher nach Anerkennung und sozialem Status in ihrer Gemeinde interessiert waren, eher intolerant seien.⁵ Diese Unterscheidung funktionierte allerdings nur mäßig.

Wenig beachtet, aber trotzdem sehr interessant sind die theoretischen Ausführungen von Adorno und seinen Mitarbeitern.⁶ Adorno diskutierte zum einen, dass Aberglaube mit Ethnozentrismus einherging, weil er Teil der „Ich-Schwäche“ der autoritären Persönlichkeit sei und zudem diskutierte er, dass die christliche Lehre damit einherginge, dass Minderheiten die gleichen Rechte zugesprochen würden und daher einen eher immunisierenden Charakter hätten. Andererseits sah er die Gefahr, dass einige Christen, die gar nicht so sehr an den Inhalten interessiert seien, eher aus autoritärem Konventionalismus religiös wären, welcher wiederum mit Ethnozentrismus einhergehe.

Vor diesem skizzierten Hintergrund gehe ich in diesem Beitrag der Frage nach, ob Religiosität eher zu Toleranz führt und somit auch vor rechtsextremer Einstellung und AfD-Wahl schützt oder ob es eher umgekehrt ist.

Methode und Datenbasis

Um diese Frage zu beantworten, analysiere ich die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 2018) mit dem Zusatzmodul des International Social Survey Programme (ISSP 2018). Dabei handelt es sich um eine repräsentative Umfrage mit 3.477 Fällen. In etwa der Hälfte der Bevölkerungsstichproben wurde das ISSP integriert, welches besonders interessant ist, weil hier Fragen zur Religiosität über die Konfessionszugehörigkeit hinaus gestellt wurden. Die Stichprobe umfasst 1.724 Personen. Die statistische Analyse ermöglicht es, Einstellungen der Befragten gegenüber anderen Religionsgemeinschaften, rechtsextreme Einstellungen und die Wahlpräferenz im Zusammenhang mit religionsbezogenen Indikatoren wie die Gebetshäufigkeit, die Häufigkeit kirchlicher Aktivitäten sowie das individuelle Religiositätslevel zu betrachten.

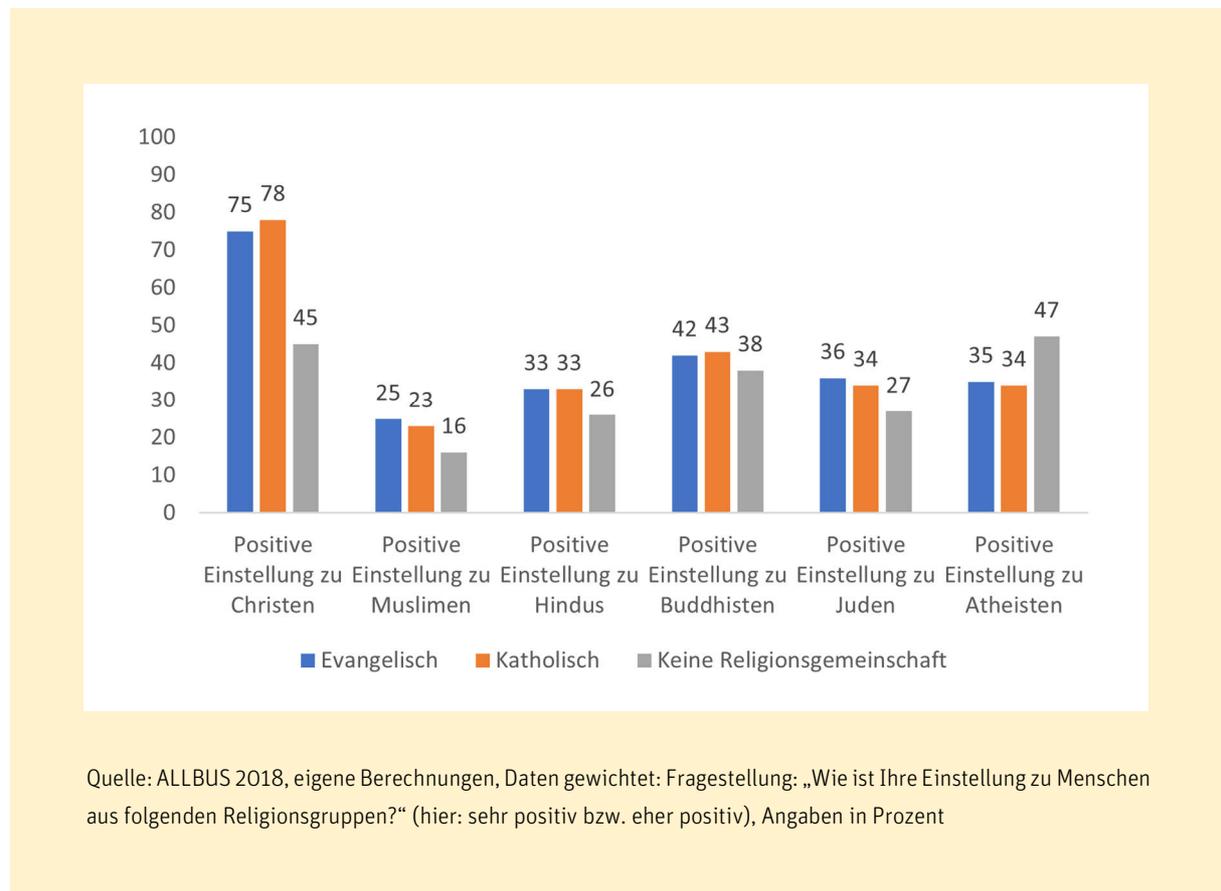
Ergebnisse der deskriptiven Analyse

In der ISSP-Befragung wurde nach der Einstellung gegenüber Menschen aus verschiedenen Religionsgruppen (Christen, Muslime, Hindus, Buddhisten, Juden) und Atheisten gefragt. In Abbildung 1 ist zum einen zu erkennen, dass die Befragten besonders positiv den Christen und besonders negativ den Muslimen gegenüber eingestellt sind. Zwischen katholischen und evangelischen Befragten gibt es keine nennenswerten Unterschiede bezüglich ihrer Haltung gegenüber anderen Religionsgruppen. Bei denjenigen, die sich zu keiner Religionsgemeinschaft zählen, sind die positiven Einstellungen gegenüber den verschiedenen Religionsgemeinschaften geringer. Die Konfessionslosen sind wenig überraschend im Vergleich mit den Katholiken und Protestanten besonders positiv gegenüber den Atheisten eingestellt.

Ebenso überrascht nicht, dass die eigene Gruppe am Positivsten eingeschätzt wird. Aber auch dieses banale Ergebnis ist interessant, denn es ist ein Hinweis darauf, dass die Gruppenidentitäten wirken und im Sinne der Theorie der sozialen Identität die eigene Gruppe immer besser ist als die andere. An dieser Stelle muss allerdings erwähnt werden, dass die Befragten auch mit „weder / noch“ antworten konnten und davon häufig Gebrauch gemacht haben, was auch ein Hinweis darauf sein kann, dass ein Großteil der Befragten Religionsgruppen nicht pauschal bewerten möchte. Interessant ist allerdings, dass trotzdem viele Befragte sich dazu äußern, ob sie eher positiv oder negativ der jeweiligen Religionsgruppe gegenüber eingestellt sind. Die Daten weisen allerdings nicht darauf hin, dass die Christen vorurteilsbelasteter sind als diejenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören.

Die Befragten waren den Christen gegenüber positiv und den Muslimen gegenüber negativ eingestellt.

Abbildung 1: Einstellungen gegenüber Religionsgruppen nach Konfessionszugehörigkeit



Die Konfessionszugehörigkeit ist nur ein sehr formaler Indikator. Interessanter wird es, wenn zusätzlich die religiöse Praxis und das Religiositätslevel in Zusammenhang mit der Haltung gegenüber verschiedenen Religionsgruppen betrachtet wird. Sind diejenigen, die religiös sind, eher negativ eingestellt oder positiv?

Um das zu überprüfen, führe ich eine Korrelationsanalyse durch. Drei ausgewählte Fragen zur Religiosität eignen sich hierfür. Zum einen die Häufigkeit des Gebets („Wie oft ungefähr beten Sie?“), die Häufigkeit kirchlicher Aktivitäten („Wie oft nehmen Sie, neben dem Gottesdienst, an anderen kirchlichen Aktivitäten oder Veranstaltungen teil?“) und die Einstufung der eigenen Religiosität („Als wie religiös würden Sie sich selbst beschreiben?“). Korrelationen liegen immer zwischen dem Wert 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang).

Tabelle 1 zeigt, dass die Häufigkeit des Gebets positiv mit den Einstellungen gegenüber Christen, Muslimen, Hindus und Juden steht und negativ mit der Einstellung gegenüber Atheisten. Das heißt, je häufiger man betet, desto positiver ist die Einstellung gegenüber diesen Religionsgemeinschaften und je weniger man betet, desto positiver ist die Einstellung gegenüber Atheisten. Die Einstellungen gegenüber Buddhisten hängen nicht von der Gebetshäufigkeit ab. Auch die Häufigkeit kirchlicher Aktivitäten steht in positivem Zusammenhang mit den Einstellungen gegenüber anderen Religionsgemeinschaften und ist negativ mit der Einstellung gegenüber Atheisten korreliert.

Tabelle 1: Zusammenhänge zwischen Religiosität und Einstellungen zu Religionsgruppen (Zusammenhangsmaße)

	Gebetshäufigkeit	Häufigkeit kirchlicher Aktivitäten	Einstufung der eigenen Religiosität
Einstellung zu Christen	,330 (***)	,250 (***)	,372 (***)
Einstellung zu Muslimen	,116 (***)	,112 (***)	,130 (***)
Einstellung zu Hindus	,069 (**)	,077 (**)	,074 (***)
Einstellung zu Buddhisten	n.s.	,051 (**)	n.s.
Einstellung zu Juden	,138 (***)	,144 (***)	,138 (***)
Einstellung zu Atheisten	-,138 (***)	-,065 (**)	-,161 (***)

Quelle: ALLBUS 2018, eigene Berechnungen, Daten gewichtet: Fragestellung abhängige Variable: „Wie ist Ihre Einstellung zu Menschen aus folgenden Religionsgruppen?“ Variablen: „Wie oft ungefähr beten Sie?“ (Antworten: nie, weniger als einmal im Jahr, etwa ein- bis zweimal im Jahr, mehrmals im Jahr, ungefähr einmal im Monat, 2- bis 3-mal im Monat, fast jede Woche, jede Woche, mehrmals in der Woche, einmal am Tag, mehrmals am Tag); „Wie oft nehmen Sie, neben dem Gottesdienst, an anderen kirchlichen Aktivitäten oder Veranstaltungen teil?“ (nie, weniger als einmal im Jahr, mehrmals im Jahr, ungefähr einmal im Monat, 2- bis 3-mal im Monat, fast jede Woche, jede Woche, mehrmals in der Woche); „Als wie religiös würden Sie sich selbst beschreiben?“ (Antworten: überhaupt nicht religiös, nicht religiös, eher nicht religiös, weder religiös noch nicht religiös, eher religiös, sehr religiös, tief religiös) Zusammenhangsmaß Kendall-Tau-B, * $p < ,05$; ** $p < ,01$; *** $p < ,001$, n.s.=nicht signifikant

Je religiöser die Befragten, desto positiver die Einstellung gegenüber anderen Religionsgemeinschaften.

Es überrascht vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses nicht, dass auch die Religiosität in dieselbe Richtung korreliert ist. Je tiefer religiös die Befragten sich einschätzen, desto eher haben sie eine positive Einstellung gegenüber anderen Religionsgemeinschaften. Nur in Bezug auf die Einstellung gegenüber Buddhisten besteht kein signifikanter Zusammenhang. Und auch nicht überraschend ist, dass je weniger religiös man sich selbst einstuft, desto positiver ist die Einstellung gegenüber Atheisten.

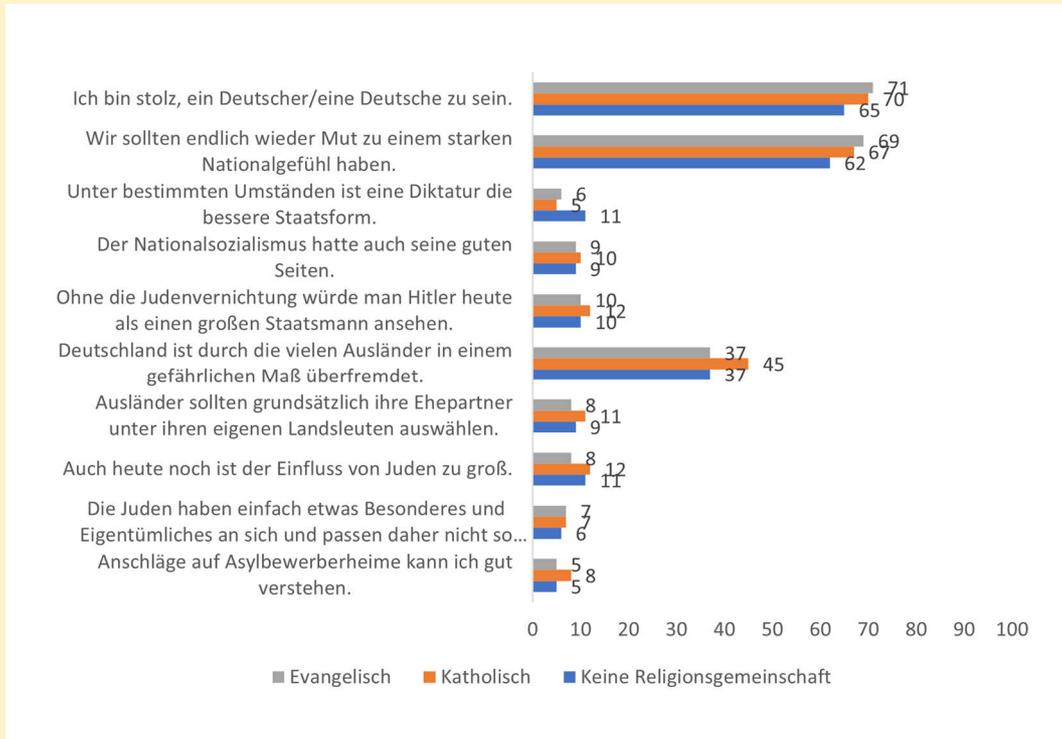
Wie sieht es mit rechtsextremen Einstellungen aus? Dazu gibt es in der Befragung des ALLBUS 2018 zehn Aussagen, die zum Teil ähnlich formuliert sind wie die Aussagen in der Leipziger Autoritarismusstudie (früher Mittelstudie an der Universität Leipzig). Deren Grundlage ist eine Rechtsextremismusdefinition einer Konsensgruppe von Rechtsextremismusforschern.

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“⁷

Im ALLBUS finden sich 10 Aussagen, die in etwa zu dieser Definition passen (siehe Abbildung 2). Häufig werden von Kritikern von Rechtsextremismusstudien einzelne Aussagen in Frage gestellt, weil es sich bei den Aussagen möglicherweise um solche handeln würde, die gar nicht Rechtsextremismus messen und möglicherweise auch unter politisch gemäßigten oder linken Befragten Zustimmung erfahren. Das ist einerseits richtig, andererseits geht es immer um einen Gesamtindex mehrerer Aussagen. Die Zustimmung zu einer einzelnen Aussage macht noch keinen Rechtsextremen aus.

Die 10 Aussagen im ALLBUS, auch die Aussagen zum Nationalstolz und Nationalgefühl, welchen von vielen Befragten zugestimmt werden, können aufgrund eines statistischen Kriteriums als ein Index zusammengefasst werden, da die interne Konsistenz mit einem Wert von 0,82 (Cronbachs Alpha) als gut zu bezeichnen ist. Das bedeutet, dass alle 10 Aussagen ein gutes Messinstrument ergeben.

Abbildung 2: Rechtsextreme Einstellungsmuster nach Konfessionszugehörigkeit



Quelle: ALLBUS 2018, eigene Berechnungen, Daten gewichtet:

Fragestellung siehe Abbildung, hier: eher bzw. voll zustimmend; Angaben in Prozent

Aus Abbildung 2 wird deutlich, dass den meisten Aussagen meist „nur“ 6-12 % der Befragten zustimmen. Das gilt für die Aussagen zur Diktatur, die Verharmlosung des Nationalsozialismus, den antisemitischen Aussagen und der Zustimmung zu Anschlägen auf Asylbewerberheime. Den Aussagen zum Nationalstolz und der Aussage zum Nationalgefühl stimmen allerdings etwa zwei Drittel der Befragten zu und dass Deutschland durch Ausländer gefährlich überfremdet sei 40 %.

Ist aus der Analyse ersichtlich, dass es Unterschiede zwischen katholischen, evangelischen Christen und Konfessionslosen gibt? Die Unterschiede bewegen sich auf keinem signifikanten Niveau und die Zustimmungswerte zu den Aussagen unterscheiden sich meist um sehr wenige Prozentwerte. Die Katholiken sind noch etwas häufiger der Ansicht, die BRD sei durch Ausländer gefährlich überfremdet als die Protestanten und Konfessionslosen (+8 Prozentpunkte) und unter den Konfessionslosen ist man nicht ganz so stolz, deutsch zu sein und auch etwas seltener der Ansicht, man brauche wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl. Aber auch diesbezüglich handelt es sich nur um kleine Abweichungen von maximal 6 bzw. 7 Prozentpunkten.

Auch sind eher keine oder nur sehr schwache Zusammenhänge (unter Kendall-Tau-B= $\pm 0,100$) zwischen den einzelnen Religiositätsindikatoren und den einzelnen Aussagen zu finden (Tabelle 2). Die Richtung ist ähnlich wie zuvor bei den Fragen zur Einstellung gegenüber Religionsgruppen. Wer viel betet, hat eine leicht niedrigere Wahrscheinlichkeit, eine Diktatur unter bestimmten Umständen besser zu finden und kann auch etwas seltener verstehen, wenn Anschläge auf Asylbewerber verübt werden. Wer häufig kirchlich aktiv ist, hat eine leicht höhere Wahrscheinlichkeit, Diktaturen abzulehnen, die BRD als nicht gefährlich überfremdet anzusehen, ist eher der Ansicht, dass Ausländer nicht nur unter sich heiraten sollen und glaubt auch etwas seltener, Juden seien eigentümlich und hat noch seltener Verständnis für Anschläge auf Asylbewerberheime. Die kirchliche Aktivität ist ein schwacher Indikator, der eher rechtsextreme Einstellungen hemmt. Dies passt gut zu dem intrinsisch motivierten Typus des religiösen Menschen und kann auch als Hinweis gedeutet werden, dass kirchliche Aktivitäten eher das „bridging“ capital bzw. das brückenbildende als das „bonding“ capital fördern. Allerdings sind diese Zusammenhänge wie bereits erwähnt nur sehr schwach ausgeprägt.

Betrachtet man den Gesamtindex Rechtsextremismus, also den Mittelwert für jede einzelne Person, dann ist nur die kirchliche Aktivität negativ mit Rechtsextremismus korreliert (Kendall-Tau-B= $-0,039^*$), nicht aber die Gebetshäufigkeit und die Einstufung der Religiosität.

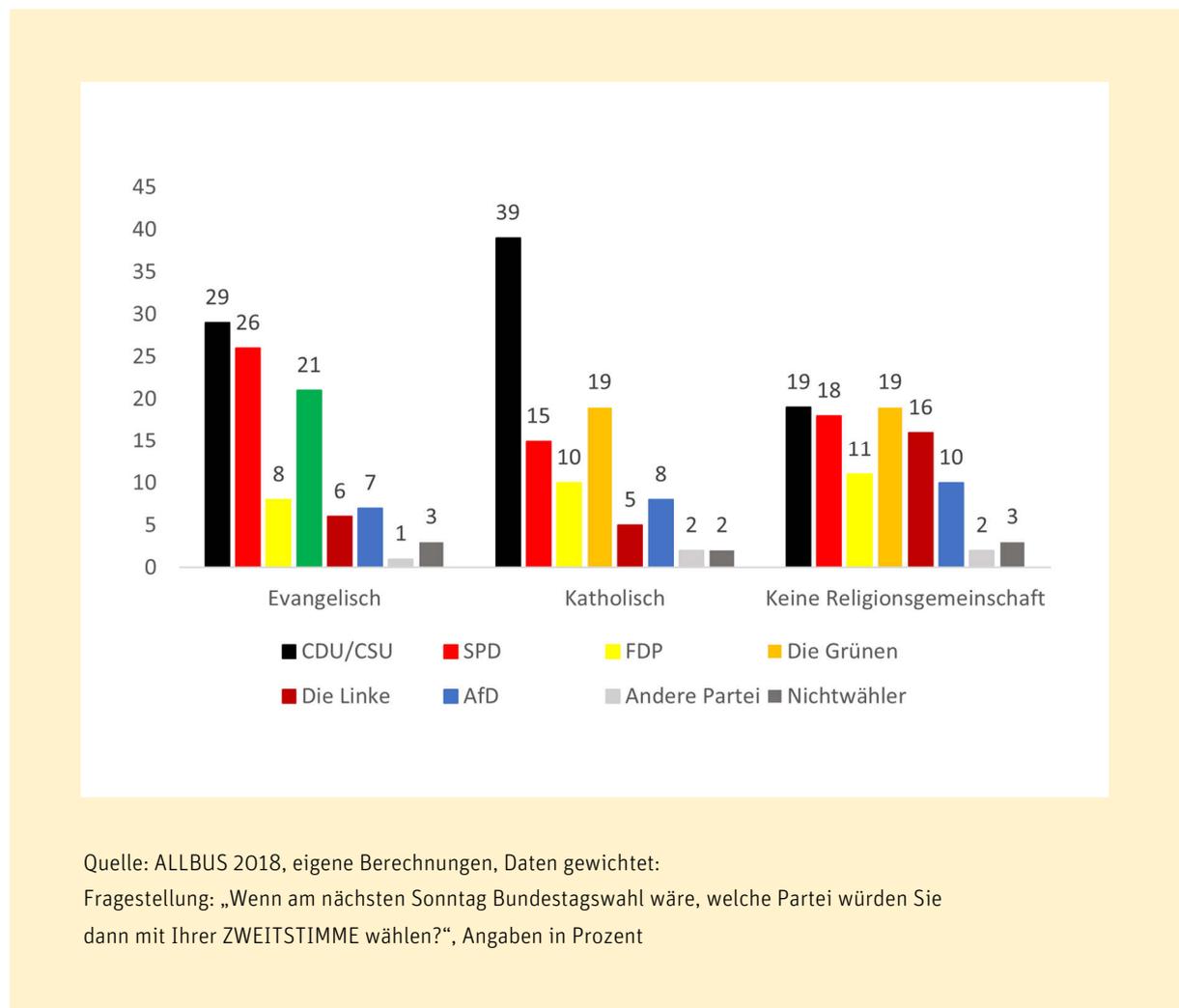
Tabelle 2: Rechtsextreme Einstellung und Religiosität (Zusammenhangsmaße)

	Gebetshäufigkeit	Häufigkeit kirchlicher Aktivitäten	Einstufung der eigenen Religiosität
Stolz, deutsch zu sein	n.s.	n.s.	,075 (***)
Mehr Mut zu Nationalgefühl	n.s.	n.s.	n.s.
Diktatur manchmal besser	-,078 (***)	-,056 (*)	-,085 (***)
Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten	n.s.	n.s.	n.s.
Hitler ohne Holocaust positiv	n.s.	n.s.	n.s.
BRD gefährlich überfremdet	n.s.	-,069 (***)	n.s.
Ausländer sollten nur unter sich heiraten	n.s.	-,024 (*)	n.s.
Einfluss von Juden zu groß	n.s.	n.s.	n.s.
Juden sind eigentümlich	n.s.	-,044 (*)	n.s.
Zustimmung zu Anschlägen auf Asylbewerberheime	-,052 (***)	-,064 (***)	,046 (*)

Quelle: ALLBUS 2018, eigene Berechnungen, Daten gewichtet: Fragestellung siehe Tabelle 2 und Abbildung 1; Zusammenhangsmaß Kendall-Tau-B, * $p < ,05$; ** $p < ,01$; *** $p < ,001$, n.s.=nicht signifikant

Wählen Protestanten, Katholiken und diejenigen, die keiner Religionsgemeinschaft zugehören, unterschiedlich häufig die AfD? Abbildung 3 zeigt die Wahlpräferenz auf Grundlage der Sonntagsfrage im ALLBUS 2018. Zumindest kann kein größerer Unterschied festgestellt werden. 7 % der Protestanten gaben damals an, die AfD zu wählen, 8 % der Katholiken und 10 % derjenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören. Ansonsten lassen sich die bekannten Muster feststellen: Unter den Katholiken dominiert die Wahlpräferenz zur CDU, allerdings auch bei den Protestanten. Dort ist die Präferenz aber zugunsten der SPD und den Grünen geringer ausgeprägt. Katholiken sind seltener als Protestanten und Konfessionslose SPD-Wähler.

Abbildung 3: Wahlpräferenz nach Konfession



Kann ein Unterschied zwischen den Religiositätswählern und der Wahlpräferenz festgestellt werden? Aufgrund der Tatsache, dass Ausländerfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit in Zusammenhang mit der AfD-Wahl stehen, müssten hier einige Zusammenhänge erkennbar sein, die die bisherige Analyse stützt.

In Tabelle 3 sind Korrelationen zwischen den drei Indikatoren und der Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, abgebildet. Die Frage im ALLBUS lautete: „Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Parteien, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen werden?“ Die Ergebnisse sind interessant, wenngleich vor dem Hintergrund der bisherigen Analysen nicht mehr überraschend.

Tabelle 3: Parteiwahlwahrscheinlichkeit nach Religiosität (Zusammenhangsmaße)

	Gebetshäufigkeit	Häufigkeit kirchlicher Aktivitäten	Einstufung der eigenen Religiosität
Wahrscheinlichkeit: Die CDU/CSU wählen	,164 (***)	,140 (***)	,179 (***)
Wahrscheinlichkeit: Die SPD wählen	,070 (***)	,092 (***)	,081 (***)
Wahrscheinlichkeit: FDP wählen	,051 (**)	,078 (***)	,067 (**)
Wahrscheinlichkeit: Bündnis 90/Grüne wählen	n.s.	,094 (***)	,055 (**)
Wahrscheinlichkeit: Die Linke wählen	-,104 (***)	n.s.	-,102 (***)
Wahrscheinlichkeit: Die AfD wählen	-,062 (**)	-,092 (***)	-,089 (***)

Quelle: ALLBUS 2018, eigene Berechnungen, Daten gewichtet: Fragestellung abhängige Variable: „Es gibt eine ganze Reihe von politischen Parteien in Deutschland. Jede davon würde bei Wahlen gerne Ihre Stimme bekommen. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Parteien, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen werden. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Skalenwert 1 bedeutet, dass dies für Sie sehr unwahrscheinlich ist, der Skalenwert 10 bedeutet, dass dies für Sie sehr wahrscheinlich ist. Fragestellung unabhängige Variable siehe Tabelle 2; Zusammenhangsmaß Kendall-Tau-B, * $p < ,05$; ** $p < ,01$; *** $p < ,001$, n.s.=nicht signifikant

Die Gebetshäufigkeit, die kirchlichen Aktivitäten und die Einstufung der Religiosität stehen in einem negativen Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Wer viel betet, viel an kirchlicher Aktivität teilnimmt und sich eher tief religiös einstuft, hat eine signifikant niedrigere Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen. Umgekehrt gilt: Wer viel betet, kirchlich aktiv ist und sich als religiös bezeichnet, wählt wahrscheinlich die CDU/CSU – diesbezüglich sind die Zusammenhänge am stärksten – hat aber auch eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, die SPD und die FDP zu wählen. Schwach positiv korreliert sind die kirchliche Aktivität und das Religiositätslevel in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit, die Grünen zu wählen. Die Gebetshäufigkeit spielt in Bezug auf die Wahl der Grünen keine Rolle. Nicht verwunderlich ist, dass mit sinkender Gebetshäufigkeit und niedrigem Religiositätslevel die Wahrscheinlichkeit steigt, die Linken zu wählen. Die Linken und die AfD sind eher nicht die Partei der Religiösen, sondern derjenigen, die mit Religion nicht viel am Hut haben.

Einschränkend muss erwähnt werden, dass es sich hier um schwache Zusammenhänge handelt. Die Religiosität ist nicht der bedeutendste Faktor zur Erklärung des Wahlverhaltens, aber einer unter vielen, der immer noch eine Rolle spielt.

Zusammenfassung

Religiöse Menschen wählen eher nicht die AfD.

In diesem Beitrag ging es um den Zusammenhang von Religiosität, Vorurteilen, rechtsextremer Einstellung und AfD-Wahl. Zugespielt lässt sich ausagen, dass Christen nicht vorurteilsbelasteter sind als Konfessionslose und dass Religiosität gemessen an Gebetshäufigkeit, kirchlicher Aktivität und dem Maß an Religiosität eher mit Toleranz einhergeht. Religiöse Menschen sind beispielsweise signifikant positiver gegenüber Muslimen und Juden eingestellt. Gleichzeitig gibt es einen negativen Zusammenhang in Bezug auf die AfD-Wahl. Religiöse haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, nicht die AfD zu wählen. Sie fühlen sich eher den etablierten Parteien zugehörig als der AfD. Am stärksten gilt dieser Befund in Bezug auf die Wahl der CDU/CSU. Einschränkend muss erwähnt werden, dass die Zusammenhänge mit den religionsbezogenen Indikatoren eher schwach sind. Mit Blick auf andere Studien sind Indikatoren wie Gefühle der Bedrohung⁸, Autoritarismus⁹, das Gefühl, ökonomisch benachteiligt zu sein¹⁰ oder auch die Kontakthäufigkeit zu Fremden¹¹ bedeutender, um Vorurteile, Rechtsextremismus und die Wahl der AfD zu erklären.

///

Anmerkungen

- ¹ Hidalgo, Oliver / Hildmann, Philipp W. / Yendell, Alexander (Hrsg.): Religion und Rechtspopulismus, Argumentation kompakt 3/2019, https://www.hss.de/download/publications/Argu_Kompakt_2019-3_Religion.pdf
- ² Huber, Stefan / Yendell, Alexander: Does Religiosity matter? Explaining right-wing extremist attitudes and the vote for the Alternative for Germany (AfD), in: Religion and Society in Central and Eastern Europe 2/2019, S. 63-85.
- ³ Küpper, Beate / Zick, Andreas: Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung, in: Deutsche Zustände. Folge 4, hrsg. von Wilhelm Heitmeyer, Frankfurt a. M. 2006, S. 179-188; Küpper, Beate / Zick, Andreas: Schützt Religiosität vor Menschenfeindlichkeit oder befördert sie sie?, in: Was heißt hier Toleranz? Interdisziplinäre Zugänge, hrsg. von Andrea Bieler und Henning Wrogemann, Wuppertal / Bethel 2014, S. 146-163; Jung, Jong H.: Islamophobia? Religion, Contact with Muslims, and the Respect for Islam, in: Review of Religious Research 1/2012, S. 113-126.
- ⁴ Doeblner, Stefanie: Relationships Between Religion and Intolerance Towards Muslims and Immigrants in Europe: A Multilevel Analysis, in: Review of Religious Research 1/2014, S. 61-86; Pollack, Detlef / Müller, Olaf / Rosta, Gergely / Friedrichs, Nils / Yendell, Alexander: Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, Wiesbaden 2014.
- ⁵ Allport, Gordon / Ross, J. Michael: Personal Religious Orientation and Prejudice, in: Journal of Personality and Social Psychology 4/1967, S. 432-443.
- ⁶ Adorno, Theodor W. / Frenkel-Brunswik, Else / Levinson, Daniel J. / Sanford, R. Nevitt: The Authoritarian Personality, New York 1950.
- ⁷ Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018.
- ⁸ Yendell, Alexander / Pickel, Gert: Islamophobia and anti-Muslim feeling in Saxony – theoretical approaches and empirical findings based on population surveys, in: Journal of Contemporary European Studies 3/2019, S. 1-15.
- ⁹ Decker, Oliver / Yendell, Alexander / Brähler, Elmar: Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit, in: Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, hrsg. von Oliver Decker und Elmar Brähler, Gießen 2018, S. 157-177.
- ¹⁰ Yendell, Alexander: Warum die Bevölkerung Ostdeutschlands gegenüber Muslimen ablehnender eingestellt ist als die Bevölkerung Westdeutschlands, in: Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, hrsg. von Detlef Pollack, Olaf Müller, Gergely Rosta, Nils Friedrichs und Alexander Yendell, Wiesbaden 2014, S. 59-78.
- ¹¹ Pickel, Gert / Yendell, Alexander: Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 3-4/2016, S. 273-309.



Prof. Dr. Uwe Backes

ist stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und apl. Prof. am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden.

/// Religion wird benutzt

Die „Neue Rechte“ und das Christentum

„Neu-rechte“ Ideologien treten weltweit in Kombination mit fast allen religiösen Orientierungen auf. Die deutsche „Neue Rechte“ oszilliert zwischen Neuheidentum und christlichen Fundamentalismen unterschiedlicher Denominationen. Seit 9/11 mehren sich die Versuche, Brücken zwischen scheinbar Unvereinbarem zu schlagen, um im Kampf gegen die „Islamisierung“ an Anziehungskraft zu gewinnen.

Alte „Neue Rechte“?

„Was mich von Anfang irritierte, waren die Schlüsselinhalt – positive Wertung des Rationalismus, die Fixierung auf das Indoeuropäische, die Feindseligkeit gegenüber dem Christentum, die Begeisterung für die ‚Biopolitik‘ –, fasziniert war ich dagegen von dem Projekt, eine Gegenideologie aufzubauen, um der Linken Paroli zu bieten.“¹

Der Historiker Karlheinz Weißmann (geb. 1959), von dem diese Aussagen stammen, gilt als einer der bedeutendsten Köpfe der „Neuen Rechten“ in Deutschland. Gerichtet sind sie vor allem an die Adresse der französischen „Nouvelle droite“ und deren „Meisterdenker“ Alain de Benoist (geb. 1943). Offenbar gibt es zwischen diesen beiden „Schulen“ über die gemeinsame Abwehrhaltung gegen die „Neue Linke“ hinaus so bedeutende Differenzen, dass sich die Frage aufdrängt, ob es überhaupt statthaft ist, von „der“ „Neuen Rechten“ zu sprechen. Eine dieser Differenzen betrifft das Verhältnis zum Christentum. Dass es nicht einheitlich ist, zeigt schon die zitierte Aussage. Bei näherem Hinsehen treten jedoch auch Metamorphosen ans Licht, bei denen Erwägungen politischer Opportunität keine geringe Rolle spielen dürften.

Neue Rechte meinte zu Beginn der 1970er-Jahre die Abgrenzung von der Alten Rechten und Gegnerschaft zur Neuen Linken.

Wenn von „der“ „Neuen Rechten“ kaum gesprochen werden kann, dürfte es auch schwierig sein, die Grenzen des zu untersuchenden Phänomens präzise zu bestimmen.² Als Fremd- wie Selbstbezeichnung aufgekommen ist „Neue Rechte“ Anfang der 1970er-Jahre, als eine neue Generation die Auseinandersetzung mit der „Neuen Linken“ suchte, wie sie an vielen Universitäten „Lufthoheit“ erlangt hatte. Die entsprechenden Gruppenbildungen (Hamburg, Westberlin) lassen sich bis in die zweite Hälfte der 1950er-Jahre zurückverfolgen, und ihre politischen Konzepte bildeten sich im folgenden Jahrzehnt zugleich in kritischer Auseinandersetzung mit der „Alten Rechten“ heraus, die in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre in Gestalt der (seinerzeit mehr deutsch-nationalistischen als neonationalsozialistischen) NPD in die meisten westdeutschen Landesparlamente einzog.³ Französische nationalistische Zirkel stellten eine wichtige Inspirationsquelle dar, wie umgekehrt die Ideenwelt der deutschen „Konservativen Revolution“ die Entwicklung der französischen Zirkel beeinflusste.⁴

Dieser Beitrag nimmt die positive Bezugnahme auf die „Konservative Revolution“ bei gleichzeitig kritischer Distanz zum Nationalsozialismus als wichtigstes Kriterium für die Bestimmung „neu-rechter“ Intellektuellenzirkel. Die Untersuchung konzentriert sich auf das Verhältnis zum Christentum. Für eine genauere Ortsbestimmung der „Neuen Rechten“ im Raum zwischen Christlicher Demokratie und NS-affinem Rechtsextremismus ist dieses Thema von erheblicher Bedeutung.

Faszinierendes Neuheidentum

Die deutschen „neu-rechten“ Zirkel, die Günter Bartsch Mitte der 1970er-Jahre einfühlsam-kennntnisreich beschrieb, interessierten sich wenig für Religion. Und wenn sie es taten, standen sie in kritischer Distanz zum Christentum.⁵ Das galt insbesondere für ihren bedeutendsten Vordenker in Deutschland, den Kenner und Apologeten der „Konservativen Revolution“, ehemaligen Sekretär Ernst Jüngers, Frankreichkorrespondenten und deutschschweizerischen Publizisten Armin Mohler (1920-2003). Im Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie bekannte er Mitte der 1980er-Jahre:

„Ich habe mich von klein an gegen das Christentum gewehrt und bin übrigens mit dem Tag der Volljährigkeit aus der protestantischen Glaubensgemeinschaft ausgetreten. Das Christentum ist für mich ein Feind, und ich kann mir zugutehalten, schon in der ‚Konservativen Revolution‘ gesagt zu haben: ein Christentum, das sich ernst nimmt, kann nur links sein. Aber heute kommen doch die einzigen linken Impulse, nachdem der marxistische Universalismus erledigt und die Arbeiterbewegung tot ist, aus dem Christentum – wir bekommen den Marxismus heute mit der christlichen Soße serviert!“⁶

**Armin Mohler bekannte:
„Das Christentum
ist für mich ein Feind.“**

Mohler wirkte vor allem durch geistreich-bissige politische Polemik. Er arbeitete seine Ideen aber nie systematisch aus, wie er überhaupt eine grundsätzliche Abneigung gegen ausformulierte Gedankengebäude hegte. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Christentum findet man daher bei Mohler nicht, weit eher hingegen bei seinem französischen Geistesverwandten Alain de Benoist, der Fundamentalkritik am Christentum mit dem Plädoyer für das Heidentum verbindet.

Der antichristliche Neopaganismus de Benoists durchlief indes einen Wandlungsprozess. Hatte ihn die Nietzsche-Lektüre im Alter zwischen 17 und 18 Jahren vom Katholizismus seiner Familie weggetrieben, führte die Entdeckung Heideggers später (Anfang der 1980er-Jahre) zu einer kritischen Relektüre Nietzsches, nachdem er in der Zwischenzeit in den Sog eines neodarwinistischen Biologismus geraten war.⁷ De Benoists Neopaganismus unterscheidet sich vom Polytheismus, wie ihn völkisch-religiöse Gruppierungen vom Schlag des „Armanen-Ordens“ propagieren.⁸ Die Götter sind keine realen „Geistwesen“; das Göttliche durchflutet Natur und Kosmos, kommt in mannigfachen Formen zum Ausdruck.⁹ Das Neuheidentum stellt für de Benoist keine Rückkehr, sondern „Rückgriff“¹⁰ auf die (vorchristliche) Vergangenheit dar. Rituale und kultische Glaubenspraxis haben für ihn keine Bedeutung. Wesentlich ist die Distanzierung vom Christentum als einer der Triebkräfte

(neben Liberalismus und Sozialismus) des „Egalitarismus“, der die Welt uniformiert und ihrer kreativen Vielgestaltigkeit beraubt habe.

Hier trifft sich de Benoist mit Mohler, lange Zeit einer der einflussreichsten Intellektuellen im politischen Raum zwischen Christdemokratie und Neoliberalismus. Mehr noch aber ging von de Benoists Werken zu Beginn der 1980er-Jahre eine „elektrisierende Wirkung“¹¹ aus, zumal sie mit der „Kulturrevolution von rechts“ ein strategisches Rezept anboten, um die anti-liberale Rechte aus der politischen Defensive zu führen.¹² Allerdings war in Deutschland nur ein Teil dieser Strömung bereit, die „Metapolitik“ eines „Gramscismus von rechts“ auch gegen das Christentum zu richten.

Dieter Stein (geb. 1959), Gründer und Chefredakteur der 1986 im Orbit der „Republikaner“ (REP) entstandenen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, über-treibt zwar, wenn er im Rückblick schreibt, die „rechtskonservative Szene in Deutschland, insbesondere um die Zeitschrift Criticón“ (von ihrer Gründung 1970 bis zu ihrer „neoliberalen“ Wende 1998), sei „christlich geprägt“ gewesen, was „Vorbehalte gegen Abhandlungen“¹³ aus den Reihen der französischen „Nouvelle droite“ erkläre. Denn der Neuheide Mohler war Stamm-autor bei „Criticón“ und machte aus seinen Positionen keinen Hehl. Zum Spektrum gehörten jedoch auch Konservative wie Gerd-Klaus Kaltenbrunner (1939-2011), der mit seiner Taschenbuchreihe „Initiative“ im Freiburger Herder-Verlag in den 1970er-Jahren von der Christdemokratie enttäuschte Konservative katholisch-antiliberaler Prägung ansprach.

Nach 9/11 gewann die „christliche Rechte“ neben ihrer US-amerikanischen Heimat auch diesseits des Atlantiks an Attraktivität. Die Frage lag auf der Hand: „Wo ist in Europa ein Glaube, der es mit dem Selbstbewusstsein und Selbstbehauptungswillen des Islams aufnehmen kann?“¹⁴ Und was lag näher, als den Kampf gegen die „Islamisierung“ mit den Waffen aus dem Arsenal der Kreuzzüge zu führen? Politische Gruppierungen, die zuvor wenig Wert auf ihre christliche Inspiration gelegt hatten, riefen nun zur „Reconquista“ auf, um das „christliche“ oder sogar „jüdisch-christliche Abendland“ zu retten.¹⁵ Auch jene, die zuvor nicht müde geworden waren, das Christentum als Einfallstor des Individualismus, Egalitarismus und Kosmopolitismus zu geißeln, milderten nun merklich die Schärfe der Kritik, während die Verfechter eines eher fundamentalistisch gedeuteten Christentums ihre in Granit gemeißelte religiöse Werteordnung als verbindliche Basis für Staat und Gesellschaft empfahlen.

Brücken zwischen Neuheidentum und Christentum

In dieser Konstellation lag es nahe, Gräben vergangener Schlachten zuzuschütten und Brücken zwischen Neuheidentum und Christentum zu bauen. Auf diese Weise sollte ein „Burgfrieden“¹⁶ geschlossen werden, um der wahren Bedrohung geschlossen entgegenzutreten zu können. Der dies forderte, hat selbst einen der wenigen elaborierten Beiträge geleistet, um die religionsprogrammatischen Divergenzen zwischen den Strömungen einer antiliberalen Rechten zu überwinden. Martin Lichtmesz (mit bürgerlichem Namen Martin Semlitsch,¹⁷ geb. 1976) ist einer der luzidesten Köpfe der Wiener „Identitären“, der seit einigen Jahren zu den Stammautoren der Zeitschrift „Sezession“ des „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda gehört. Sein nicht nur im Titel von Heidegger inspiriertes Buch „Kann nur ein Gott uns retten?“ erschien 2014 im Verlag Antaios des „neu-rechten“ Publizisten und Aktivisten Götz Kubitschek (geb. 1970).

Zwischen Neuheidentum und Christentum sollte ein Burgfrieden geschlossen werden.

Die Brücke konstruiert Lichtmesz, indem er das Christentum zum schützenswerten „Kulturgut“¹⁸ erklärt, das neben den griechischen, römischen und germanischen Traditionsbeständen Europas nicht nur als „Marschgepäck“ mitzuschleppen, sondern neu „anzueignen und mit neuem Leben zu erfüllen“¹⁹ sei. Der „antichristliche Konservatismus“ verehere „Herkunft und Tradition“, blicke aber merkwürdigerweise geringschätzig auf das Credo der „Ahnen“ zugunsten eines „eher spekulativ rekonstruierten Glaubens der heidnischen Urahnen“²⁰ herab und mache das Christentum zum „Sündenbock für die Dekadenz Europas [...] – wo es doch gerade im Europa der Dekadenz kaum noch wirkliche Christen gibt.“²¹

Allerdings präsentiert Lichtmesz ausgesuchte Lesarten des Christentums, die den Brückenschlag erleichtern. Das Gebot der Nächstenliebe taue nicht für Notsituationen, in denen seine Anwendung existenzgefährdend wirke. In „christlich gläubigeren Zeiten“ als den unseren habe man gut daran getan, „auf das kriegerische Fundament des Alten Testaments“ zurückzugreifen, wenn angesichts großer Gefahr kein anderer Ausweg bestand, als „zum Schwert zu greifen“, sich „einfallenden Invasoren entgegenzustellen“, ja sogar, „andere Völker zu unterwerfen und zu missionieren“.²²

Wie Migration einen solchen Notstand begründen kann, zeigt Lichtmesz anhand der Dystopie des rechtsextremen französischen Schriftstellers Jean Raspail (1925-2020) „Das Heerlager der Heiligen“ (französische Originalausgabe 1973). In dem Roman, den Lichtmesz neu übersetzt und herausgegeben hat,²³ entwirft Raspail ein angsteinflößendes Katastrophengemälde vom Untergang des Abendlandes durch Millionen „armer Teufel, deren einzige Waffe ihre Schwäche und ihre Anzahl war, überwältigt vom Elend, beladen

mit verhungerten braunen und schwarzen Kindern, bereit, auf unseren Boden einzufallen, die Vorhut von Massen, die harten Druck auf jeden Teil eines müden und übersatten Westens ausüben.“²⁴ Raspails Werk und seine Fortführung durch Renaud Camus‘ (geb. 1946) „großen Austausch“, die konspirationistische Legende vom gezielt herbeigeführten Bevölkerungsaustausch durch die kosmopolitischen europäischen Eliten,²⁵ genießen Kultstatus in neu-rechten Zirkeln, bei den „Identitären“ und weit in die rechtspopulistischen Parteien hinein.

Lichtmesz präsentiert Raspail als „Mann der Rechten, Patriot, bekennender Katholik und ideeller Royalist“. Seine sarkastische Kritik am Papst und der „zu einer gutmenschlichen Weltumarmungs-Anstalt“²⁶ degenerierten Kirche erklärt sich aus Raspails „vorkonziliarer“ Orientierung. Allerdings kommentiert Lichtmesz einfühlsam Raspails Aussage, die er einer seiner Romanfiguren in den Mund legt: Er sei „kein Christ“, sondern „Katholik“, also jemand, dem die äußere Form, das „Theater“, wichtiger sei als der theologische Inhalt: „Die ihre Traditionen wirklich lieben, nehmen sie nicht allzu ernst. Sie ziehen scherzend in den Krieg, weil sie wissen, dass sie für etwas kaum Greifbares sterben werden, das ihrer Fantasie entsprungen ist [...] halb Humor, halb Humbug“.²⁷ Raspail, von dem dieser beißende Sarkasmus stammt, scheint es mit seiner Kritik an der Katholischen Kirche und der Verhöhnung des Gekreuzigten als „kindlicher Schwächling und argloser, wehrloser Idiot“ tierisch ernst zu sein – und ebenso in seinem Horrorgemälde einer „Invasion“ Europas durch Millionen bettelarmer Migranten.

Antichristlicher „Ethnopluralismus“?

**Die „Neuen Rechten“
instrumentalisieren
das Christentum.**

Während Lichtmesz die „diabolische Weise“ der Herabwürdigung des Nazareners in der Raspail’schen „Mistkäfer“-Parabel zurückweist, teilt er das Weltbild der Raspail’schen Apokalypse. Und wenn er das christliche „Kulturgut“ musealisiert, scheint er den Ikonen, Kathedralen und goldglänzenden Monstranzen größeren Wert beizumessen als dem Kern der christlichen Botschaft. Stellvertretend für seine weniger klugen und gebildeten Mitstreiter steht Lichtmesz für die Instrumentalisierung des Christentums zu politischen Zwecken, die mit dessen Geist nur mit gewaltsamen Verbiegungen oder überhaupt nicht zu vereinbaren sind.²⁸

Das Einfallstor des Antichristen ist die Fundamentalkritik am Gebot der Nächstenliebe als Geburtshelferin der „Hypermoral“²⁹, die „raumfremde Invasoren“ willkommen heiße, ohne die Folgen für das Eigene zu bedenken. Gegen den christlichen Universalismus, der alle Menschen ungeachtet ihrer sozialen Stellung, ihres Geschlechts und ihrer Herkunft als Kinder Gottes

begreift,³⁰ betont der „Ethnopluralismus“ die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder ethnokulturellen Gemeinschaft als unüberbrückbare qualitative Differenz, die es zu respektieren, zu schützen und zu erhalten gelte.

In einem Beitrag über den Erfinder des Begriffs „Ethnopluralismus“, den jungen Nationalrevolutionär und späteren Sportsoziologen in Dänemark Henning Eichberg (1942-2017),³¹ hebt Lichtmesz die antiimperialistische Intention dieses Konzepts hervor: Das westliche „Entwicklungsdenken“ habe die Tendenz, anderen Völkern seine Wertmaßstäbe und Ordnungsprinzipien aufzuzwingen, sie zur „Akkulturation“ zu nötigen und im Extremfall den „Völkertod“ im Sinne des Verlusts der „ethnischen Individualität und Eigenart einer Volksgruppe“³² herbeizuführen. Und so, wie es notwendig sei, dem westlichen Imperialismus im Interesse des Schutzes fremder Völker entgegenzutreten, hätten „auch die europäischen Völker das Recht, ihre Eigenart zu bewahren und Eingriffe in ihr Dasein abzuwehren.“³³ Er zitiert in diesem Zusammenhang Renaud Camus, der mit Recht „die Besiedelung Europas durch Nord- und Schwarzafrikaner als eine Form von ‚Okkupation‘ und Kolonialismus“³⁴ bezeichnet habe. Die „Massen, die heute in das historisch pensionierte Europa strömen, sind keine ‚Ethnopluralisten‘, und durchaus bereit zur Landnahme, Missionierung und ‚Kolonisierung‘.“³⁵

Das westliche Entwicklungsdenken wolle anderen Völkern seine Werte aufzwingen.

In dieser Argumentation treten die Spannungslinien zum Christentum (zumindest in seinen vorherrschenden Lesarten) wie zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland klar hervor: Lichtmesz argumentiert wie Eichberg kollektivistisch: Nicht das Individuum (oder die Person im christlichen Sinne) bildet den Ausgangspunkt, sondern eine Gemeinschaft, in die der Einzelne in der Regel hineingeboren wird. Diese Gemeinschaft ist in erster Linie ethnisch (ethno-kulturell, „volklich“) bestimmt, d. h. die Perspektive ist ethnozentrisch, so sehr sie sich auch von der alt-rechten Hierarchisierung von Ethnien / Rassen distanziert. Denn alle anderen identitätsbestimmenden Elemente des Menschen (Zugehörigkeit zu einer Familie, einer lokalen Gemeinschaft, einer sozialen Gruppe, einer Religion / Weltanschauung etc.) treten hinter die ethnische Prägung zurück.

Gewiss lässt das Konzept des „Ethnopluralismus“ gemäßigtere wie extreme Deutungen zu. Dies zeigt schon der Umstand, dass es von den „Identitären“ ebenso wie von der NPD propagiert wird. Alain de Benoist, neben Henning Eichberg einer seiner geistigen Urheber, hält die Koexistenz verschiedener Ethnien unter dem Dach des Nationalstaates für legitim und wendet sich vehement gegen den Vorwurf, er habe einer Separierung der Ethnien („Apartheid“) das Wort geredet.³⁶ Die meisten Vertreter der deutschen „Neuen Rechten“ verfolgen demgegenüber das Ziel eines ethnisch homogenen Nationalstaates. Dennoch lehnen sie den biologischen Rassismus ab.

Denn das Konzept ethnischer Differenz („Ethnodifferentialismus“) tritt mindestens in zwei Varianten auf:

- Die eine, gemäßigtere Form läuft auf eine Art Kommunitarismus hinaus, der „zwischen Nationalität und Staatsbürgerschaft unterscheidet und das Recht jeder ethnischen oder religiösen Gemeinschaft postuliert, nach ihren eigenen Rechtsnormen auf nationalem Territorium zu leben.“
- Die radikale Variante zeigt sich „im Modell einer globalen Apartheid [...], demzufolge auf ein und demselben Boden, innerhalb eines Nationalstaats, nur ein einziges Volk leben dürfe, wobei Volk verstanden wird als durch Blut, Sprache, Kultur und eventuell Religion definierte Schicksalsgemeinschaft, in der die Abstammung entscheidend ist.“³⁷

**„Identitäre“ wenden
sich gegen die
„totalitäre Islamisierung“.**

Die „Identitären“ distanzieren sich ausdrücklich vom Nationalsozialismus und Antisemitismus. Sie wenden sich vor allem gegen die „totalitäre“ „Islamisierung“, welche die europäischen Völker ihrer Kultur beraube.³⁸ Wenn sie die „ethnokulturelle Einzigartigkeit“³⁹ der europäischen Völker betonen, nähern sie sich indes ungewollt dem Antipoden. Denn die Verbindung von Politik und Ethnizität findet ihre Entsprechung in der gedachten Einheit von Religion und Staat auf Seiten religiöser Fundamentalismen. Dies dürfte einer der bestimmenden Faktoren sein, welche die Attraktivität „neu-rechter“ Politikangebote für christliche Fundamentalisten (und deren Unerbittlichkeit gegenüber einem pluralitätsbejahenden Christentum) erklären.⁴⁰ Ethnopluralismus wie Fundamentalismus wirken nämlich antipluralistisch, weil sie all jene Individuen und Gruppen / Minderheiten unter Anpassungsdruck setzen und letztlich in ihrer Existenz bedrohen, die sich dem ethnischen / religiösen Homogenitätspostulat widersetzen. Der Antipluralismus aber ist das zentrale Bindeglied zwischen Rechtspopulismus und Rechts-extremismus.

///

Anmerkungen

- ¹ Unsere Zeit kommt. Götz Kubitschek im Gespräch mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda 2006, S. 37.
- ² Siehe zum ideologischen Spektrum und zur Definitionsproblematik Backes, Uwe: Zum Weltbild der Neuen Rechten in Deutschland, Analysen & Argumente Nr. 321, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2018; Pfahl-Traugber, Armin: Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 113-139.
- ³ Vgl. vor allem Bartsch, Günter: Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Freiburg im Brsg. 1975; Schönekäs, Klaus: Bundesrepublik Deutschland, in: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa, hrsg. von Franz Greß und Hans-Gerd Jaschke, Opladen 1990, S. 218-347.
- ⁴ Vgl. nur de Benoist, Alain: Armin Mohler: un regard, in: Der andere Mohler. Lesebuch für einen Selbstdenker. Armin Mohler zum 75. Geburtstag, hrsg. von Ulrich Fröschle, Markus Josef Klein und Michael Paulwitz, Limburg a. d. Lahn 1995, S. 26-30; Ders.: Mein Leben. Wege eines Denkens, mit einem Vorwort von Karlheinz Weißmann, Berlin 2014.
- ⁵ Vgl. Bartsch: Revolution von rechts?
- ⁶ Zit. nach Leggewie, Claus: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Krise der Union, aktual. Neuausgabe, Berlin 1989, S. 200.
- ⁷ Vgl. Taguieff, Pierre-André: Sur la Nouvelle droite. Jalons d'une analyse critique, Paris 1994, S. 73-79; Camus, Jean-Yves: Alain de Benoist and the New Right, in: Sedgwick, Mark (Hrsg.): Key Thinkers of the Radical Right. Behind the New Threat to Liberal Democracy, Oxford 2019, S. 73-90.
- ⁸ Vgl. Hundseder, Franziska: Wotans Jünger. Neuheidnische Gruppen zwischen Esoterik und Rechtsradikalismus, München 1998; von Schnurbein, Stefanie: Norse Revival. Transformations of Germanic Neopaganism, Leiden / Boston 2016.
- ⁹ Vgl. Wiedemann, Felix: Rassenmutter und Rebellin. Hexenbilder in Romantik, völkischer Bewegung, Neuheidentum und Feminismus, Würzburg 2007, S. 207.
- ¹⁰ de Benoist, Alain: Heide sein, zu einem neuen Anfang. Die europäische Glaubensalternative, Tübingen 1982, S. 26.
- ¹¹ Stein, Dieter: Phantom „Neue Rechte“. Die Geschichte eines politischen Begriffs und sein Missbrauch durch den Verfassungsschutz, Berlin 2005, S. 142.
- ¹² de Benoist, Alain: Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Vorwort von Armin Mohler, Krefeld 1985.
- ¹³ Ebd., S. 133.

- ¹⁴ Lichtmesz, Martin: Sind Religionen machbar?, in: Sezession Online vom 1. Oktober 2015, <https://sezession.de/57158/sind-religionen-machbarij>
- ¹⁵ Vgl. im internationalen Kontext vor allem Zúquete, Pedro José: *The Identitarians. The Movement against Globalism and Islam in Europe*, Notre Dame 2018.
- ¹⁶ Lichtmesz, Martin: Guillaume Fayes Kritik an der Nouvelle Droite, in: Sezession Online vom 20. Januar 2020, <https://sezession.de/61973/guillaume-fayes-kritik-an-der-nouvelle-droite>, Stand:12.5.2020.
- ¹⁷ Vgl. Kellershohn, Helmut: Die jungkonservative Neue Rechte zwischen Realpolitik und politischem Existenzialismus, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 9/2015, S. 721-740, hier S. 732.
- ¹⁸ Lichtmesz, Martin: *Kann nur ein Gott uns retten? glauben – hoffen – standhalten*, Schnellroda 2014, S. 352.
- ¹⁹ Ebd., S. 350.
- ²⁰ Ebd., S. 351.
- ²¹ Ebd., S. 352.
- ²² Ebd., S. 185.
- ²³ Raspail, Jean: *Das Heerlager der Heiligen* (Frankreich 1973), autorisierte Neuübersetzung von Martin Lichtmesz, Schnellroda 2015. Die erste deutsche Ausgabe erschien im rechtsextremen Tübinger Grabert Verlag. Ders.: *Das Heerlager der Heiligen*, Tübingen 1985.
- ²⁴ Zit. nach Lichtmesz: *Kann nur ein Gott uns retten?*, S. 168.
- ²⁵ Camus, Renaud: *Revolte gegen den Großen Austausch* (Frankreich 2011), Schnellroda 2016.
- ²⁶ Lichtmesz: *Kann nur ein Gott uns retten?*, S. 173.
- ²⁷ Ebd., S. 182.
- ²⁸ Vgl. Schelkshorn, Hans: *Wider die Instrumentalisierung des Christentums. Zur Unvereinbarkeit von neorechter Ideologie und christlicher Moral*, in: *Christentum und Populismus. Klare Fronten?*, hrsg. von Walter Lesch, Freiburg u. a. 2017, S. 26-37.
- ²⁹ Lichtmesz: *Kann nur ein Gott uns retten?*, S. 161.
- ³⁰ *Siehe für die Katholische Kirche vor allem Woelki, Kardinal Rainer Maria: Entschieden für Menschenwürde und Menschenrechte. Zur kirchlichen Haltung gegen Rechtspopulismus*, in: *AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?*, hrsg. von Stefan Orth und Volker Resing, Freiburg u. a. 2017, S. 181-189.

- ³¹ Vgl. Eichberg, Henning: Ethnopluralismus. Eine Kritik des naiven Ethnozentrismus und der Entwicklungshilfe, in: *Junges Forum* 5/1973, S. 3-12.
- ³² Lichtmesz, Martin: Volklichkeit, Ethnopluralismus, Eichberg, in: *Sezession* 85/2018, S. 5-9, hier S. 7.
- ³³ Ebd., S. 8.
- ³⁴ Ebd., S. 8.
- ³⁵ Ebd., S. 9.
- ³⁶ Vgl. das Interview mit Alain de Benoist bei Stein: *Phantom „Neue Rechte“*, S. 159-178.
- ³⁷ Vgl. Camus, Jean-Yves: Strömungen der europäischen extremen Rechten – Populisten, Integristen, Nationalrevolutionäre, Neue Rechte, in: *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, hrsg. von Uwe Backes, Köln u. a. 2003, S. 235-260, hier S. 255 f.
- ³⁸ Siehe <https://www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/grosser-austausch/> (8.1.2018).
- ³⁹ Sellner, Martin: Ethnozentrismus, Ethnopluralismus, Universalismus, in: *Sezession Online* vom 19. April 2017, <https://sezession.de/57017/ethnozentrismus-ethnopluralismus-universalismus> (7. Juni 2017). Siehe zu dessen politischer Orientierung Schäller, Steven: Biographisches Porträt: Martin Sellner, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 31, hrsg. von Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse und Tom Thieme, Baden-Baden 2019, S. 193-209.
- ⁴⁰ Vgl. den Beitrag von Strube, Sonja Angelika in diesem Band. Siehe auch Bednarz, Liane: *Die Angst-Prediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern*, München 2018.



Dr. Maren Behrensen

ist Assistenzprofessorin im Department of Philosophy an der University of Twente / NL.

Dr. Marianne Heimbach-Steins

ist Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften und Professorin für Christliche Sozialwissenschaften und sozialetische Genderforschung an der Universität Münster.

/// Ideologische Muster, Kontexte, Hintergründe

Kampfplatz Gender

Die „Gender-Ideologie“ ist in der politischen Rhetorik omnipräsent, ein Querschnittsthema, das von allen unterschiedlichen Strömungen der AfD bedient und genutzt wird. Unser Beitrag skizziert zentrale Elemente der Anti-Gender-Polemik der Partei, fragt nach Quellen und Kontexten und bietet eine philosophische Analyse, die zeigt, wie „Politik mit der Natur“ gemacht wird.

Geschlecht als Ordnungskategorie

„Geschlecht“ ist eine jener anthropologischen Konstanten, auf denen menschliche Identität und Ordnungen des Zusammenlebens und der Verständigung aufbauen. In der deutschen Sprache bezeichnet Geschlecht zum einen die anatomische Konstitution eines Menschen (sex), zum anderen die „Grammatik“ der Geschlechtsidentität, die eine gesellschaftliche Geschlechterordnung hervorbringt, das soziale Geschlecht (gender). Diese Grammatik bestimmt geschlechtsspezifische Muster des Handelns (Rollen), der Darstellung (Symbolik) und der Identität. Sie betrifft jeden Menschen existentiell, ist aber nicht leicht zu erfassen und zu vermitteln, zumal sie historischen und kulturellen Veränderungen unterworfen ist.¹

Wenn die tatsächliche Komplexität und Dynamik von Geschlecht geleugnet wird, hat das soziale Konsequenzen. So zieht die Annahme, das biologische Geschlecht lege schon fest, wie jemand zu leben habe, sozial normative Vorstellungen nach sich. Werden sie in rechtlichen, politischen oder religiösen Geschlechterordnungen wirkmächtig, besteht die Gefahr, dass individuelle Gegebenheiten und Bedürfnisse missachtet und Menschen, die den

Das „Geschlecht“
betrifft jeden Menschen
existentiell.

**Geschlechtsbezogene
Emanzipations-
bewegungen haben
schon viel bewirkt.**

vermeintlich aus der Natur abzulesenden oder durch den Willen Gottes vorgegebenen Ordnungsmustern nicht entsprechen (können oder wollen), ausgeschlossen werden.

Geschlechtsbezogene Emanzipationsbewegungen – Frauenbewegungen, Schwulen- und Lesbenbewegung, Kämpfe von Queer-, Inter- und Transmenschen um Anerkennung ihrer Personenrechte – haben in vielen modernen Gesellschaften Veränderungen der Rechtsordnungen und der gesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten errungen und neue Debatten und Anerkennungskämpfe provoziert. Die wissenschaftliche Erforschung der Zusammenhänge von Geschlechter-, Gesellschafts- und Wissensordnungen in den Gender Studies ist sowohl Ausdruck als auch Treiber dieser Entwicklungen. Insofern sie mit sozialen, kulturellen und religiösen Konflikten einhergehen, werden emanzipatorische Kräfte immer wieder zur Projektionsfläche für Abwehrkämpfe derer, die die Ordnung normativer Zweigeschlechtlichkeit gegen eine vermeintliche „Gender-Lobby“ zu verteidigen suchen.

Im Vokabular der AfD gehören „Gender-Ideologie“, „Gender-Wahnsinn“, „Gender-Gaga“ und ähnliche Wortgebilde zum ideologischen Rüstzeug in diesem Abwehrkampf. Diese Stereotype bilden mit weiteren Feindbildern ein rhetorisches Bollwerk gegen Dynamiken, die überlieferte Erwartungen und Maßstäbe ohne Zweifel verunsichern. Erst durch gezielte Dämonisierung entstehen aber jene Bedrohungsszenarien, gegen die die AfD „unsere traditionellen Werte“, „unsere nationale Kultur“ und das „christliche Abendland“ zu retten antritt.²

Gender – (De-)Konstruktion eines Feindbildes

Quer durch die programmatischen Positionierungen der Partei³ zieht sich die Behauptung, die „Gender-Ideologie“ leugne die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau und das Geschlecht sei „nur“ ein soziales Konstrukt.⁴ Das Wörtchen „nur“ legt nahe, die erkenntnistheoretisch anspruchsvollen Theorien des Konstruktivismus, an denen sich auch die Genderforschung bedient, böten eine Art Subtraktionsprinzip, das der Geschlechts-„Natur“ die Würde nehme, der Geschlechtsidentität den Boden entziehe und das Geschlecht zu einer (jederzeit) veränderbaren Größe mache. Das ist eine hanebüchene Lesart des Antiessentialismus, der sich gegen eine unmittelbar normative Lesart der „Natur“ richtet und die philosophisch unhaltbare Ableitung sozialer Verhaltenserwartungen und moralischer Normen aus biologischen Tatsachen zurückweist (siehe „Politik mit der Natur“). In der Unterstellung, damit würden das Geschlecht der völligen Beliebigkeit

überantwortet und „die“ Geschlechterordnung schlechthin aufgelöst, liegt der Schlüssel zu dem Kampf, den u. a. die AfD mit ungebrochener Verve gegen die „Gender-Ideologie“ führt (siehe „Historischer und religiöser Kontext des Anti-Genderismus“). Diese Mission, die das Bedürfnis vieler Menschen nach Orientierung, verlässlicher Ordnung und stabilen Identitäten nutzt, arbeitet mit drei Standardvorwürfen:

Marginalisierung der binären Geschlechterordnung

Die Behauptung, die binäre Geschlechterordnung werde marginalisiert, wenn nicht aufgehoben, zielt sowohl auf die theoretischen Grundlagen als auch auf die politische und pädagogische Umsetzung von Anliegen der Geschlechtergerechtigkeit. Vor allem Gabriele Kuby⁵ und Birgit Kelle⁶ arbeiten publizistisch an dem Mythos, Gender stelle die Wahl des Geschlechts in die völlige subjektive Beliebigkeit. Die regelmäßigen Einlassungen u. a. von Frau von Storch⁷ basieren auf diesem ideologischen Grund.⁸

Zerstörung der Familie

Die Behauptung, Gender zerstöre „die Familie“, liegt aufgrund des ersten Vorwurfs nahe. Die AfD vertritt ein enges Bild der Kernfamilie von Vater, Mutter und mehreren Kindern mit patriarchaler geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung.⁹ Dieses Bild wird irritiert, wenn der exklusive Geltungsanspruch normativer Zweigeschlechtlichkeit und die aus biologischen Gegebenheiten abgeleitete normative Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in Frage gestellt werden. Genderforschung und eine auf Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtete Politik relativieren den Geltungsanspruch eines patriarchal-hierarchischen Familienbildes, aber richten sich nicht generell gegen „die Familie“. Das Familienbild der AfD dient, verbunden mit einer „aktivierenden Familienpolitik“, zugleich dem ethno-nationalen Ziel, die Generativität von „deutschen“ Mittelschicht-Familien zu fördern.¹⁰ So verbindet die AfD Anti-Gender-Polemik und Familienpolitik mit der v. a. anti-migrantisch und anti-islamisch ausgerichteten Verteidigung einer „deutschen“ Identität.

Indoktrinierende Sexualerziehung

Der dritte Vorwurf richtet sich gegen eine indoktrinierende Sexualerziehung, die angeblich die stabile geschlechtliche Identitätsbildung torpediere („Frühsexualisierung“).¹¹ Schon die Information über sexuelle Diversität in der Sexualpädagogik wird als schädlich für die „gesunde“ Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zurückgewiesen; einer entsprechenden Ausrichtung der Lehrpläne wird die Absicht systematischer „Umerziehung“ unterstellt.¹²

Den genannten Vorwürfen entsprechen drei regelmäßig wiederholte politische Forderungen:

- nationale wie europäische Forschungsmittel für Genderforschung zu streichen bzw. solche Forschung zu beenden, da sie generell ideologisch und deshalb unwissenschaftlich sei,¹³
- Gender Mainstreaming¹⁴ und
- „Gendern“ als ideologischen Eingriff in „unsere Sprache“ abzuschaffen;¹⁵ (dieses Anliegen hat es nicht nur bis zu einem Aprilscherz der Partei (2020) gebracht,¹⁶ sondern treibt auch unfreiwillig komische Blüten).¹⁷

Angesichts der skizzierten Beobachtungen ist die Funktion der Anti-Gender-Polemik der AfD genauer zu analysieren. Darin lediglich die Verteidigung eines traditionellen (und oft religiös konnotierten) Familienmodells zu sehen, liegt auf den ersten Blick nahe. Gender erschien dann als Identifikationsangebot von christlichen Kreisen in der Partei für christliche Kreise in der Wählerschaft. Ginge es lediglich um die „Verteidigung der traditionellen Familie“, so ließe sich jedoch kaum erklären, wie eine fundamentalistische Christin wie Beatrix von Storch und eine Vertreterin der „wirtschaftsliberalen“ Strömung wie Alice Weidel, die mit ihrer eigenen Person für ein nicht-traditionelles Familienmodell steht, als Führungspersönlichkeiten in derselben Partei agieren können. Tatsächlich bedienen auch nicht nur von Storch und die „Christen in der AfD“ dieses Thema; auch Alice Weidel lässt sich seit Jahren zu „Gender-Ideologie“ und „Gender-Wahn“ aus.¹⁸ Der Anti-Genderismus der AfD ist offensichtlich mehr als Klientelpolitik.

Für die AfD ist das Thema Gender besonders interessant.

Flügelkämpfe innerhalb der Partei entzündeten sich gerade nicht am Thema Gender, das für die AfD (und andere rechtspopulistische Parteien in Europa) auch deshalb so interessant ist, weil es sich dynamisch mit anderen Themen verknüpfen lässt und Differenzen überdeckt. Für eine eliten- und europafeindliche Klientel, wie sie von Alice Weidel und Jörg Meuthen bedient wird, steht es vor allem für die Verschwendung von Steuergeldern, die Alimentierung unbedeutender Minderheiten, staatliche Regulierungswut und Dogmatismus unter dem Deckmantel der Wissenschaft (Gender Studies). Eine religiös-fundamentalistisch geprägte Klientel, wie sie Beatrix von Storch bedient, betont Familie, Kinder und den Schutz des ungeborenen Lebens. Für eine völkisch-nationalistische Klientel, auf die Björn Höcke zielt, geht es um die Erhaltung des „deutschen Volkes“ als homogene ethnische Gruppe, die gleichermaßen durch „Gender-Ideologie“ und „Multikulti“ bedroht sei.¹⁹ Das Gender-Feindbild kann also als Bindemittel zwischen den unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Partei fungieren.

Es wird effektiv und dynamisch mit anderen Feindbildern verknüpft. Der Anti-Genderismus der AfD richtet sich eindeutig nicht nur gegen trans- und intergeschlechtliche Menschen, sondern auch gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Ehen sowie Maßnahmen für die rechtliche Gleichstellung von Frauen.²⁰ Geht es um politisches Handeln in diesem Bereich, kommt vor allem die Eliten- und Europafeindlichkeit der AfD zum Tragen. Hier werden Argumentationsmuster bedient, die schon länger in antifeministischen Kreisen etabliert sind, etwa die Rede von Gender Mainstreaming als einer von der EU erfundenen und erzwungenen Maßnahme zur Umerziehung der Bevölkerung – ein Bild, das u. a. von Gabriele Kuby und Birgit Kelle bedient wird.²¹ Es spielt auch eine wichtige Rolle im Widerstand vor allem osteuropäischer Staaten gegen die sogenannte Istanbul-Konvention, die häusliche Gewalt gegen Frauen ächtet und vor allem wegen ihrer relativ offenen Definition von Geschlecht in den Fokus des Anti-Gender-Aktivismus geraten ist.²²

Wenn die AfD das Thema Migration und Flucht besetzen will, geriert sie sich gerne als Anwältin von Frauen und Schutzmacht von Homosexuellen gegen „Kulturfremde“ (vornehmlich Muslime), die in Deutschland gegenüber Frauen und Homosexuellen übergriffig werden. Vor allem die Kölner Silvesternacht 2015/16 wurde in diesem Zusammenhang von der AfD und anderen rechtspopulistischen und antifeministischen Stimmen weidlich ausgenutzt.²³ Die Verachtung, die die AfD ansonsten für frauen- und andere gleichstellungspolitische Themen übrig hat, wird von ihr nicht im Widerspruch zur Parteinahme in diesen Fällen gesehen. Die Partei kann ihre antifeministische und anti-queere Haltung sogar rhetorisch stärken, indem sie Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen und queere Menschen als „Importe“ deklariert, die ohne Migration für Deutschland überhaupt keine Relevanz hätten. Das ist zwar sachlich falsch, aber ideologisch effektiv, zumal sich die AfD auf reale Vorfälle berufen kann.

Die AfD instrumentalisiert Übergriffe auf Frauen oder Homosexuelle von „Kulturfremden“ zur politischen Agitation.

Historischer und religiöser Kontext des Anti-Genderismus

Wie bereits angedeutet, speist sich die aktuelle Bewegung gegen „Gender-Ideologie“ aus unterschiedlichen Quellen. Sie hat deutliche Bezüge zu konservativen und fundamentalistischen religiösen Milieus, aus denen sie ursprünglich auch stammt. Sie greift aber unter dem Stichwort der Eliten-, Europa- und Globalisierungskritik auch Elemente des Widerstands gegen neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsformen auf. Hier reklamiert die AfD für sich, für den sprichwörtlichen „kleinen Mann“ zu sprechen, der nicht nur wirtschaftlich und sozial abgehängt sei, sondern dessen Sorgen auch

von progressiven („linksrotgrünen“) Eliten nicht ernst genommen würden. Schließlich verknüpfen auch völkisch-nationale Milieus ohne religiöse Bezüge ihren Anti-Genderismus inhaltlich mit der Sorge um die (homogene) Volksgemeinschaft, die durch Familien- und Reproduktionsfeindlichkeit bedroht sei, und strategisch mit der Hoffnung, hierdurch Anschlussfähigkeit in der „politischen Mitte“ zu gewinnen.

Die Strategien der jeweiligen Strömungen und ihre inhaltlichen Bezüge zu Gender stehen in historischer Kontinuität zu antifeministischer Rhetorik und zu politischem Widerstand gegen die Emanzipation homosexueller Menschen. Zu diesen Themen konnten bereits in der Kaiser- und Zwischenkriegszeit religiöse, nationalistische und bürgerliche Kreise zusammenfinden, die in je eigenen Varianten mit der „Widernatürlichkeit“ gleichgeschlechtlicher Partnerschaften oder der rechtlichen Gleichstellung von Frauen argumentierten. Für die Nationalisten ging es vornehmlich um „Volksgesundheit“, für die Religiösen um die Schöpfungsordnung und für die Bürgerlichen um die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.²⁴ Der Gegner stand und steht immer auf der gleichen Seite, egal ob sich der Hass über Schwule, Suffragetten oder „Genderisten“ ergießt.

Gender wird von den extremen Rechten als Kampfbegriff benutzt.

In Deutschland taucht Gender als Kampfbegriff der extremen Rechten erstmals in den späten 2000er- und den frühen 2010er-Jahren auf, als die extreme Rechte (damals vor allem in Gestalt der NPD) über das Lebensschutz-Anliegen den Schulterschluss mit kirchlichen Milieus suchte, der etwa bei dem „Marsch für das Leben“ und der „Demo für alle“ konkret vollzogen wurde.²⁵ Es ist kein Zufall, dass Rechtsextreme hier an bestimmte kirchliche Milieus „andocken“ konnten. Im katholischen Kontext haben v. a. die letzten Päpste²⁶ sowie die Römische Glaubenskongregation²⁷ deutliche Akzente gesetzt.²⁸ Offizielle kirchliche Positionierungen gegen emanzipatorische Anliegen und reproduktive Rechte von Frauen sowie gegen die rechtliche Gleichstellung nicht heterosexueller Paare wurden spätestens seit der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 und der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking immer enger mit dem Begriff Gender verbunden.²⁹ Dort hatte der Begriff zu Spannungen v. a. zwischen „liberalen“ und konservativen religiösen Kreisen geführt. Im Zuge dieser Entwicklungen bahnten sich Anti-Gender-Allianzen zwischen der katholischen Kirche, den orthodoxen Kirchen, fundamentalistischen Evangelikalen und muslimischen Organisationen an. Die erste Welle des Anti-Genderismus ist mithin von christlichen und anderen religiösen Akteuren geprägt worden.³⁰

Die Integration dieses Feindbilds in rechtsextreme Weltbilder und rechtspopulistische Politik nahm erst im vergangenen Jahrzehnt Fahrt auf, ging aber aus den analysierten Gründen relativ bruchlos vonstatten. Sie wurde durch

die Flexibilität des Feindbilds Gender befördert, das von seinen religiösen Ursprüngen abgelöst und in neue (z. B. stramm nationalistische) Kontexte versetzt werden konnte. Weder muss also Anti-Genderismus religiös motiviert sein noch führt Religiosität notwendig zum Anti-Genderismus. Dennoch ist es hilfreich, die religiösen Ursprünge des Anti-Genderismus im Blick zu behalten, denn sie können die politische Relevanz dieses Feindbildes erhellen.

Politik mit der „Natur“

Letztlich geht es im Anti-Genderismus darum, Politik mit dem Naturbegriff zu machen, um eine bestimmte, als „natürlich“ konnotierte Ordnung zu bewahren. Alles, was als Ausfluss von „Gender“ gedeutet werden kann, wird damit gleichzeitig auch als „widernatürliche Politik“ gebrandmarkt. Zentral ist dabei nicht die inhaltliche Füllung des Naturbegriffs, sondern die Dynamik, die er im öffentlichen Diskurs entfaltet: „Das Natürliche“ bedient Ordnungsbedürfnisse, indem es historische und soziale Kontingenz negiert und die Grundlagen der moralischen und politischen Ordnung menschlichem Willen und menschlicher Kritik entzieht. Genau deshalb wird im Anti-Genderismus der AfD immer wieder behauptet, „Gender-Ideologen“ leugneten biologische Tatsachen. Deren Streben wird dadurch als in gleichem Maße absurd wie gefährlich gekennzeichnet. Der Biologie als „Natur“ wird hier die Rolle der „Metaphysik“ zugeschrieben, sie liefert das unhintergehbare Fundament, die vorgeblich „harten Fakten“, die die Annahme sozialer Gestaltungsmöglichkeiten widerlegen sollen.

Im Anti-Genderismus geht es darum, mit dem Naturbegriff Politik zu machen.

Rechtspopulistische Kreise wie die AfD berufen sich in der Regel auf einen reduktiven Naturbegriff, der biologische Sachverhalte verkürzend oder sogar verfälschend darstellt. In religiösen Kontexten, etwa Äußerungen der Päpste, entspricht dem Biologismus eine essentialistische Überhöhung der „Natur“, mit der die zu verteidigende Ordnung kontingenten Einflüssen entzogen wird: Aus „natürlichen“ Gegebenheiten (z. B. der Gebärfähigkeit der Frau) wird auf das „Wesen“ (die Essenz) geschlossen (z. B. weil gebärfähig, ist „die Frau“ zur Mutterschaft „berufen“);³¹ mit unmittelbar normativen Konsequenzen. Aus den als Schöpfungsordnung gedeuteten „natürlichen“ Gegebenheiten spreche für jede Person erkennbar der Wille Gottes, der im menschlichen Handeln zu erfüllen sei. Abweichendes Verhalten (etwa außerhäusliche Erwerbstätigkeit in Konkurrenz zu der mütterlichen Berufung) erscheint dann als moralisch fragwürdig, birgt mindestens die Gefahr einer Versündigung gegen die göttliche Ordnung. Biologistische Geschlechterordnung und essentialistisch gedeutete göttliche Schöpfungsordnung fungieren mithin als normativer Rahmen dafür, wie Menschen ihr gesellschaftliches Leben gestalten sollten.

Nun kann man an dieser Stelle fragen, warum eine metaphysische Geschlechterordnung verfängt, wenn doch das kirchliche Angebot einer naturrechtlich-moralischen Ordnung der Dinge ansonsten immer weniger Zuspruch erfährt. Wieso ist es gerade die kirchliche Warnung vor der „Gender-Ideologie“, die im rechten politischen Spektrum außerhalb der Kirche Zuspruch gefunden hat?

**Essentialistische
Ordnungsangebote
sind attraktiv, weil sie
stabile Identitäten
versprechen.**

Hier dürfte der Topos der „bedrohten Identität“ eine besondere Rolle spielen. Essentialistische Ordnungsangebote, ob auf religiösem oder säkularem Fundament, sind attraktiv, weil sie stabile Identitäten versprechen. Gender fungiert als Chiffre für ein anti-essentialistisches Denken, das diese Stabilität in Frage stellt, und zwar sowohl bezüglich der Definition von Männlichkeit und Weiblichkeit als auch bezüglich des Verhältnisses von Männern und Frauen zueinander in Familie und Partnerschaft. Schon diese Infragestellung sorgt dafür, dass bestimmte Identitäten („echte Frauen“, „echte Männer“, „echte Familien“) als existentiell bedroht erscheinen. Mit Lorraine Daston könnte man sagen, die Chiffre Gender unterlaufe einen solchen metaphysisch aufgeladenen Naturbegriff sogar dreifach: Sie beschwört „Monster“ herauf, die die „Ordnung [des spezifisch männlichen und weiblichen] verletzen“, sorgt für „Ungleichgewichte, die die [Geschlechterordnung in der Gesellschaft] auf den Kopf stellen“ und steht für eine „Unbestimmtheit, die mit der Ordnung der Naturgesetze bricht“.³²

Ob sich diese Naturordnungen tatsächlich so und nicht anders aus der Biologie ergeben, oder ob „die Gender-Ideologie“ solche Ordnungen wirklich ignoriert und untergräbt, ist unwichtig. Der Furor gegen Gender verfängt, weil er Furor ist: Er weckt die „Passionen gegen das Unnatürliche“. Und bei diesen Passionen geht es vor allem um moralische Empörung.³³

Im rechtspopulistischen Spektrum funktioniert ein solches auf Empörung gegründetes Angebot zum Thema Gender analog zu dem, was zum Thema nationale bzw. kulturelle Identität angeboten wird. Auch hier werden „deutsche Leitkultur“ oder „Heimat“ (und die Bezüge zu Christentum, Renaissance oder Antike, die sich daraus ergeben sollen) als metaphysische Begriffe angeboten, die stabile Identitäten in einer instabilen Welt versprechen.³⁴ Wo Instabilität manifest wird (etwa in der „Kölner Silvesternacht“), regen sich dann auch die „Passionen gegen das Unnatürliche“ (hier als Furor gegen eine desaströse „Willkommenskultur“ oder gar gegen eine angebliche „Umvolkung“). Auffällig ist, dass dieser Furor stets rückwärtsgewandt ist – die Wiederherstellung von Stabilität im populistischen Sinne ist immer mit einer mehr oder minder expliziten Rückkehr zu Vergangenen verbunden, aber nicht mit einem Blick in die Zukunft oder einer konstruktiven Einstellung zu moralischem und gesellschaftlichem Wandel.

Fazit

Hinter der ermüdenden Wiederholung der Anti-Gender-Stereotypen zeigen sich stabile ideologische Muster, die als Elemente einer politischen Programmatik und des damit verbundenen Machtanspruchs ernst genommen werden müssen. Sie nähren sich aus unterschiedlichen Quellen und adaptieren nicht zuletzt religiöse Muster der Abwehr anti-essentialistischer Kritik. Das Interesse an einer Stabilisierung bestimmter, exklusiv verstandener Ordnungsmuster arbeitet mit der Angst vor Destabilisierung von Identitäten und Gewissheiten, und macht mit der Beanspruchung der „Natur“ als vermeintlicher Quelle der verteidigten Ordnung einen Anspruch auf Wahrheit und Objektivität geltend.

Hinter der Wiederholung der Anti-Gender-Stereotypen zeigen sich ideologische Muster.

///

Anmerkungen

- ¹ Für eine soziologische und sozialetische Erstorientierung vgl. Meuser, Michael / Heimbach-Steins, Marianne: Art. Gender, in: Staatslexikon, Bd. 2, Freiburg i. Br., 8. Aufl., 2018, S. 1079-1095.
- ² Vgl. Heimbach-Steins, Marianne u a.: Grundpositionen der Partei „Alternative für Deutschland“ und der Katholischen Soziallehre im Vergleich (ICS AP Nr. 8), Münster 2017, v. a. S. 7-13, https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/fb2/c-systemischetheologie/christlichesozialwissenschaften/heimbach-steins/ics-arbeitspa-piere/ics_ap_8_afd_kathsl.pdf, Stand: 10.8.2020.
- ³ Zur Analyse des Grundsatzprogramms der Partei (2016) sowie einer Reihe von Landtagswahlprogrammen zwischen 2014 und 2017 vgl. Heimbach-Steins u. a. 2017; zusätzlich wurden für diesen Beitrag das Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019 sowie die Wahlprogramme zu den Landtagswahlen 2019 in Thüringen, Brandenburg, Sachsen und zur Bürgerschaftswahl in Hamburg 2020 berücksichtigt.
- ⁴ Vgl. z. B. AfD: Wahlprogramm zum Europäischen Parlament 2019, S. 73, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf, Stand: 7.8.2020.

- ⁵ Kuby, Gabriele: Die globale sexuelle Revolution, Kißlegg 2012; dies.: Gender. Eine neue Ideologie zerstört die Familie, Kißlegg, 4. Aufl., 2014. Zur Kritik ihres Ansatzes (und seiner Rezeption in katholischen Kreisen) vgl. u. a. Marschütz, Gerhard: Erstaunlich schlecht – die katholische Gender-Kritik, in: : Gender – Theorie oder Ideologie?, hrsg. von Thomas Laubach, Freiburg 2017, S. 99-115; ders.: Schafbrief an den Hirten Andreas: Gender ist nicht des Teufels, <http://www.feinschwarz.net/schafbrief-an-den-hirten-andreas-gender/>, erstellt 7.4.2017, Stand: 7.8.2020.
- ⁶ Kelle, Birgit: GenderGaga. Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will, Asslar 2015; Kelle, Birgit: Noch normal? Das lässt sich gendern!, München 2020.
- ⁷ Vgl. <https://beatrixvonstorch.de/category/geschlechter/gender/>, Stand:7.8.2020.
- ⁸ Der Mythos der Abschaffung der Geschlechter bildet auch den Hintergrund der „kleinen Anfrage“ der AfD-Fraktion des Deutschen Bundestags „Kosten und Umsetzung Drittes Geschlecht“ in: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/8716 vom März 2019 zur Umsetzung des BVerfG-Urteils vom November 2017. Darin wird die Reform des Personenstandsrechts als Schritt zur Auflösung der Geschlechterordnung gedeutet und deren Legitimität in Frage gestellt: Kritisiert wird eine politische „Überbetonung der sexuellen Identität“; zudem wird insinuiert: Erforderliche Maßnahmen zur gesellschaftlichen Umsetzung sind (zu) teuer und (zu) kompliziert, v. a. wenn und weil es vermutlich um eine kleine sexuelle Minderheit geht.
- ⁹ Vgl. u. a. AfD: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, 2016, S. 40-42, <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>, Stand: 7.8.2020.
- ¹⁰ Vgl. u. a. AfD: Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019, S. 10, <https://afd-brandenburg.de/programm-3/landtagswahlprogramm-2019/>, Stand: 7.8.2020; an der ausgrenzenden, bevölkerungspolitischen Abzweckung der Familienpolitik endet die zuweilen behauptete Nähe zu einem christlich-katholischen Familienbild, diese Intention ist mit christlichem Ethos nicht zu vereinbaren, vgl. Heimbach-Steins u. a.: Grundpositionen der Partei, S. 17-19; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz: Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen (AH 305), Bonn 2019, S. 52 f.
- ¹¹ Vgl. u. a. AfD: Grundsatzprogramm, S. 54 f (wörtliche Zitate S. 55); vgl. auch AfD: Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019, S. 73 f; AfD: Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019, S. 23, S. 30, <https://afd-thl.de/meine-heimat-mein-thueringen/>, Stand: 7.8.2020.
- ¹² AfD: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, 2016, S. 109, <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>, Stand: 7.8.2020.
- ¹³ AfD: Wahlprogramm zur Wahl des Europäischen Parlaments, 2019, S. 66, S. 74; AfD: Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019, S. 46.

- ¹⁴ Vgl. z. B. AfD: Programm zur Bürgerschaftswahl in Hamburg, 2020, S. 27, S. 35 f., <https://afd-hamburg.de/wahlprogramm/>, Stand: 7.8.2020.
- ¹⁵ Vgl. u. a. AfD: Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019, S. 37, <https://afd-brandenburg.de/programm-3/landtagswahlprogramm-2019/> Stand: 7.8.2020.
- ¹⁶ Afdkompakt: Es darf gegendert werden, <https://afdkompakt.de/2020/04/01/afd-jetzt-auch-geschlechtergerecht/>, Stand: 4.8.2020.
- ¹⁷ Der Verkehrsexperte und das Fahrspurende, Tagesschau am 28.7.2020, <https://www.tagesschau.de/schlusslicht/fahrspurende-101.html>, Stand: 4.8.2020.
- ¹⁸ In einem Artikel für den AfD-Landesverband Thüringen, der Ende März veröffentlicht wurde, schrieb sie mit Bezug auf die zu erwartenden wirtschaftlichen Einschnitte in der Corona-Krise: „Kostspielige und fragwürdige gesellschaftspolitische Experimente wie die exzessive Förderung von Gender-Ideologie und anderer linker Klientelpolitik werden wir uns künftig ebenfalls nicht mehr leisten können.“ Weidel, Alice: Die Lehren aus der Corona-Krise. Ein Kommentar, <https://www.afd-thueringen.de/thuringen-2/2020/03/alice-weidel-die-lehren-aus-der-corona-krise-ein-kommentar/>, Stand: 4.8.2020. In einem Beitrag für die Homepage der Bundespartei aus dem März 2019 schrieb sie über die „sogenannte gendergerechte Sprache“ als Orwell-Projekt, <https://www.afd.de/alice-weidel-die-sogenannte-gendergerechte-sprache-ist-ein-orwell-projekt/>, Stand: 4.8.2020.
- ¹⁹ Vgl. Landtagswahlprogramm der AfD für Brandenburg 2019, S. 76, S. 78, es prangert in einem Atemzug die Verschwendung von Steuermitteln für Projekte mit ideologischen Zielen wie „Kampf gegen rechts, Genderwahn, Vielfalt und Migration“ an.
- ²⁰ Im Wahlprogramm der AfD für die Hamburger Bürgerschaft vom Februar 2020 hieß es z. B.: „Wir lehnen daher Bestrebungen ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z. B. für Frauen, Aktionen wie den ‚Equal Pay Day‘ oder ‚geschlechtsneutrale Sprache‘ umzusetzen.“ Gleichzeitig wird betont, dass man die Gleichberechtigung der Geschlechter „nachdrücklich befürworte“, AfD: Programm der AfD zur Bürgerschaftswahl in Hamburg, 2020, S. 35 f., <https://afd-hamburg.de/wahlprogramm/> Stand:7.8.2020.
- ²¹ Vgl. Kuby, Gabriele: Auf dem Weg zum neuen Gender-Menschen. Verstaatlichung der Erziehung, Kißlegg 2007; und das von Birgit Kelle verfasste Bischofswort von Vitus Huonder zum Tag der Menschenrechte 2017, <https://www.suedostschweiz.ch/sites/default/files/Wort-des-Bischofs-Tag-der-Menschenrechte-2017.pdf>, Stand: 7.8.2020.
- ²² Im Juli 2020 hat Polen in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit erregt, da die Regierung nach der Präsidentschaftswahl ankündigte, aus der Istanbul-Konvention auszutreten. Zum bulgarischen Widerstand gegen die Istanbul-Konvention und dessen Beziehung zum Genderbegriff siehe Behrens, Maren / Stanoeva, Elitza: Hypo-

chondriac Identities. Gender and Nationalism in Bulgaria and Germany, in: Gender – Nation – Religion. Ein internationaler Vergleich von Akteursstrategien und Diskursverflechtungen, hrsg. von Maren Behrensen, Marianne Heimbach-Steins und Linda E. Hennig, Frankfurt / New York 2019, S. 147-188. Zu weiteren Beispielen aus (Ost-) Europa siehe die Beiträge in: Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing Against Equality, hrsg. von Roman Kuhar und David Paternotte, London 2017.

- ²³ Die Bedeutung der „Kölner Silvesternacht“ in diesem Zusammenhang ist ausführlich analysiert worden von Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene: Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart, Bielefeld 2017.
- ²⁴ Vgl. Schmicke, Imke: Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antifeminismus, hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2018, <https://www.bpb.de/apuz/267942/frauenfeindlich-sexistisch-antifeministisch-begriffe-und-phaenomene-bis-zum-aktuellen-antigenderismus?p=all>, Stand: 4.8.2020.
- ²⁵ Vgl. Lang, Juliane: Familie und Vaterland in der Krise, in: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, hrsg. von Sabine Hark und Paula-Irene Villa, Bielefeld 2015, S. 167-181; Kemper, Andreas: Antimanzipulatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland, in: Die Alternative für Deutschland, hrsg. von Alexander Häusler, Berlin / Heidelberg 2016, S. 81-97; Kemper, Andreas: Aktivitäten gegen den „Gender-Wahn“, hrsg. vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V., Düsseldorf 2018, <https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6471/aktivitaeten-gegen-den-gender-wahn.html>, Stand: 4.8.2020.
- ²⁶ Vgl. u. a. Johannes Paul II. (1988): *Mulieris dignitatem*. Apostolisches Schreiben über die Würde und Berufung der Frau anlässlich des Marianischen Jahres, http://www.vatican.va/content/john-paul-ii/de/apost_letters/1988/documents/hf_jp-ii_apl_19880815_mulieris-dignitatem.html, Stand: 21.9.2020; Benedikt XVI.: Ansprache beim Weihnachtsempfang für das Kardinalskollegium, die Mitglieder der Römischen Kurie und der Päpstlichen Familie, 21.12.2012, http://www.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2012/december/documents/hf_ben-xvi_spe_20121221_auguri-curia.html, Stand: 21.9.2020; Franziskus: Nachsynodales Schreiben *Amoris laetitia*, Nr. 56, 2016, http://www.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20160319_amoris-laetitia.html, Stand: 21.9.2020.
- ²⁷ Vgl. u. a. Kongregation für die Glaubenslehre, Schreiben an die Bischöfe der Katholischen Kirche über die Zusammenarbeit von Mann und Frau in der Kirche und in der Welt, 31.7.2004, https://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_con_cfaith_doc_20040731_collaboration_ge.html, Stand: 20.9.2020.

- ²⁸ Im Interview mit Vittorio Messori spricht Joseph Ratzinger selbst über seine Vorbehalte gegen die Einführung des Transsexuellengesetzes (TSG) und den gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennungskampf homosexueller Menschen, in denen er eine moralzersetzende Auswirkung eines radikalen Feminismus gesehen habe, vgl. hierzu Ratzinger, Joseph mit Vittorio Messori: Zur Lage des Glaubens, Teil A, in: Im Gespräch mit der Zeit, Erster Teilband von Bd. 13 der Gesammelten Schriften, hrsg. von Gerhard Ludwig Müller, Freiburg i. Br. 2016, S. 32-204. Damit führt er eine Linie der päpstlichen Morallehre der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter, die Frauen-Emanzipationsanliegen als Widersetzlichkeit gegen die göttliche Schöpfungsordnung verurteilte; vgl. hierzu Heimbach-Steins, Marianne: „...nicht mehr Mann und Frau“. Sozialethische Studien zu Geschlechterverhältnis und Geschlechtergerechtigkeit, Regensburg 2009, S. 24-39.
- ²⁹ Ein wichtiger Player dieser Auseinandersetzung in der katholischen Kirche war der päpstliche Rat für die Familie, der u. a. mit dem von ihm hrsg. „Lexikon Familie“ (dt. Ausgabe Paderborn 2007) versuchte, eine Anti-Gender-Agenda zu setzen, eine entsprechende Sprachpolitik zu treiben und die als „Agenten“ der Gender-Agenda identifizierten Unterorganisationen der Vereinten Nationen gezielt zu diskreditieren, vgl. hierzu Heimbach-Steins: „...nicht mehr Mann und Frau“, S. 283-286.
- ³⁰ Die Entwicklung des katholischen Anti-Genderismus wird nachgezeichnet und analysiert in Behrensen, Maren: Eine philosophische Auseinandersetzung mit der katholischen Genderkritik. Zur Genealogie und Rezeption eines umstrittenen Begriffs, ICS-Arbeitspapiere Nr. 13, Münster 2020, https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/fb2/c-systematischeologie/christlichesozialwissenschaften/heimbach-steins/ics-arbeitspapiere/apgenderdokument_final.pdf, Stand: 4.8.2020. Zu Gender-Debatten in den evangelischen Kirchen siehe Thiessen, Barbara: Gender Trouble evangelisch. Analyse und Standortbestimmung, in: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, hrsg. von Sabine Hark und Paula-Irene Villa, Bielefeld 2015, S. 149-166.
- ³¹ Vgl. zu den entsprechenden Traditionslinien in päpstlichen Texten des 20. Jahrhunderts Heimbach-Steins: „...nicht mehr Mann und Frau“, Regensburg 2009, S. 11-51 und S. 163-177.
- ³² Daston, Lorraine: *Against Nature*, Cambridge / Mass. 2019, S. 33 (Übersetzung M. Behrensen).
- ³³ Lorraine Daston hat in ihrem Essay „Against Nature“ ein ganzes Kapitel diesen „passions of the unnatural“ gewidmet, S. 33-43.
- ³⁴ Siehe hierzu exemplarisch Abschnitt 7.2 aus dem Grundsatzprogramm der AfD: „Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus“, in: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der AfD, 2016, S. 92, <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>, Stand: 7.8.2020.



Astrid Séville

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Akademische Rätin auf Zeit am Lehrstuhl für Politische Theorie des Geschwister-Scholl-Instituts für Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

/// Vom Sagbaren zum Machbaren

Rechtspopulistische Sprache und Gewalt

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 hat eines in Erinnerung gerufen:¹ Inmitten der deutschen Gesellschaft haben sich rechtsextreme Gewalttäter radikalisiert, und ihre Netzwerke funktionieren. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung blickt die Bundesrepublik auf eine kontinuierliche Geschichte rechtsterroristischer Gewalt zurück, deren Anfänge die Extremismus- und Terrorismusforschung bis in die 1970er-Jahre verfolgt.²

Einführung

Die Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) 2011 sowie die graduelle Radikalisierung der AfD haben eine Diskussion zum einen über Strukturen, Merkmale und Unterschiede von Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, zum anderen über ein politisches Klima ausgelöst, das rechter Gewalt zuträglich sein kann.

Im Raum steht dabei die These, der öffentliche Diskurs zeichne sich heute durch sprachliche Verrohung, Brutalisierung, Enthemmung und eine politische Verschiebung nach rechts aus. Als beispielhaft für den Wandel politischer Gesprächs- und Streitkultur ließe sich ein Urteil des Berliner Landgerichts anführen, das im September 2019 entschied, die Grünen-Politikerin Renate Künast dürfe durchaus als „Geisteskranke“ und zu entsorgender „Sondermüll“ bezeichnet werden. Diese und weitere vulgäre Hasskommen-

Ein spezielles politisches Klima kann rechter Gewalt zuträglich sein.

tare im Internet seien als sachbezogene Meinungsäußerungen hinzunehmen. Das Urteil wurde sofort skandalisiert, da es die juristische Grenzziehung zwischen Meinungsäußerung und Schmähkritik verwische und einer „Verwahrlosung“, ja einem Verlust an „Anstand“ Ausdruck verleihe.³ Als weiteres Symptom einer solchen Verwahrlosung lässt sich an ähnlich gelagerte, vielzitierte „Entgleisungen“ erinnern: Der Bundessprecher und heutige Fraktionsvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, erklärte 2017 als Spitzenkandidat seiner Partei im Bundestagswahlkampf, man solle die Staatsministerin Aydan Özoğuz „in Anatolien entsorgen“⁴, und seine Parteikollegin Alice Weidel sprach im Mai 2018 im Deutschen Bundestag von „Kopftuchmädchen, alimentierten Messermännern und sonstigen Taugenichtsen“⁵. Wie lässt sich dieser verbale Furor erklären?

Die AfD will die Grenzen des Sagbaren ausweiten.

Gauland selbst gab als Devise seiner Partei an, „die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“⁶. Seine Losung macht klar, dass Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten weniger um politische Gestaltung durch Regierungsbeileiligung als um Aufmerksamkeit und Deutungshoheit im gesellschaftlichen und politischen Raum kämpfen. Im Sinne der Hegemonietheorie des marxistischen Philosophen Antonio Gramsci ist es das Ziel, durch Präsenz in der öffentlichen Debatte, das heißt in liberaldemokratisch-bürgerlichen (Leit-)Medien ebenso wie in den Nischen des Internets – in sozialen Medien, in Chatrooms und in Gruppenchats –, den Diskurs zu prägen, zu verschieben und Agenda-Setting zu betreiben. Dabei nutzt die AfD das dysfunktionale Verhältnis von Medien und Medienöffentlichkeit für ihre Mobilisierungsstrategie aus: Die Partei will eine Normalisierung durch Enttabuisierung erwirken,⁷ denn Political Correctness grenze den Raum des politisch sanktionsfrei Sagbaren ein. „Political Correctness“ dient dabei als Kampfbegriff, um jegliche Bemühungen zu diskreditieren, eine Sensibilität gegenüber marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen sowie ein größeres Bewusstsein für Diskriminierung anzuerkennen und sprachliche Routinen zu durchbrechen.

Es herrscht also eine bemerkenswerte Gleichzeitigkeit: Auf der einen Seite wird dem „Establishment“ und dem „Mainstream“ vorgeworfen, den Bürgerinnen und Bürgern eine politisch motivierte Sprach- und Affektkontrolle zuzumuten – eine „Meinungsdiktatur“ zu errichten, gegen die sich Widerstand rege. Auf der anderen Seite stehen jene, die eine Verrohung des Diskurses konstatieren und die Normalisierung des vorher Unsagbaren und politisch Verfemten anprangern. Tatsächlich führt die These einer eingeschränkten Meinungsfreiheit in die Irre; eine seit Jahren in digitalen (Halb-) Öffentlichkeiten wie auf Facebook beobachtbare Brutalisierung der Sprache und ein lang gärender Hass sind in den öffentlichen Raum und in Parlamente eingezogen. Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Elitenhass, Antiparlamentarismus und vielfältige Ressentiments sind deutlich sicht-

und hörbar. Wir haben es mit einer Rhetorik gesellschaftlicher Polarisierung und Aufstachelung zu tun.

Auf dem jährlichen Kyffhäusertreffen 2018 der AfD erklärte Gauland etwa: „Die Bundesregierung will, dass wir für die Einwanderer arbeiten, damit die in Ruhe Kinder in die Welt setzen und den Bevölkerungsaustausch vollenden können.“⁸ Dieses Zitat verdeutlicht, dass wir nicht nur über provokante Wortwahl, Tabubrüche und Stilmittel rechtspopulistischer Rhetorik diskutieren müssen, sondern auch über zugrundeliegende Deutungsmuster, Erzählungen, Weltanschauungen und programmatische Ansichten. Im besten Fall müssen Sprach- und Ideologiekritik miteinander verschränkt werden, damit es gelingt, das Programm und das Gedankengut hinter oftmals strategisch ambivalenten, doppelbödigen Formulierungen und rhetorischen Manövern aufzudecken. Um das Verhältnis vom Sagbaren und Machbaren, von Sprache, Gesinnung und Gewalt im rechtspopulistischen und rechtsextremen Feld auszuleuchten, lassen sich Schlagwörter und Narrative herausarbeiten, die gewaltbereiten Bürgerinnen und Bürgern zur Legitimierung der eigenen Ansichten und Taten dienen können.

Vom Wort zur Tat?

Der Blick auf das Verhältnis von Sprache, rechtspopulistischer Politik und Rechtsterrorismus darf nicht dazu verleiten, einfache kausale und lineare Ketten vom gesprochenen Wort zur politisch motivierten Tat zu konstruieren und zu argumentieren, die Verwendung bestimmter Formulierungen führe zu physischer Gewalt. Allenthalben wurde nach dem Mord an Walter Lübcke im Juni 2019 und nach dem Anschlag in Halle an der Saale im Oktober 2019, bei dem zwei Menschen ermordet wurden, der Vorwurf erhoben, in Deutschland bereite die scharfe Rhetorik der AfD den Boden für Rechtsterrorismus. Zeichnet sich der gegenwärtige Rechtspopulismus generell durch eine Strategie der Provokation, der Grenzüberschreitung und anschließenden Relativierung aus, bedarf es doch eines bestimmten soziomoralischen Nährbodens der Radikalität und Kompromisslosigkeit, auf den eine solche Strategie fallen muss, um zur Legitimationsgrundlage für Gewalt zu werden.

Bürgerkriegsfantasien, Gewaltaufrufe und Verschwörungstheorien animieren und motivieren erst dann zu politischem Handeln, wenn sie von Akteurinnen und Akteuren mit einer radikalen beziehungsweise fundamentalistischen Ideologie angeeignet und genutzt werden, die sich in einer Gemeinschaft mit Gleichgesinnten wännen und organisieren. Es gilt sowohl die zugrundeliegenden Gesinnungen und die Strukturen hinter Taten ins Blickfeld zu

Das gesprochene Wort führt nicht automatisch zur politisch motivierten Tat.

rücken als auch zu fragen, welche Parolen und Verschwörungstheorien als Trigger und Rechtfertigung fungieren. Muster politischer Radikalisierung sind oft beschrieben worden.⁹

Für den Zusammenhang von rechtsextremen Einstellungen und Gewaltbereitschaft ist vor allem relevant, inwiefern jemand folgende Auffassungen teilt und als Handlungsaufforderung begreift:

- eine geschichtsrevisionistische Relativierung, wenn nicht Glorifizierung des Nationalsozialismus,
- ein aggressiver Nationalismus mit einem ethnisch gewendeten, antipluralistischen Volksbegriff,
- sowie ein politischer Autoritarismus, der Gewalt als legitim begreift und die Ordnung der liberalen Demokratie, Gewaltenteilung und Verfassungsstaatlichkeit ablehnt.

Zudem kann die Vorstellung einer grundlegenden Ungleichwertigkeit von Menschen und Kulturen zu einem Überlegenheitsdenken, einem Kult der eigenen Selbstüberhöhung führen, der einer verbalen, affektiven und politischen Enthemmung zuträglich ist und Diskriminierung aufgrund verschiedener Merkmale wie Herkunft, Hautfarbe oder sexueller Orientierung rechtfertigt. Wann und unter welchen Bedingungen aus ideologisch motivierter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und autoritärem Nationalismus die Bereitschaft zu politischen Taten erwächst, lässt sich zwar durch Sicherheitsbehörden beobachten und wissenschaftlich erforschen, ist aber letztlich kontingent, also nicht durch allgemeingültige Voraussagen bestimmbar.

Eine Diskursanalyse ist hilfreich, um komplexe Zusammenhänge zu erfragen.

Statt also eine kausale Beziehung von Gesagtem zu Gemachtem, das heißt hier von verbalen Tabubrüchen politischer Akteure zu rechtsterroristischen Taten herzustellen, lässt sich mit einer Diskursanalyse nach dem komplexen Zusammenhang von autoritären, nationalistischen Politikvorstellungen bei Rechtspopulisten und der Gefahr rechtsterroristischer Gewalt fragen. Der Begriff des „Diskurses“ ist hier insofern hilfreich, als sich mit ihm untersuchen lässt, inwiefern Akteure mit ihren (durchaus auch spontan) gewählten sprachlichen Mustern, Deutungen und Formulierungen auf bestimmte Kontexte, Diskussionszusammenhänge oder Referenzpunkte verweisen. So verstanden stellt ein Diskurs Repertoires und ideelle Ressourcen in Form von mobilisierbaren Narrativen und Vorverständnissen bereit; er prägt Sinnstiftungs- oder Interpretationsmuster, die Problemwahrnehmungen und schlussendlich politische Zielsetzungen, Interessen, Werte und Normen von Akteuren formen.¹⁰ Kurz gesagt: Diskurse strukturieren Kommunikation und Entscheidungen vor – sie liefern Deutungsrahmen (*frames*) und formen den Raum des Sag- und Machbaren.

Eine *Framing*-Analyse zu betreiben, bedeutet zu untersuchen, inwiefern Akteure „bestimmte Aspekte einer wahrgenommenen Realität herausgreifen und in ihrer Kommunikation unterstreichen, um eine bestimmte Problemdefinition, Kausalinterpretation, moralische Bewertung und/oder Handlungsempfehlung voranzutreiben“¹¹. Dementsprechend lassen sich spontane und vorgeblich unüberlegte Aussagen von Rechtspopulisten und rechtsradikalen Akteuren untersuchen und herausarbeiten, inwiefern diese ihre Kommunikation mittels Vorstellungen beziehungsweise Konzepten *framen*, also in Diskurse einbetten, die sie für adäquat und zutreffend halten. Mithilfe der Diskursanalyse lassen sich das Wechselspiel von Ideologie und Sprache in den Blick nehmen und exemplarisch wirkmächtige Narrative, Topoi und Semantiken im Denken der Neuen Rechten benennen.

Deutungsmuster und Legitimationsnarrative für rechtsextreme Gewalt

„Der Große Austausch“

Eine der wirkmächtigsten Erzählungen für den heutigen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist die des „großen Austauschs“. Der französische Publizist Renaud Camus formulierte 2010 die These eines von Eliten gesteuerten „Bevölkerungsaustauschs“¹². Gemäß dieser Verschwörungstheorie wird in Europa die weiße, christliche Mehrheitsgesellschaft durch muslimische Bevölkerungsgruppen beziehungsweise in den USA durch lateinamerikanische Einwanderer abgelöst. „Gebärungsunwillige“ sowie allgemein emanzipierte Frauen und Feministinnen gelten als Totengräberinnen westlicher Zivilisation. Politikerinnen und Politiker komplettierten zudem den demografischen Wandel mit einer neuen, biopolitisch motivierten Einwanderungspolitik; geburtenstarke Migrantengruppen führten den von Eliten forcierten „Untergang des Abendlandes“ herbei.

Feministinnen gelten als Totengräberinnen westlicher Zivilisation.

Nun könnte man den eschatologischen Tenor dieser Verschwörungstheorie als irrationales Rauschen im Diskurs abtun. Doch die „Sorge“ um ethnische, das heißt hier weiße Identität treibt auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um. Eric Kaufmann, Politikprofessor in London, publizierte 2018 mit „Whiteshift: Populism, Immigration, and the Future of White Majorities“ ein viel beachtetes und durchaus gelobtes Werk, in dem er die These eines ethnischen Selbstinteresses vertritt, das mit Rassismus nicht deckungsgleich sei.¹³ Ein identitäres Interesse an der eigenen Kultur und „Ethnie“, das Bevölkerungspolitik und Abgrenzung als politisches Motiv rehabilitieren will, gilt als sagbare Position.

Der „weißen Vorherrschaft“ wird von Trump, Gauland und Höcke das Wort geredet.

In den USA verunglimpft Präsident Donald Trump derweil Migrantinnen und Migranten als „Invasoren“, als „Verbrecher“, deren Zuzug orchestriert sei, und redet der Bewegung der White Supremacists das Wort. Hierzulande wandte sich Gauland im Juni 2016 auf dem Marktplatz von Elsterwerda gegen den „Versuch [...] das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen der Erde herbeigekommene Bevölkerung“¹⁴. Und der Fraktionsvorsitzende der AfD im Thüringer Landtag, Björn Höcke, deklamierte 2017 in Dresden: „Unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch Geburtenrückgang sowie Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht.“ Höcke beschuldigte ebenda die Funktionsebenen des Landes: Sie „lösen unser liebes deutsches Vaterland auf“, und versprach: „Wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen.“¹⁵

Manche deuten derlei Verlautbarungen und die entsprechende Literatur als Angebot einer Rationalisierung eigener Affekte und Ressentiments. Tatsächlich dienen derartige Thesen der Rechtfertigung des eigenen Opfergangs, der rechtsradikalen Kollektivorganisation und damit der politischen Werbung. Sie liefern einen politischen Bezugsrahmen, eine kollektive Erzählung für die Idee einer Schicksalsgemeinschaft, die es notfalls mit Gewalt zu verteidigen gelte. So erscheinen die eigene Verunsicherung und der eigene Hass satisfaktionsfähig, das Ressentiment anschlussfähig. Die Versprachlichung rechtsradikaler und rechtsextremer Gesinnung durch Abgeordnete, durch politische und öffentliche Akteure droht, Ressentiments, Brutalität und Verrohung zu legitimieren.

Dies hat Folgen: Sowohl der Attentäter von Christchurch, der im März 2019 in zwei Moscheen der neuseeländischen Stadt 51 Menschen ermordete, und der Attentäter im texanischen El Paso, der im August 2019 gezielt mexikanische Besucherinnen und Besucher eines Einkaufszentrums erschoss, als auch der zweite Beschuldigte im Mordfall Lübcke bezogen sich nachweislich auf die vermeintliche Gefahr einer „Invasion“ von Migranten und Flüchtlingen und die These des „Bevölkerungsaustauschs“.¹⁶

Was macht nun diese *sagbare* Verschwörungstheorie des Bevölkerungsaustauschs zu einem Legitimationsnarrativ für *machbare* rechtsextreme Gewalt? Zum einen wird eine Elitenverschwörung gegen „das Volk“ unterstellt. Dieses werde ausgelöscht, seiner Identität, Kultur, Traditionen und Geschichte beraubt, sodass Gewalt als Gegengewalt eines vermeintlichen Opfers, ja als existenzielle Kollektivnotwehr gegen den „Volksverrat der Eliten“ und gegen eine „Invasion“ gerechtfertigt erscheint. Kriegsmetaphorik, Selbstviktimsierung und heroische Pose eines quasi-märtyrerischen Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus gehen Hand in Hand. Vor dem eschatologischen Szenario des untergehenden Abendlandes wird echter Widerstand, wenn nicht gar Bürgerkrieg beschworen.

Zum anderen konturiert diese Verschwörungstheorie religiöse und ethnische Identitäten gegeneinander; bisherige Minderheiten werden als ein Fremdes, nichtzugehöriges Anderes erzählt und einer organisch gewachsenen, homogenen Mehrheitskultur gegenübergestellt, die ihrerseits minorisiert werde. Demografische Veränderungen werden zu kulturellen Identitätskämpfen erklärt.

Logik der Abgrenzung und Spaltung

Die Zuschreibung von ethnischen und religiösen Gruppenidentitäten leistet einer sozialen Fragmentierung Vorschub und schafft erst die Gruppen jener Bürgerinnen und Bürger, die durch Religion und Herkunft als ein desintegriertes „Anderes“, ein „Außen“, ja als invasive Fremdkörper in der vermeintlich homogenen Mehrheitsgesellschaft inszeniert werden. Diese politische Fremdenkonstruktion evoziert die Fiktion einer natürlichen Volksgemeinschaft statt der Idee demokratischer Staatsangehörigkeit. Zugleich lassen sich so bestimmte Gruppen sehr einfach zu Sündenböcken für alle möglichen gesellschaftlichen Probleme erklären.

Ein solches Denken der Abgrenzung und Spaltung wird auch in der Sprache vermeintlich moderater Rechtspopulisten offensichtlich: Wie der Literaturwissenschaftler Heinrich Detering konzise ausführt, nutzte Gauland beispielsweise einmal die unverdächtige gärtnerische Metapher des „Aufpfropfens“ und artikulierte damit die Vorstellung, heute bedrohe ein fremdes ein organisch gewachsenes, deutsches Volk.¹⁷

Zur Konstruktion unterschiedlicher homogener Gruppen wird heute zumeist kein offensiver Rassismus mehr vertreten, sondern ein „Neorassismus“, der ohne den expliziten Begriff „Rasse“ auszukommen scheint. Identitäre Neorassisten verwenden keine biologischen Merkmale wie Hautfarbe, sondern beziehen sich auf Religion und/oder Kultur. Diese Kategorien werden als stabile und vermeintlich natürliche, organische Differenzkriterien betont, die dazu dienen, kulturelle Räume sowie Loyalitäten zu unterscheiden und damit letztlich Staatsbürgerschaft im Sinne einer völkischen Ideologie zu begrenzen. Die neorassistische Ideologie beruht auf der Idee distinkter menschlicher Gruppen, die man ihrem Wesen nach unterscheiden und im Sinne eines „Ethnopluralismus“ abgrenzen könne. Doch bereits der Philosoph Theodor W. Adorno wusste: „Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch.“¹⁸

Neorassisten beziehen sich auf Religion und Kultur.

Widerstand gegen „Kanzlerdiktatur“

Eine rechtspopulistische Partei wie die AfD inszeniert sich als eine Widerstands- und Protestbewegung, die das angebliche „Kartell“ der „Altparteien“ infrage stelle und daher politisch und medial in besonderem Maße angegriffen werde. Jede scharfe Kritik und Analyse bestätigt demnach den eigenen Sonder-, das heißt Opferstatus als „fundamental-oppositionelle Bewegungspartei“¹⁹.

Konsequenterweise riefen Vertreter der AfD auf dem Kyffhäusertreffen 2019 zum „Widerstand“ gegen die etablierten Parteien und ihre Politik auf. Der Deutungsrahmen „Widerstand“ verdeutlicht, dass sich die AfD nicht als verfassungstreue parlamentarische Opposition begreift. Entsprechend formulierte Gauland in einem Interview: „Wir sind der Pfahl im Fleische eines politischen Systems, das sich überholt hat.“ Dabei bejahte er zwar die Notwendigkeit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, doch es erfordere eine größere Veränderung als die bloße Abwahl der Regierung: eine „friedliche Revolution“ gegen das „politische System“.²⁰

Die AfD diffamiert Angela Merkel als „Kanzlerdiktatorin“.

Mit dem semantischen Feld von Widerstand, Aufstand und Revolution werden die Regierung und die politische Ordnung als ein Regime der Unfreiheit delegitimiert, die Bundeskanzlerin Angela Merkel als „Kanzlerdiktatorin“ diffamiert. Dass die Möglichkeit ihrer Abwahl besteht und in der parlamentarischen Demokratie die Überarbeitung und gar Revision von Entscheidungen durch Beschaffung neuer Mehrheiten offenstehen, wird dabei ausgeblendet. Für Höcke gilt: „Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen, aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen, dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt.“²¹

Diese Verlautbarungen beschwören eine Zeitenwende, ein historisches Gelegenheitsfenster des Wandels, eine revolutionäre Rückabwicklung gesellschaftlicher Liberalisierung: Demnach gelte es, im Sinne Machiavellis *virtù* (Stärke) zu beweisen und angesichts politischer *necessità* (Notwendigkeit) die *occasione* (Gelegenheit) zu nutzen. Für politisch geneigte Zuhörerinnen und Zuhörer erfolgt hier ein Aufruf zur Tat, sich dem Schicksal des eigenen Volks zu stellen und zu handeln. Zwar inszenieren sich Rechtspopulisten als bürgerlich-konservative Renegaten, die ihre harsche Kritik an der Politik der vergangenen Jahre vorbrächten, weil ein moralisch korruptes und politisch nicht repräsentatives Establishment herrsche. Tatsächlich bedienen sie eine Bandbreite rechtsradikaler und neofaschistischer Politikvorstellungen. Heute müsse sich das Volk gegen Feinde im Inneren und Äußeren verteidigen.

gen. Nur so könne die Wiedergeburt des dekadenten, weil selbstvergessenen Westens ihren Anfang nehmen. Es herrscht eine Lust am Untergang, denn politische Eskalation spiele den eigenen Interessen in die Hände: Komme es erst einmal zum Konflikt zwischen verschiedenen Nationen, würden sich diese auf ihre Ethnizität und damit auf Praktiken der Abgrenzung und Abschottung besinnen.

Konstruktion von Handlungsdruck

Die hier nur kurz beleuchteten Legitimationsnarrative schüren den Eindruck, dass Zeit- und Handlungsdruck bestehe. Es sei an der Zeit, sich „Deutschland zurückzuholen“, es sei Zeit für eine „Jagd“. Dieser Diskurs schafft ein Klima der Handlungsnotwendigkeit – und so einen Nährboden, einen Resonanzraum für rechtsextremistische Gewalttaten. Der aufrichtige, rechte Bürger wird als Mann der Tat charakterisiert, dessen „Hass keine Straftat“ sein könne.²²

Zugleich bewirken diese Erzählungen und Verschwörungstheorien eine „Hermeneutik des Verdachts“²³. Sie kultivieren eine Sprache des Vorwurfs und der Denunziation, in der die Rede von Betrug, Verrat und Lüge Wirkung entfaltet. Ihr gegenübergestellt wird der immer wieder proklamierte „Mut zu Wahrheit“ der AfD. Der Begriff der Wahrheit zeigt abermals, dass rechtspopulistische Sprache durchaus auf bürgerliche Schlüsselbegriffe setzt.

Das Sprachspiel des Populismus besteht ja in einer Doppelbödigkeit, um eine Strategie der „Selbstverharmlosung“ zu verfolgen,²⁴ sodass die AfD eine Scharnierfunktion für Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus ins Parlament erfüllen kann. Es bleibt ein gemeinsamer Geist: ein Antipluralismus, antidemokratische, antiegalitäre und rassistische Positionen, autoritäre Ordnungsvorstellungen, ein fundamentales Misstrauen in Institutionen liberaler Demokratie, eine tiefe Abneigung gegen „das Establishment“ sowie ein gärender Nationalismus.

Doch Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind nicht identisch. Als rechtspopulistische Partei spricht die AfD eine heterogene Wählerschaft an und offenbart eine Mosaikstruktur rechter Sprache und Politik, die statt einem kohärenten ideologischen Gebäude verschiedene politische Elemente und Versatzstücke kombiniert, um Wählerinnen und Wähler mit unterschiedlichen Interessen, Prioritäten und Präferenzen zu mobilisieren. Diese Ansprache verbindet allgemein anschlussfähige Phrasen, Binsen und Plattitüden mit rechtsextremen Slogans. Die Ideologeme, Narrative und Fantasien rechten Denkens führen zu einem losen Kanon rhetorischer, politischer und

Ein konstruiertes Klima der Handlungsnotwendigkeit führt zu rechtsextremen Gewalttaten.

Beleidigungen und Schmähungen sollten mit gesellschaftlicher Ächtung bestraft werden.

sozialpsychologischer Topoi und Figuren. Letztlich lässt sich eine Ideengeschichte rechter Radikalität erkennen und festhalten: Die Sprache des Rechtspopulismus delegitimiert bestehende Institutionen und führt zugleich zu einer institutionellen Legitimierung gesellschaftlicher Verrohung und Enthemmung.

Nun lassen sich vulgäre Pöbeleien und Hassreden auf politischen Veranstaltungen, in sozialen Medien, in Chatrooms oder an Stammtischen nie vollständig eindämmen. Aber eine liberaldemokratische Öffentlichkeit muss sich einer Kultur der Enthemmung, der Schamlosigkeit und Brutalität, der persönlichen Angriffe entgegensetzen. Beleidigungen, Herabsetzungen und Schmähungen sind mit gesellschaftlicher Ächtung zu strafen. Das heißt nicht, politische Positionen auszuschließen. Es heißt, Anforderungen an einen politischen Diskurs und an ein soziales Miteinander zu formulieren, das Streit und Konflikt nicht scheut, zugleich aber Anstand, Respekt und Taktgefühl als fragile sozio-moralische und kulturelle Ressourcen unserer Gesellschaft begreift.

///

Anmerkungen

- 1 Der Text basiert auf dem gleichnamigen Beitrag in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49-50/2019, Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Bundeszentrale für Politische Bildung.
- 2 Vgl. Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 2012; Köhler, Daniel: Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The Socialist Underground and the History of Terror from the Far-Right in Germany, Oxon/New York 2016.
- 3 So der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio im Deutschlandfunk im Gespräch mit Michael Köhler: „Anstand ist das Lebenselixier der Demokratie“, 22.9.2019, www.deutschlandfunk.de/staatsrechtler-zu-kuenast-urteil-anstand-ist-das.911.de.html?dram:article_id=459335.
- 4 Gauland spricht über „Entsorgung“ von Özoguz, 28.8.2017, www.zeit.de/news/2017-08/28/wahlen-gauland-oezoguz-in-anatolien-entsorgen-28114602.
- 5 Weidel-Einspruch gegen Ordnungsruf mit 549 Stimmen abgelehnt, 17.5.2018, www.bundestag.de/555494.
- 6 „Wir versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“, Gauland im Interview mit Philip Eppelsheim, 7.6.2018, www.faz.net/-15627982.html.
- 7 Vgl. Wodak, Ruth: Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“, in: Politische Vierteljahresschrift 2/2018, S. 323-335; Link, Jürgen: Versuch über den Normalismus: Wie Normalität produziert wird, Göttingen 2013.

- ⁸ Gauland, Alexander: Rede auf dem Kyffhäusertreffen 2018, Videomittschnitt unter www.youtube.com/watch?v=IHGeX55vd00.
- ⁹ Vgl. Ebner, Julia: Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Berlin 2019.
- ¹⁰ Vgl. Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms, Wiesbaden 2011, S. 222 f.
- ¹¹ Entman, Robert M.: Framing: Toward A Clarification of a Fractured Paradigm, in: *Journal of Communication*, 4/1993, S. 51-58, hier S. 52, Übersetzung S., A.
- ¹² Vgl. Camus, Renaud: Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda 2016.
- ¹³ Vgl. Kaufmann, Eric: *Whiteshift. Populism, Immigration and the Future of White Majorities*, Allen Lane 2018.
- ¹⁴ Zit. nach Detering, Heinrich: Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, Stuttgart 2019, S. 12; siehe auch Gaulands Rede im Wortlaut am 5.6.2016: www.faz.net/-14269861.html.
- ¹⁵ Rede von Höcke, Björn im Wortlaut: „Gemütszustand eines total besiegtten Volkes“ vom 19.1.2017, www.tagesspiegel.de/19273518.html.
- ¹⁶ So dokumentiert es der Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 22.8.2019 im Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Beihilfe zum Mord, StB 21/19.
- ¹⁷ Vgl. Detering: Was heißt hier „wir“?, S. 13.
- ¹⁸ Adorno, Theodor W.: Schuld und Abwehr, in: ders., *Gesammelte Schriften* 9/2, Frankfurt a. M. 1975, S. 276f.
- ¹⁹ Höcke: „Gemütszustand eines total besiegtten Volkes“, Rede vom 19.1.2017.
- ²⁰ Gauland, Alexander im Interview mit Bender, Justus: Gauland für „friedliche Revolution“ gegen das „politische System“, 4.9.2018, www.faz.net/-15771150.html.
- ²¹ Hennig, Sebastian / Höcke, Björn: *Nie zweimal in denselben Fluss*, Lüdinghausen/Berlin 2018, S. 257f. Das Zitat wurde auch verwendet in einem ZDF-Interview mit Höcke, das dieser abbrach; vgl. ZDF-Interview mit Björn Höcke verschriftlicht, 15.9.2019, www.zdf.de/nachrichten/heute/das-interview-mit-bjoern-hoecke-verschriftlicht-100.html.
- ²² So ein Zwischenruf Alexander Gaulands im Bundestag, zit. nach Mariam Lau, Auftrag: Umsturz, 19.9.2018, www.zeit.de/2018/39/afd-rechte-bewegung-radikalisierung-pegida-alexander-gauland.
- ²³ Bahners, Patrick: Werner Patzelts Petition: Hermeneutik des Verdachts, 15.9.2018, www.faz.net/-15781467.html.
- ²⁴ Dargelegt vom neurechten Verleger Kubitschek, Götz: Selbstverharmlosung, in: *Sezession* 76/2017, S. 26.



Lukas David Meyer

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Lehrstuhl für Systematische Theologie der
Ludwig-Maximilians-Universität München.

/// Der Konflikt zwischen Rechtspopulisten und christlichen Kirchen

Sturm und Schiffsverkehr

Die Migrationspolitik bildet das gesellschaftlich umstrittenste Thema der letzten Jahre. Trotz zahlreicher Konflikte mit den Kirchen erhoben Rechtspopulisten vielfach den Anspruch, „christliche“ Positionen zu vertreten. Der folgende Beitrag bewertet dies aus theologisch-ethischer Sicht und skizziert Aufgaben im Umgang mit Migration.

Einführung

„Wir schicken ein Schiff!“¹ Dieser Slogan dürfte der Kirchensatz des Jahres 2019 gewesen sein – wenn es eine solche Wahl gäbe, was bedauerlicherweise nicht der Fall ist. Rund um den 37. Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund hatte sich eine Initiative gebildet, die ein Schiff ins Mittelmeer schicken wollte. In Seenot Geratene sollten gerettet und in europäische Häfen gebracht werden. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm unterstützte das Anliegen mit Nachdruck gegen teils erhebliche Widerstände, er erhielt sogar Morddrohungen. Dennoch betonte er, das Projekt habe „nichts mit politischem Aktivismus zu tun, sondern mit dem Kern christlichen Glaubens und Handelns.“²

Nicht zuletzt durch sein starkes ökumenisches Engagement gelang es dem ranghöchsten deutschen Protestanten, auch zahlreiche katholische Unterstützer wie Reinhard Kardinal Marx für das spendenbasierte Bündnis „United4Rescue“ zu gewinnen.³ Das Schiff, das später der Seenotrettungsorganisation Sea Watch zugeeignet wurde, hat im Sommer 2020 die Arbeit aufgenommen.

Die Kirche will mit einem Schiff Flüchtlinge retten.

„Das Boot ist voll!“⁴ – dies dürfte im Gegensatz dazu der Slogan sein, der das Programm der Alternative für Deutschland (AfD) in nuce zusammenfasst. Vor allem mit dem Motiv, eine restriktivere Zuwanderungspolitik zu erreichen, unterstützten zahlreiche Wähler die rechtspopulistische Partei.⁵ Seit ihrer Gründung 2013 konnte sie in alle Landtage und 2017 erstmals auch in den Deutschen Bundestag einziehen. Der Kontrast zur offiziellen Position der christlichen Kirchen könnte kaum größer sein. Dies wirft mehrere Fragen auf: Welche ethischen Grundprobleme lassen sich in der Migrationspolitik ausmachen? Wie kommt es, dass eine zuwanderungsfeindliche und in großen Teilen rassistische Partei beansprucht, „christliche“ Positionen zu vertreten? Und schließlich: Wie ist das migrationspolitische Programm aus theologisch-ethischer Sicht zu bewerten?

Zur Behandlung dieser Fragen werfe ich zunächst einen Blick auf aktuelle Fluchtstatistiken, rechtliche Grundlagen und zentrale ethische Begriffe (siehe Kapitel „Migration, Flucht und Asyl“). Anschließend analysiere ich die migrationspolitische Programmatik der Rechtspopulisten, um die hier auftretenden Inkohärenzen zu problematisieren (Kapitel „Inkohärenzen, Unterstellungen und Unheilserwartungen“). Schließlich ziehe ich die von Max Weber geprägte Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik heran, um die theologisch-ethische Aufgabe zu beschreiben: Diese besteht einerseits in der Positionierung für die Schwachen, andererseits in der Konsenssuche (Kapitel „Gesinnungs- und Verantwortungsethik“). Daran wird deutlich, warum die AfD dieser Aufgabe nicht gewachsen ist.

Migration, Flucht und Asyl: statistische, rechtliche und begriffliche Klärungen⁶

**79,5 Millionen
Menschen befinden sich
weltweit auf der Flucht.**

Noch nie waren mehr Menschen weltweit auf der Flucht. Nach den jüngsten Statistiken der UNHCR befinden sich 79,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht.⁷ Syrien, Venezuela, Afghanistan, Südsudan und Myanmar sind dabei diejenigen Länder, aus denen die meisten Menschen fliehen. Schutz suchen Flüchtlinge im Normalfall innerhalb des Landes oder im Nachbarland, da sie meist nicht die finanziellen Mittel für die kostspielige Flucht aufbringen können. Mit Blick auf die oben genannten Krisenherde erklärt dies, warum die Türkei dasjenige Aufnahmeland ist, das mit schätzungsweise 3,6 Millionen Menschen am stärksten herausgefordert ist – gefolgt von Kolumbien mit 1,8 sowie Pakistan und Uganda mit je 1,4 Millionen aufgenommenen Flüchtlingen. An fünfter Stelle steht schließlich Deutschland, das mit 1,1 Millionen Flüchtlingen das größte europäische Aufnahmeland bildet.

Für den Umgang mit Flüchtlingen gibt das moderne Asylrecht wichtige Vorgaben, deren Grundlagen in Reaktion auf die Verbrechen des Nationalsozialismus entstanden sind. Die Ermordung und Vertreibung von Millionen Menschen führte in der frühen Nachkriegszeit zur Etablierung von Rechtsansprüchen der Flüchtlinge. Flüchtlinge haben nach Art. 1 Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“⁸ ein Recht auf Emigration aus ihrer Heimat – allerdings kein Recht auf Immigration in einen bestimmten Staat. Die Beweislast liegt also beim Antragsteller. Ein weiteres elementares Prinzip kommt im Non-Refoulement-Grundsatz zum Ausdruck, der in Art. 33 der GFK festgelegt wird. Die Rückführung in Staaten, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen, wird somit verboten – zugleich ist dieses Verbot aber interpretationsoffen, da teilweise auch soziale und kulturelle Menschenrechte und damit eine wesentlich höhere Hürde zur Rückführung in Herkunftsstaaten angeführt werden.⁹

Flüchtlinge haben ein Recht auf Emigration, aber kein Recht auf Immigration in einen bestimmten Staat.

Sind damit Grundzüge des Asylrechts umrissen, ist zugleich an den Unterschied zwischen Flucht und Migration zu erinnern: Während ein Flüchtling einer konkreten Notsituation entkommen muss und keine Alternative zur Flucht hat, macht sich ein Migrant eher aus freien Stücken auf die Reise – meist mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Verbesserung der eigenen Lebenslage. Insofern müssen Fluchtgründe einen Rechtsstaat stärker in die Pflicht nehmen als Migrationsgründe.

Innerhalb der Europäischen Union (EU) ist die skizzierte GFK bindend, allerdings auch auf einen entsprechenden politischen Willen angewiesen. Hierbei zeigt sich, dass dieser Wille häufig schwach ist. Die Dubliner Übereinkommen von 1990, 2003 und 2013 beabsichtigen zwar eine stärkere Kooperation der EU-Staaten. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass jedem Antragsteller ein Asylverfahren nach gemeinsamen europäischen Standards garantiert wird.¹⁰ Allerdings wurde insbesondere seit 2013 deutlich, wie die jüngste Dublin-Verordnung zu einer starken Überlastung an den EU-Außengrenzen, vor allem in Italien und Griechenland, führte und das Asylsystem letztlich kollabierte. Bis heute konnten die EU-Staaten keine Einigung über einen Verteilungsmechanismus von Flüchtlingen erzielen.

Die politisch-ethische Problemlage im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik lässt sich insofern mit folgenden Fragen beschreiben: Wie können die moralischen, rechtlichen und politischen Ansprüche, die immer wieder in Konflikt zueinander geraten, konstruktiv aufeinander bezogen werden? Wie die Frage bereits andeutet, ist begrifflich zwischen Moral, Recht und Politik zu unterscheiden. Diese Differenzierung soll im Verhältnis von Moral und Recht

einer Überprüfung dienen: Wenn demokratisch gewählte Mehrheiten etwa Gesetze beschließen, die Asylsuchenden den Zutritt verwehren, hilft die Unterscheidung, Gesetze moralisch zu überprüfen.¹¹

Ist damit also eine mögliche Spannung zwischen Moral und Recht benannt, kann andererseits ein kooperatives Verhältnis bestehen: „Grund- oder Menschenrechte sollen die Voraussetzungen für die Autonomie und Freiheit des Einzelnen schaffen; daher hat jedes moralische Subjekt ein fundamentales Recht auf Rechtfertigung.“¹² Im kantischen Sinne begründet die Moral also die Autonomie des Einzelnen, wofür das Recht die Bedingung der Möglichkeit bildet und weshalb eine moralische Verpflichtung zu Rechtsloyalität besteht.¹³ Rechtliche Allgemeingültigkeit kann moralisch gewendet als Universalität bezeichnet werden – demzufolge müssen alle Menschen Anspruch auf ein transparentes und allgemeingültiges Rechtsverfahren haben.¹⁴ Allerdings sind Moral und Recht nicht statisch, sondern an bestimmte zeitliche Konstellationen gebunden und in ihrer Auslegung von politischen Auseinandersetzungen geprägt. Im Verhältnis von Politik zu Moral sind im Sinne Kants „moralische Politiker“¹⁵ gefragt, deren politisches Handeln den Prinzipien Rechnung trägt. Dies grenzt sich ab vom „politischen Moralisten“¹⁶, der moralische Prinzipien missbraucht, um politische Entscheidungen zu ideologisieren. Eine konkrete Gestalt einer solchen Ideologisierung zeigt sich nachfolgend.

Inkohärenzen, Unterstellungen und Unheilserwartungen: das migrationspolitische Programm der AfD

Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik ermöglichte die Etablierung der AfD.

Der Spätsommer 2015 führte langfristig zur Veränderung der politischen Landschaft in Deutschland. Angesichts der prekären Situation am Budapester Bahnhof hatte die Bundesregierung zahlreichen Flüchtlingen zunächst ohne Prüfung des Asylanspruchs die Einreise gewährt. Erst nach dem Grenzübertritt wurde deren Registrierung vorgenommen, etwa 890.000 Personen übertraten die Grenze innerhalb weniger Tage. Im Zuge der wegweisenden Entscheidung der Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihres Kabinetts konnte die AfD sich etablieren. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die heute in Teilen rechtsextreme Partei noch bei 3 Prozent Zustimmung.¹⁷ Innerhalb der nächsten drei Monate konnte sie ihren Wert auf 10 Prozent verbessern und im Jahr 2017 bei der Bundestagswahl 12,6 Prozent der gültigen Stimmen erreichen. Knapp drei Jahre nach der Aufnahmeentscheidung erreichte die rechtspopulistische Partei am 1. September 2018 ihren bisherigen Bestwert von 16 Prozent Zustimmung.

Entscheidend für den Erfolg der Partei ist vor allem ihre zuwanderungskritische Haltung, die von der steten Unterstellung, der überwiegende Teil der Flüchtlinge sei kriminell, und der Unheilserwartung einer „Islamisierung des Abendlandes“ lebt. Dies zeigt sich im Programm zur Bundestagswahl 2017 deutlich.¹⁸ Die Partei fordert die sofortige Schließung der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland,¹⁹ da es zu einer „Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen und Migrationsströme der globalisierten Gegenwart und Zukunft“²⁰ gekommen sei. Mit dezidiert asylkritischer Ausrichtung heißt es: „Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen.“²¹ Dass diese Forderung inkonsistent ist, wird unter Berücksichtigung eines vorangehenden Abschnitts deutlich, als es heißt: „Pauschale Zuwanderungsquoten für einen Teil der auswanderungswilligen Bevölkerungen sind ethisch nicht zu verantworten, weil damit die große Mehrheit abgewiesen wird.“²²

Der Widerspruch liegt auf der Hand: Zuwanderung soll nutzenorientiert erfolgen, ein entsprechendes Kontingent wäre aber ethisch nicht verantwortbar, da somit andere Migranten ohne moralische Rechtfertigung abgewiesen würden. Die für einen Rechtsstaat bedeutsame Unterscheidung zwischen Flucht und Migration wird offenbar bewusst verunklart, indem allgemein von „Zuwanderung“ die Rede ist. Auch die Forderung nach „sicherer Identifizierung von Asylbewerbern“²³ wird nicht etwa so verstanden, dass die Rechtsverfahren zu einer transparenten Unterscheidung zwischen Flucht- oder Migrations-Status führen. Vielmehr soll damit die Einreise erschwert werden. Insgesamt kommt bestenfalls eine Zuwanderungspolitik in Betracht, die wirtschaftlichen Nutzen bezieht und grundrechtliche Prinzipien missachtet.

Das geringe politisch-ethische Reflexionsvermögen wird auch an der folgenden Bemerkung deutlich: „Politische Forderungen in dieser Hinsicht sind daher pseudohumanitär und selbstzerstörerisch.“²⁴ Denn bei der Prüfung von Asylanträgen geht es mitnichten um eine humanitäre Wohltätigkeitshandlung, sondern um die schlichte Einhaltung rechtsstaatlicher Grundnormen. Im Bereich der Migration sind zwar durch die geringere rechtsstaatliche Verpflichtung auch Überlegungen denkbar, die von einem wirtschaftlichen Nutzenkalkül geleitet sind. Gleichwohl bildet die beschworene „Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes“²⁵ eine Unheilserwartung, die einer näheren Betrachtung keinesfalls als christliche Position gelten kann.

In aller Drastik beschwört das Programm einen „Kulturkampf zwischen Abendland und dem Islam als Heilslehre und Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen“²⁶. Im Hintergrund steht der enge Schulterschluss der Partei mit der Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung

Die Unterscheidung zwischen Flucht und Migration wird bewusst verunklart.

des Abendlandes“ (PEGIDA). Lutz Bachmann, Initiator der rassistischen und islamfeindlichen Bewegung, betonte mehrfach: „Die AfD ist unser natürlicher Partner.“²⁷

Die AfD ist in erster Linie eine islamfeindliche Partei.

Insofern ist wenig verwunderlich, dass die Beschwörung einer „Islamisierungsgefahr“ das Herzstück des Wahlprogramms der AfD bildet. Vordergründig werden Ängste geschürt, während der Rekurs auf die Christenheit überaus schwach ausgeprägt ist. Im Bundestagswahlprogramm fällt der Begriff „Christentum“ ein einziges Mal, zwei weitere Male fällt das Adjektiv „christlich“, als auf eine entsprechende Kultur oder Kirche rekuriert wird.²⁸ Dagegen durchziehen die Begriffe „Islam“ und „muslimisch“ das gesamte Programm: ganze 30 Mal fällt einer der beiden Begriffe. Quantitativ wird damit deutlich, dass die Partei in erster Linie eine islamfeindliche Partei ist. Die qualitative Analyse kann dies verdeutlichen: Wiederkehrend wird der Konflikt „des Islams“ mit der freiheitlich-demokratischen Ordnung beschworen.²⁹ Es geht also nicht um ein eigenständiges, konstruktives Einbringen christlich-ethischer Ideen, sondern um das Schüren der Angst.

Nun mag die Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung in Teilen berechtigt sein. Die mangelnde europäische Abstimmung der Bundeskanzlerin im Spätsommer 2015 hat ganz sicher eine EU-weite Kontingentlösung erschwert. Gerade eine solche wäre aber erforderlich, um wirksames staatliches Handeln innerhalb des Schengener Reiseraums zu gewährleisten.³⁰ Gleichwohl zeigt der Blick auf das Wahlprogramm, ebenso wie zahlreiche verbale Entgleisungen, dass die Thematisierung eines vermeintlichen Kulturkampfes und das Beschwören von Verschwörungen gegen das einfache Volk den Kern der Programmatik bilden. Christliche Charakteristika wie der Positionsbezug für die Schwachen und die Suche nach einem gemeinsamen Konsens kommen dagegen nicht in Betracht.

Gesinnungs- und Verantwortungsethik: der Bedarf gegenseitiger Korrektur

In migrationsethischen Debatten ist der Rekurs auf Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik verbreitet.³¹ Weber stellt dem Gesinnungsethiker, der vordergründig vom noblen Motiv ausgeht und dabei eine gewisse politische Naivität zeigt, den Verantwortungsethiker entgegen, der einzig die Folgen des politischen Handelns beachtet und dabei zur gnadenlosen Heiligung der Mittel tendiert. Allerdings votiert Weber nicht schlichtweg für die eine Seite als die bessere, sondern kritisiert mit Nachdruck „pseudoethischer Rechthaberei, also des Verlästerungs- und

Verketzerungsbedürfnisses gegen die Gegner“³². Davon ausgehend sind die beiden ethischen Strömungen also gerade auf gegenseitige Korrektur angewiesen.

Theologisch gewendet kann dies verstanden werden als die erforderliche Ausmittlung zwischen dem eher gesinnungsethischen Positionsbezug für die Schwachen – etwa durch die Sendung eines Schiffs zur Seenotrettung – sowie der verantwortungsethischen Suche nach Konsens – sei es bei der innergesellschaftlichen oder gesamteuropäischen Arbeit an Kompromissen. Innerhalb des evangelischen Spektrums lassen sich beide Positionen auf die Theologen Ulrich Körtner³³ und Heinrich Bedford-Strohm³⁴ beziehen. So kontrovers beide vielfach diskutierten, so sehr stehen sie doch für die Bemühungen, die Dimension des Positionsbezugs für die Schwachen und die der Konsenssuche auszumitteln.

Migrationsethisch ist es also erforderlich, die konkrete Notsituation zahlreicher Flüchtlinge nicht aus den Augen zu verlieren, gleichzeitig aber auch die negativen Migrationseffekte in den Herkunftsländern und die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Versöhnung im Blick zu behalten. Der Pflicht, Notleidende zu retten, muss die Tugend korrespondieren, politischen Widerstand in Kompromisse zu überführen. Die Verankerung der Kirchen in den Gemeinden sowie in den ökumenischen Netzwerken bildet für diese doppelseitige Aufgabe eine wichtige Ressource.

Hinsichtlich der einleitend thematisierten Sendung eines Schiffes mögen die Kirchen einen zwar kleinen, aber doch nicht bedeutungslosen Beitrag zur Seenotrettung geleistet haben. Dem müsste aber durchaus auch eine stärkere Dialogbereitschaft mit denjenigen korrespondieren, die Migration kritischer sehen. Klar ist aber auch: Wer sich Untergangphantasien und Verschwörungstheorien hingibt, ideologisiert die politische Debatte und ist an keiner verantwortbaren Lösung interessiert. Zu einer Bewältigung der Aufgabe ist das nicht geeignet. In der kontroversen Konstellation ist nicht politischer Moralismus, sondern ethischer Ernst gefragt.

Die konkrete Notsituation zahlreicher Flüchtlinge darf nicht aus den Augen verloren gehen.

///

Anmerkungen

- 1 <https://www.ekd.de/buendnis-united4rescue-gruendung-52184.htm>, Stand: 27.7.2020.
- 2 Vgl. <https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Morddrohungen-gegen-Bischof-Bedford-Stroh-nach-Fluechtlingsschiff-Initiative-id56361621.html>, Stand: 27.7.2020.
- 3 Vgl. <https://www.united4rescue.com/partners>, Stand: 27.7.2020.
- 4 Der Slogan wurde Anfang der 1990er-Jahre von der Partei „Die Republikaner“ auf Wahlplakaten genutzt, im September 1991 zierte er auch das Titelbild einer Spiegelausgabe. Durch die inhaltlichen und personellen Überschneidungen zwischen „Die Republikaner“ und der AfD lässt sich der Slogan übertragen. Vgl. zur Konstellation der 1990er-Jahre Pagenstecher, Cord: „Das Boot ist voll“. Schreckensvision des vereinten Deutschland, in: Das Jahrhundert der Bilder, Bd. II: 1949 bis heute, hrsg. von Gerhard Paul, Göttingen 2008, S. 606-613.
- 5 Vgl. Niedermayer, Oskar: Die AfD und ihre Wählerschaft, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 3/2017, S. 45-47.
- 6 Vgl. dazu ausführlicher, aber bezüglich der Fluchtstatistiken bereits veraltet, Meyer, Lukas David: Fremde Bürger. Ethische Überlegungen zu Migration, Flucht und Asyl, Zürich 2017, S. 15-28.
- 7 <https://www.unhcr.org/dach/de/services/statistiken>, Stand: 27.7.2020.
- 8 UNHCR, Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (In Kraft getreten am 22. April 1954). Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967 (In Kraft getreten am 4. Oktober 1967), http://www.unhcr.de/fileadmin/user_upload/dokumente/O3_profil_begriffe/genfer_fluechtlingskonvention/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, Stand: 27.7.2020.
- 9 Vgl. Ott, Konrad: Zuwanderung und Moral, Stuttgart 2016, S. 36.
- 10 Vgl. Benhabib, Seyla: Die Rechte der Anderen, Frankfurt a. M. 2008, S. 147 f.
- 11 Ebd., S. 27.
- 12 Ebd., S. 133.
- 13 Vgl. Kant, Immanuel: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, in: Immanuel Kant. Werke in sechs Bänden, Bd. IV: Schriften zur Ethik und Religionsphilosophie, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Leipzig, 8. Aufl., 2016, S. 11-102.
- 14 Vgl. Benhabib: Die Rechte der Anderen, S. 133.
- 15 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden (1795). Ein philosophischer Entwurf, in: Immanuel Kant. Werk in sechs Bänden, Bd. VI: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Leipzig, 8. Aufl., 2016, S. 191-251, hier S. 232.

- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ <https://www.wahlrecht.de/umfragen/forsa.htm>, Stand: 27.7.2020.
- ¹⁸ Programm für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin 2017, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AFD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf
- ¹⁹ Ebd., S. 29.
- ²⁰ Ebd., S. 30.
- ²¹ Ebd.
- ²² Ebd., S. 28
- ²³ Ebd., S. 30.
- ²⁴ Ebd.
- ²⁵ Ebd.
- ²⁶ Ebd., S. 47.
- ²⁷ <https://www.fr.de/politik/pegida-natuerliche-partner-10996186.html>, Stand: 27.7.2020.
- ²⁸ Vgl. Wahlprogramm 2017, S. 11, 35, 47.
- ²⁹ Vgl. Wahlprogramm 2017, hier S. 27-35.
- ³⁰ Vgl. Nida-Rümelin, Julian: Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration, Hamburg 2017.
- ³¹ Vgl. Ott: Zuwanderung und Moral, Stuttgart 2016.
- ³² Weber, Max: Politik als Beruf, München 1919, S. 62.
- ³³ Vgl. Körtner, Ulrich: Gesinnungs- und Verantwortungsethik in der Flüchtlingspolitik, in: Zeitschrift für evangelische Ethik 60/2016, S. 282-296, hier S. 283.
- ³⁴ Vgl. Bedford-Strohm, Heinrich: Verantwortung aus christlicher Gesinnung. Wie die Kirchen helfen können, Funktionalität und Humanität miteinander zu verbinden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online, 18.12.2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/fluechtlingskrise-verantwortung-aus-christlicher-gesinnung-13951414.html>, Stand: 27.7.2020. Vgl. dazu auch Bedford-Strohm, Heinrich: Fromm und politisch. Warum die evangelische Kirche die Öffentliche Theologie braucht, in: Zeitzeichen 7/2016, S. 8-11.



Dr. Gerhard Hirscher

ist Leiter der Leitungsstelle Grundlagen der
Demokratie, Parteienentwicklung, Wahlforschung der
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Religion und Rechtspopulismus

Kirchennahe Wählerschaft und Wahl der AfD

Schützt eine enge Bindung an eine Kirche vor der Wahl einer rechts-extremistischen oder -populistischen Partei? In der Vergangenheit konnte man das für das Wahlverhalten in Deutschland grundsätzlich behaupten. Andererseits verändern sich die Rahmenbedingungen der politischen Partizipation in unserem Land ständig. Dieser Artikel versucht, anhand der Nähe oder Ferne der Wählerschaft der AfD zu klären, ob dies heute noch der Fall ist. Die Beantwortung dieser Frage ist aus verschiedenen Gründen nicht einfach, aber wichtig, um das künftige Potenzial von Parteien in diesem Spektrum auch bei der kirchennahen Wählerschaft besser einschätzen zu können.

Wahlverhalten und Religion – keine einfache Analyse

Die 2013 gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat im Jahr 2014 erste Wahlerfolge gefeiert. Schon im September 2013 war sie bei der Bundestagswahl mit 4,7 % nur knapp gescheitert. Im Jahr 2014 kam sie zunächst mit 7,1 % ins Europaparlament und zog dann in drei ostdeutsche Landesparlamente ein – in Sachsen, in Thüringen und in Brandenburg. Im Juli 2015 wandelte sie sich weg von einer eurokritischen Professorenpartei hin zu einer Partei, die sich immer mehr im rechten Spektrum der Wählerschaft in Deutschland verankert hat. In den folgenden Wahlen zog sie dann in alle Landtage, den Bundestag und erneut ins Europaparlament ein.

2013 gegründet, zog die AfD 2014 erstmals ins Europaparlament ein.

Die AfD hat sich fürs erste als Protestpartei etabliert. Sie ist allerdings weit davon entfernt, eine Volkspartei zu sein, auch wenn sie das (insbesondere für den Osten) propagiert. Es ist allerdings offensichtlich, dass die Wählerschaft der AfD recht heterogen ist und sich teilweise deutlich von der der meisten anderen Parteien unterscheidet. Dies gilt auch für den religiösen Hintergrund der Wählerschaft.

Bisher scheint es bei den meisten Wahlen so gewesen zu sein, dass die AfD bei den religiös gebundenen Wählern unterdurchschnittlich abgeschnitten hat. Dieser Beitrag versucht, einen Überblick über das bisherige Abschneiden der AfD bei religiös gebundenen Wählern zu geben. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Wahlforschung hierfür nur eingeschränkt Angaben machen kann.

Differenzierungen bei der Religionszugehörigkeit sind nur allgemein möglich.

Bei den klassischen Umfragen mit Sonntagsfrage wird – wenn überhaupt – in der Regel nur erhoben, ob sich die Befragten als Katholiken, Protestanten oder einer anderen sowie keiner Religion zugehörig fühlen. Genauere Differenzierungen innerhalb dieser Kategorien sind dabei nicht möglich. Das Problem der geringen Fallzahlen kleinerer Parteien wird gemildert bei Analysen einzelner Wahlen, da die Institute dabei durch ihre Exit-Polls über weit größere Datenbestände verfügen. Aber auch dabei kann nur eingeschränkt weiter differenziert werden, etwa beim Versuch, eine engere oder weniger enge Kirchenbindung zu analysieren. Selbst das kann sich nur auf die Kategorien „katholisch“, „evangelisch“ sowie „keine / sonstige“ beziehen. Aussagen darüber, welcher Untergliederung dieser Religionen oder insbesondere welcher der kleinen Religionen der jeweilige Wähler angehört, sind daher in der Praxis nicht möglich.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Aussagen über den religiösen Hintergrund der Wähler einer kleinen Partei wie der AfD nur eingeschränkt denkbar und sinnvoll sind.

Der bisherige (Erfolgs-)Weg der AfD: Wie hoch ist der Anteil konfessionsgebundener Wähler?

Vor dem Rechtsruck: Die Anfangsjahre

Bei der Bundestagswahl vom 22. September 2013 scheiterte die AfD mit 4,7 % der Zweitstimmen nur knapp an einem Einzug in den Deutschen Bundestag. Auch wenn sie an Erststimmen mit 1,9 % deutlich weniger erhielt, war dies für eine erstmals angetretene Partei ein beachtlicher Erfolg. Sie holte aus dem Stand 2.056.985 Zweitstimmen – damit fehlten ihr lediglich 129.358 Stimmen, um über die 5%-Hürde zu kommen. Bei der gleichzeitigen Landtagswahl in Hessen¹ kam die AfD immerhin auf 4,1 % der Zweitstimmen.

Mit der Europawahl am 24. Mai 2014² begann die Erfolgsgeschichte der AfD bei überregionalen Wahlen: Sie kam auf 7,1 % und erzielte 7 Mandate. In Bayern kam sie auf 8,1 %. Auch wenn diese Wahlen noch vor dem Rechtsruck der Partei und dem Ausscheiden von Bernd Lucke im Sommer 2015 stattfanden, war ihre Wählerschaft strukturell weitgehend so angelegt, wie sie sich auch in der Folgezeit darstellen sollte. So wies die AfD bereits bei der Bundestagswahl 2013 einen höheren Anteil in der Gruppe der Konfessionslosen und Sonstigen aus: Laut infratest dimap lag er dort bei 6 %, den Protestanten bei 5 % und den Katholiken bei 4 %; die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte 7 % für die erste Gruppe und jeweils 4 % für Katholiken und Protestanten.³

In Hessen kam die AfD bei der Landtagswahl am selben Tag bei den Sonstigen und Konfessionslosen laut infratest dimap auf 5 % (laut FG Wahlen auf 6 %), den Protestanten auf 4 % und den Katholiken auf 3 %. Bei einer Differenzierung nach Kirchengangshäufigkeit (der gängigsten Unterscheidung des Niveaus der konfessionellen Bindung) ermittelte die FG Wahlen für die AfD bei den Katholiken einen Wert von 1,2 % bei den regelmäßigen Kirchgängern, 2,7 % bei den gelegentlichen und 3,5 % bei den seltenen Kirchgängern. Für die Protestanten lauteten die Werte 2,4 %, 3,9 % und 4,0 %.

Damit zeigte sich früh ein Muster, das sich bei den folgenden Wahlen wiederholen sollte: Unter Kirchenmitgliedern findet die AfD weniger Zuspruch, je stärker die konfessionelle Bindung innerhalb dieser Religionsgemeinschaft, desto geringer fällt dieser aus. Daran hatte sich bei der Europawahl 2014 nichts geändert: Dort ermittelte die FG Wahlen für die AfD bei den Konfessionslosen und Sonstigen 9 %, den Katholiken 6 % und den Protestanten 5 %.⁴

Bei starker konfessioneller Bindung gibt es weniger Zuspruch.

Im Jahr 2014 fanden noch mehrere Landtagswahlen statt, in denen die AfD Erfolge feiern konnte. Bei der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014⁵ holte die AfD 9,7 % und 14 Sitze. Angesichts des geringen Anteils konfessionell gebundener Wähler im Osten sind die Aussagen über die konfessionelle Bindung der AfD-Wählerschaft allerdings mit Vorsicht zu genießen. Laut FG Wahlen holte die AfD bei den Konfessionslosen und Sonstigen 10 %, den Protestanten 7 % und den Katholiken 8 %.⁶ Bei der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014⁷ holte die AfD 10,6 % und 11 Sitze. Hier kam sie bei den Konfessionslosen und Sonstigen auf 12 %, den Protestanten auf 9 % und den Katholiken auf 10%. Bei der Landtagswahl in Brandenburg vom 14. September 2014⁸ holte die AfD 12,2% und 11 Sitze. Bei den Konfessionslosen und Sonstigen kam sie auf 14 %, den Protestanten auf 11 % und den Katholiken auf 8 %.

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 15. Februar 2015 zog die AfD mit einem Anteil von 6,1 % ebenfalls in die Bürgerschaft ein.⁹ Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen vom 10. Mai 2015 holte die AfD 5,5 % und zog ebenfalls in die Bürgerschaft ein (5,6 % in Bremen, aber nur 4,9 % in Bremerhaven). Wie in Hamburg konnten die großen Meinungsforschungsinstitute – wahrscheinlich wegen des geringen Anteils konfessioneller Wähler – keine näheren Angaben zur Konfessionsstruktur bei der AfD machen.¹⁰

Die Partei geht nach rechts: Höherer Stimmenanteil, veränderte Wählerstruktur?

**Nach einer internen Krise
schien die weitere
Entwicklung der AfD
ungewiss.**

Unmittelbar nach der Wahl in Bremen brach aber der Richtungsstreit zwischen den eher bürgerlich-eurokritischen und den rechtspopulistischen Teilen der Partei voll aus. Gleichzeitig erfolgte ein demoskopischer Abstieg (so sah die FG Wahlen die AfD seit Juni 2015 unter 5 %; Infratest dimap seit Juli 2015). Nach ihrem außerordentlichen Parteitag am 4./5. Juli 2015 kulminierte die interne Krise, die zum Austritt von Parteigründer Bernd Lucke kurz danach führte, der eine eigene Partei Alfa gründete („Allianz für Fortschritt und Aufbruch“). Da auch eine ganze Reihe von Mitgliedern die AfD verließen, schien die weitere Entwicklung für beide Gruppierungen ungewiss.

Die ansteigende Flüchtlingswelle nach Deutschland im Sommer 2015 hat dann aber eindeutig der AfD genutzt, die sich nun programmatisch und vor allem in der Außenwirkung deutlich nach rechts orientiert hat. Dies hat ihr auch demoskopisch genutzt: So erreichte sie bei Umfragen zur Wahlabsicht bei Bundestagswahlen kontinuierlich Werte über 5 % bei Spitzen von 10 % (bei einer Bandbreite zwischen 7 % und 10 %). Auch bei zahlreichen

Umfragen zu Landtagswahlen lag sie darüber mit Spitzenwerten zwischen 12 % und 13,5 % in den östlichen Ländern. In manchen Umfragen wurde das Potenzial der AfD im Osten auf 16 % taxiert.¹¹

Die veränderte Einordnung der AfD durch die Bevölkerung spiegelt sich auch in den demoskopischen Bewertungen der Partei wider. So war laut FG Wahlen die Sicht auf die Partei Mitte 2014 noch relativ ausgewogen: Damals ordneten immerhin 12 % die AfD als links oder sehr links ein, 29 % in der Mitte und 38 % rechts oder sehr rechts. Der letzte Wert blieb im August und September 2014 bei 34 % und 39 %. Im Januar 2015 sahen nur noch 20 % die AfD in der Mitte, aber 49 % rechts oder sehr rechts.¹² Im Mai 2015 stieg dieser Wert auf 53 % und im November 2015 sogar auf 57 %. Nur noch 18 % der Befragten sahen die AfD noch in der Mitte.¹³ Diese Entwicklung hat sich also im Lauf des Jahres 2015 drastisch beschleunigt: So ist die AfD auf der Skala von Infratest dimap (von 1 links bis 11 rechts) im Oktober 2014 mit einem Wert von 7,5 deutlich rechts von CDU und CSU eingestuft worden. Im November 2015 war die AfD mit einem Wert von 8,3 nochmals deutlich weiter nach rechts gerückt und hatte sich von der Einstufung der anderen Parteien noch weiter entfernt. Nur die NPD mit 9,7 wurde noch weiter rechts verortet. Dabei ist interessant, dass sich die AfD-Anhänger selbst nach wie vor mit einem Wert von 6,3 weit näher an der Mitte sahen. Allerdings ist auch die Verortung der AfD durch die eigenen Anhänger selbst weiter nach rechts gerückt auf 7,2 nach 6,7 im Jahr 2015.¹⁴

Seit 2015 wird die AfD immer weiter rechts eingestuft.

Das Jahr 2016 brachte mehrere Landtagswahlen, in denen die AfD ihre größere Resonanz unter Beweis stellen konnte. Am 13. März 2016 fand die Wahl in Baden-Württemberg statt, bei der die AfD mit 15,1 % in den Landtag einzog. Laut Infratest dimap holte sie bei den Sonstigen und Konfessionslosen 19 %, den Protestanten 15 % und den Katholiken 13 %, laut FG Wahlen 19 %, 16 % und 13 %. Die Forschungsgruppe Wahlen wies hier die Werte für die Kirchengangshäufigkeit aus: Die AfD kam bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern auf 7 %, den gelegentlichen auf 14 % und den seltenen Kirchgängern ebenfalls auf 14 %; bei den Protestanten lauteten die Werte 12 %, 15 % und 17 %.¹⁵

Am 13. März 2016 holte die AfD in Rheinland-Pfalz 12,6 % der Zweitstimmen. Laut Infratest dimap kam sie bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 19 %, den Protestanten auf 12 % und den Katholiken auf 10 %, laut FG Wahlen 19 %, 13 % und 10 %. Die Forschungsgruppe Wahlen wies auch hier wieder die Werte für die Kirchengangshäufigkeit aus: Die AfD kam bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern auf 5 %, den gelegentlichen auf 9 % und den seltenen Kirchgängern auf 12 %; bei den Protestanten lauteten die Werte 10 %, 11 % und 15 %.¹⁶

**Tendenziell wird
die AfD von Katholiken
seltener gewählt.**

Ebenfalls am 13. März 2016 fand die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt statt, bei der die AfD 24,2 % der Zweitstimmen holte. Dort kam die AfD laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 27 %, den Protestanten auf 17 % und den Katholiken ebenfalls auf 17 %. Allerdings machten laut diesem Institut die Katholiken nur 4 % und die Protestanten lediglich 18 % der Wählerschaft im Land aus, weswegen detailliertere Auswertungen nicht erfolgten.

Am 4. September 2016 wurde in Mecklenburg-Vorpommern gewählt, wo die AfD 20,8 % der Zweitstimmen holte. Dort kam die AfD laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 22 %, den Protestanten auf 17 % und den Katholiken auf 14 %. Allerdings machten laut diesem Institut die Katholiken nur 4 % und die Protestanten lediglich 21 % der Wählerschaft aus, weswegen detailliertere Auswertungen auch hier nicht erfolgten.¹⁷

Am 18. September 2016 kam die AfD bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin auf 14,2 % der Zweitstimmen. Dort kam die AfD laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 15 % (in Westberlin 13 %, in Ostberlin 16 %), den Protestanten auf 12 % (in Westberlin 12 %, in Ostberlin ebenfalls 12 %) und den Katholiken auf 12 % (in Westberlin 12 %, in Ostberlin 13 %). Auch hier sollte der in Gesamtberlin niedrige Anteil von 10 % Katholiken und 26 % Protestanten in der Wählerschaft nicht außer Auge gelassen werden.¹⁸

Dieser Trend setzte sich in den Wahlen des Jahres 2017 fort: Bei der Landtagswahl im Saarland am 26. März 2017 kam die AfD mit 6,2 % relativ knapp in den Landtag. Sie kam laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 9 %, den Protestanten auf 5 % und den Katholiken ebenfalls auf 5 %. Die AfD kam bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern auf 2 %, den gelegentlichen auf 5 % und den seltenen Kirchgängern auf 6 %; bei den Protestanten gab es für die regelmäßigen Kirchgänger keine Werte; bei den beiden anderen Kategorien lauteten die Werte 4 % und 6 %.¹⁹

In Schleswig-Holstein erreichte die AfD am 7. Mai 2017 5,9 %. Laut FG Wahlen kam sie bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 8 % und den Protestanten auf unterdurchschnittliche 5 %, bei den Katholiken aber auf untypisch überproportionale 8 % (die allerdings nur 5 % der Wählerschaft ausmachten gegenüber 56 % Protestanten und 30 % Sonstigen).²⁰

Am 14. Mai 2017 fand die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen statt, wo die AfD 7,4 % der Zweitstimmen holte. Dort kam die AfD laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 9 %, den Protestanten auf 9 % und

den Katholiken auf 6 %. Die Forschungsgruppe Wahlen wies hier wieder die Werte für die Kirchengangshäufigkeit aus: Die AfD kam bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern auf 5 %, den gelegentlichen auf 6 % und den seltenen Kirchgängern auf 7 %; bei den Protestanten lauteten die Werte 11 %, 8 % und 9 % – eine der seltenen Anomalien bei dieser Verteilung.²¹

Wichtiger als diese Landtagswahlen war für die AfD sicher das Ergebnis der Bundestagswahl vom 24. September 2017. Dort holte sie bundesweit 12,6 % der Zweitstimmen und zog erstmals in den Bundestag ein. Sie kam laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 17 %, den Protestanten auf 11 % und den Katholiken auf 9 %. In Westdeutschland betrugen die Werte 13 % sowie jeweils 10 % für Protestanten und Katholiken. Die AfD kam im Westen insgesamt auf 10,7 % und bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern auf 7 %, den gelegentlichen auf 9 % und den seltenen Kirchgängern auf 11 %; bei den Protestanten lauteten die Werte 12 %, 10 % und 10 %. Letzteres ist ebenfalls eine der bislang seltenen Abweichungen in der gewohnten Verteilung. In Ostdeutschland (wo die AfD auf 21,9 % kam) erreichte sie laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen 23 %, den Protestanten 18 % und den Katholiken 14 %.

Kurz nach der Bundestagswahl fand am 15. Oktober 2017 die Landtagswahl in Niedersachsen statt, wo die AfD nur auf 6,2 % der Zweitstimmen kam. Sie kam laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 9 %, den Protestanten auf 5 % und den Katholiken ebenfalls auf 5 %. Bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern kam sie auf 4 %, den gelegentlichen auf 5 % und den seltenen Kirchgängern ebenfalls auf 5 %; bei den Protestanten lauteten die Werte in allen Gruppen 5 %. Bei dieser Landtagswahl zeigten sich also keine so deutlichen Unterschiede zwischen den jeweiligen Gruppen.²²

Die nächste Landtagswahl knapp ein Jahr später war die in Bayern vom 14. Oktober 2018. Dort holte die AfD 10,2 % der Gesamtstimmen. Sie kam laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 15 %, den Protestanten auf 8 % und den Katholiken auf 9 %. Bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern kam sie auf 5 %, den gelegentlichen auf 7 % und den seltenen Kirchgängern auf 11 %; bei den Protestanten lauteten die Werte 5 %, 6 % und 9 %. Dies entsprach der gewohnten Verteilung vor allem in Westdeutschland seit 2014.

In Hessen kam die AfD am 28. Oktober 2018 auf 13,1 % der Landesstimmen. Sie kam laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 14 %, den Protestanten auf 12 % und den Katholiken auch auf 12 %. Bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern kam sie auf 8 %, den gelegentlichen

Bei regelmäßigen Kirchgängern verringert sich die Akzeptanz der AfD.

auf 12 % und den seltenen Kirchgängern auf 14 %; bei den Protestanten lauteten die Werte 9 %, 11 % und 13 %.²³ Auch dies wich nicht vom bekannten Schema ab.

Bei der Europawahl 2019 erhielt die AfD im Osten deutlich mehr Wählerstimmen als im Westen.

Am 26. Mai 2019 fand die Europawahl statt, die für die AfD vor allem deswegen wichtig war, weil sie so die Gründergeneration aus dem europäischen Parlament vertreiben konnte. Sie holte deutschlandweit 11,0 % der Stimmen, darunter 8,8 % im Westen und 21,1 % im Osten (wo sie nur knapp hinter der CDU lag). Laut FG Wahlen kam sie bei den Konfessionslosen und Sonstigen deutschlandweit auf 16 %, den Protestanten auf 10 % und den Katholiken auf 6 %. In Westdeutschland betragen die Werte 11 % sowie 9 % für Protestanten und 6 % für Katholiken. Die AfD kam im Westen bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern auf 4 %, den gelegentlichen auf 6 % und den seltenen Kirchgängern auf 7 %; bei den Protestanten lauteten die Werte 6 %, 7 % und 10 %. In Ostdeutschland erreichte sie laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen 21 %, den Protestanten 19 % und den Katholiken 14 %. Die AfD kam im Osten bei den regelmäßigen katholischen Kirchgängern auf 11 %, den gelegentlichen auf 14 % und den seltenen Kirchgängern auf 15 %; bei den Protestanten lauteten die Werte 14 %, 20 % und 19 %.²⁴

Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen vom 26. Mai 2019 waren die Erwartungen für die AfD nicht hoch; sie zog aber mit 6,1 % in die Bürgerschaft ein. Angesichts der geringen Fallzahlen wurden von den Instituten keine Detailanalysen nach Konfessionszugehörigkeit veröffentlicht.

Bei den Landtagswahlen vom 1. September 2019 in Sachsen und Brandenburg waren die Erwartungen deutlich höher – und die wurden aus der Sicht der AfD auch erfüllt. In Sachsen kam die AfD auf 27,5 % der Listenstimmen und wurde zweitstärkste Partei hinter der CDU. Sie kam laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 29 %, den Protestanten auf 25 % und den Katholiken auf 20 %. Der Anteil der Katholiken an der Wählerschaft betrug allerdings nur 4 % und der der Protestanten 23 %.²⁵ In Brandenburg am selben Tag kam die AfD auf 23,5 % der Zweitstimmen und wurde zweitstärkste Partei hinter der SPD. Sie kam laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 26 %, den Protestanten auf 17 % und den Katholiken auf 19 %. Hier lag der Katholikenanteil der Wählerschaft ebenfalls bei niedrigen 4 %, der der Protestanten bei 21 %.²⁶

Auch die Wahl in Thüringen am 27. Oktober 2019 wurde zu einem Erfolg für die AfD, die 23,4 % der Landesstimmen holte und zweitstärkste Partei hinter der Linken wurde. Sie kam laut FG Wahlen bei den Sonstigen und Konfessionslosen auf 26 %, den Protestanten auf 21 % und den Katholiken auf

19 %. Auch hier lag der Katholikenanteil der Wählerschaft wieder bei niedrigen 7 %, der der Protestanten bei 26 %.²⁷ Das Muster aller dieser drei Landtagswahlen im Osten, wo die stark rechtsgerichteten Kreise um den „Flügel“ ihre wichtigsten Basen haben, ähneln sich also auch in Bezug auf die konfessionelle Verteilung.

Im Jahr 2020 musste sich die AfD nur in der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 23. Februar 2020 bewähren, wo sie mit 5,3 % der Gesamtstimmen knapp ins Parlament einzog. Auch hier wurden von den Instituten wegen geringer Fallzahlen keine Daten zur konfessionellen Verteilung der Stimmen veröffentlicht.

Wählerstimmen für die AfD: Welchen Effekt hat die Religionszugehörigkeit?

Offensichtlich hat sich die AfD in ihrer bisherigen Geschichte nicht besonders um kirchlich gebundene Wähler bemüht. Schon in ihrer Programmatik wird deutlich, dass sie sich da keine großen Erfolge erhofft.²⁸ Unter ihrer Anhängerschaft ist die Abneigung spürbar: So hat eine Umfrage der FG Wahlen im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung gezeigt, dass die Anhänger der AfD in Bayern (Feldarbeit Ende 2017) mit deutlichem Abstand die Kirchen am schlechtesten bewerten, verglichen mit den Anhängern aller anderen Parteien.²⁹

Die Frage, welchen Einfluss die Religionszugehörigkeit bei der Wahl der AfD hat, ist immerhin anhand einiger globaler Faktoren etwas genauer zu beantworten. Fast alle bisher seit 2014 durchgeführten überregionalen Wahlen, bei denen die AfD in die jeweiligen Parlamente kam, zeigen ein ähnliches Muster: Unter denjenigen Wählern, die sich als Angehörige einer der beiden großen Religionsgemeinschaften bezeichnen, schnitt sie schlechter ab als bei denen, die das nicht tun oder sich anderswo verorten. Dabei liegt das Niveau der AfD-Wähler bei Protestanten fast immer deutlich höher als bei Katholiken, aber auch bei ihnen niedriger als bei den nicht konfessionell Gebundenen.

Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn zwischen enger und weniger eng kirchlich Gebundenen unterschieden wird (was allerdings bei nicht allen Wahlen möglich war): Die stärker an die Kirche Gebundenen (gemessen an der Kirchengangshäufigkeit) waren fast in allen publizierten Fällen nochmals deutlich geringer für eine Stimmabgabe zugunsten der AfD anfällig gewesen – bei den Katholiken noch etwas deutlicher als bei den Protestanten.

Die eng an die Kirche Gebundenen meiden die AfD.

Damit zeigt sich ein Muster, das sich schon in der Geschichte der Bundesrepublik und auch in der Weimarer Republik immer wieder gezeigt hat: Eine starke religiöse Bindung (vor allem bei den Katholiken) wirkt als Hemmnis gegenüber der Wahl rechtspopulistischer oder auch rechtsextremistischer Parteien (Immunisierungshypothese).³⁰

Auf der anderen Seite geht die Analyse der Wahlforschung über die Feststellung derartiger allgemeiner Tendenzen kaum hinaus. Dies kann auch nicht anders sein, weil uns die empirische Wahlforschung hierzu in der Regel keine detaillierteren Angaben machen kann. Das liegt vor allem an den relativ geringen Fallzahlen in den beschriebenen Gruppen: Die Anzahl von Kirchenmitgliedern bei Katholiken wie Protestanten ist in Deutschland stetig zurückgegangen und ist im Osten nach 1990 auf niedrigem Niveau geblieben.

Die Gruppe der häufigen Kirchgänger ist dabei nochmals viel kleiner. In normalen Umfragen großer Institute mit zumeist nur etwas über 1000 deutschlandweit Befragten ist sie so klein, dass kaum Aussagen möglich sind. Selbst bei kumulierten Umfragen oder Exit-Polls anlässlich von Wahlen ist diese nicht besonders groß. Möglicherweise könnten sich diese Unterschiede auch etwas verkleinert haben: Jürgen Falter ging in einer Studie 1994 noch davon aus, dass diese Immunisierungshypothese für die Wählerschaft in den neuen Ländern einen größeren Effekt haben könnte als im Westen.³¹ Dies scheint sich in Bezug auf die Wahl der AfD heute nicht mehr sagen zu lassen. Er konstatierte auch für die eng kirchengebundenen Wähler eine drei- bis fünfmal geringere Bereitschaft zur Wahl rechter Parteien.³² So groß scheint dieser Unterschied heute ebenfalls nicht mehr zu sein.

Detaillierte Angaben zur Zugehörigkeit zu einer Religion werden nicht erfasst.

Ein weiteres analytisches Problem liegt in der Kategorisierung: In diesen Umfragen wird in der Regel gefragt, ob sich der Antwortende als „katholisch“, „protestantisch“ oder „sonstiges“ bzw. einer „anderen“ Religion zugehörig fühlt. Was der Befragte darunter versteht, muss offenbleiben: Ist das der Kirchensteuerzahler oder der gefühlte Kirchenangehörige? Wie ordnen sich die aus den Kirchen Ausgetreten im Vergleich zu den Ungetauften ein? Sehen sich Minderheiten wie Evangelikale oder Freikirchler ebenfalls als Katholiken oder Protestanten – oder als etwas Anderes? Gibt es weitere Elemente außer der Kirchengangshäufigkeit, die die Nähe zur Religion ausdrücken?

All dies kann in herkömmlichen Wahlumfragen aus Zeit- und Kapazitätsgründen nicht abgefragt werden. Das bedeutet, dass jenseits dieser allgemeinen These (je stärker die Kirchenbindung als „katholisch“ oder „protestantisch“, desto weniger Neigung zur Wahl der AfD) nur wenige vertiefende Aussagen über längere Zeiträume hinweg vorgenommen werden können.³³

Dies gilt insbesondere für die Rolle religiöser Gruppen, die in der gesamten Wahlbevölkerung nur über relativ wenige Mitglieder verfügen. Die Frage, ob also zum Beispiel katholische „Fundamentalisten“ oder protestantische „Evangelikale“ stärker oder weniger stark der AfD zusprechen, kann mit den Mitteln der empirischen Wahlforschung schlichtweg nicht beantwortet werden.³⁴

Klar ist aber, dass der Einfluss der religiösen Bindung auf das Wahlverhalten deutlich überlagert wird von anderen Faktoren: So war der Anteil der AfD-Wähler in den neuen Ländern durchgängig deutlich höher als im Westen. Dabei war dort zwar bei den Kirchenangehörigen und auch den häufigen Kirchgängern der Wert für die AfD ebenfalls niedriger als bei den Konfessionslosen, aber immer noch deutlich höher als im Westen.

Im Westen hingegen war besonders die Gruppe der kirchennahen Katholiken für die AfD die schwierigste Kundschaft: Dort wäre sie bei mehreren Wahlen nur auf 5 % (Rheinland-Pfalz 2016, Nordrhein-Westfalen 2017, Bayern 2018) oder sogar darunter (Bundestagswahl und Landtagswahl Hessen 2013, Saarland 2017, Niedersachsen 2017, Europawahl 2019 für Westdeutschland) gekommen. Da diese Gruppe aber nur einen kleinen Teil der Wählerschaft ausmacht (der in den Wahlanalysen in Norddeutschland oder den Hansestädten kaum eingegrenzt werden kann), konnte die AfD dies bislang verschmerzen. In den letzten fünf Jahren scheint sich an der grundlegenden Gesetzmäßigkeit nichts geändert zu haben, dass die stärker kirchengebundenen Wähler in höherem Maße die Union und in deutlich geringerem Maße die AfD wählen.³⁵ Da diese Gruppe aber in der gesamten Wählerschaft in Westdeutschland über Jahrzehnte stark zurückgegangen und in Ostdeutschland sehr klein geblieben ist, wirkt sich dies auf das Wahlverhalten insgesamt nur marginal aus.³⁶

Eine geringer gewordene Kirchenbindung und Religiosität wird künftig in Deutschland also eine noch kleinere Hürde für die Wahl rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien sein. Für die Politik ergibt sich die nüchterne Konsequenz: Wahlen werden im 21. Jahrhundert in Deutschland nicht entlang konfessioneller Linien entschieden. Dass sich insbesondere die Parteien mit einem „C“ im Namen stärker an Themen aus der katholischen und protestantischen Kultur orientieren, liegt auf der Hand. Dies macht aber nur Sinn, wenn der jeweilige konfessionelle Mainstream abgebildet wird – eine Orientierung an religiösen oder innerkirchlichen Minderheitspositionen wäre äußerst kontraproduktiv.

Kirchennahe Katholiken machen nur einen kleinen Teil der Wählerschaft aus.

///

Anmerkungen

- 1 Infratest dimap: WahlREPORT Hessen 2013. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013.
- 2 Infratest dimap: WahlREPORT Europawahl in Deutschland. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berlin 2014; FG Wahlen: Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 156, Mannheim 2014.
- 3 Infratest dimap: WahlREPORT Bundestagswahl in Deutschland. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013.
- 4 FG Wahlen: Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 22. September 2013, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 155, Mannheim 2013; FG Wahlen: Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 156, Mannheim 2014.
- 5 Infratest dimap: WahlREPORT Sachsen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 31. August 2014, Berlin 2014.
- 6 FG Wahlen: Wahl in Sachsen: Eine Analyse der Landtagswahl vom 31. August 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 157, Mannheim 2014.
- 7 Infratest dimap: WahlREPORT Thüringen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014, Berlin 2014; FG Wahlen: Wahl in Thüringen: Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 159, Mannheim 2014.
- 8 Infratest dimap: WahlREPORT Brandenburg 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014, Berlin 2014; FG Wahlen: Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 158, Mannheim 2014.
- 9 Infratest dimap: WahlREPORT Bürgerschaftswahl Hamburg 2015. Eine Analyse der Wahl vom 15. Februar 2015, Berlin 2015; FG Wahlen: Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 15. Februar 2015, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 160, Mannheim 2015.
- 10 Infratest dimap: WahlREPORT Bürgerschaftswahl Bremen 2015. Eine Analyse der Wahl vom 10. Mai 2015, Berlin 2015; FG Wahlen: Wahl in Bremen: Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 10. Mai 2015, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 161, Mannheim 2015.
- 11 So Forsa von Anfang Dezember 2015, siehe Umfrage: AfD liegt in Ostdeutschland bei 16 Prozent, in: Spiegel online, 9.12.2016.
- 12 Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Januar II 2015.
- 13 Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer November II 2015.

- 14 Infratest dimap: ARD-DeutschlandTREND November 2015.
- 15 Infratest dimap: WahlREPORT Baden-Württemberg 2016. Eine Analyse der Wahl vom 13. März 2016, Berlin 2016; FG Wahlen: Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13. März 2016, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 162, Mannheim 2016.
- 16 Infratest dimap: WahlREPORT Rheinland-Pfalz 2016. Eine Analyse der Wahl vom 13. März 2016, Berlin 2016; FG Wahlen: Wahl in Rheinland-Pfalz. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13. März 2016, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 163, Mannheim 2016.
- 17 Infratest dimap: WahlREPORT Sachsen-Anhalt 2016. Eine Analyse der Wahl vom 13. März 2016, Berlin 2016; FG Wahlen: Wahl in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13. März 2016, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 164, Mannheim 2016.
- 18 Infratest dimap: WahlREPORT Abgeordnetenhaus Berlin 2016. Eine Analyse der Wahl vom 18. September 2016, Berlin 2016; FG Wahlen: Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 18. September 2016, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 166, Mannheim 2016.
- 19 Infratest dimap: WahlREPORT Saarland 2017. Eine Analyse der Wahl vom 26. März 2017, Berlin 2017; FG Wahlen: Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. März 2017, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 167, Mannheim 2017.
- 20 Infratest dimap: WahlREPORT Schleswig-Holstein 2017. Eine Analyse der Wahl vom 7. Mai 2017, Berlin 2017; FG Wahlen: Wahl in Schleswig-Holstein. Eine Analyse der Landtagswahl vom 7. Mai 2017, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 168, Mannheim 2017.
- 21 Infratest dimap: WahlREPORT Nordrhein-Westfalen 2017. Eine Analyse der Wahl vom 14. Mai 2017, Berlin 2017; FG Wahlen: Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. Mai 2017, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 169, Mannheim 2017.
- 22 Infratest dimap: WahlREPORT Bundestagswahl in Deutschland 2017. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017, Berlin 2017; FG Wahlen: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 170, Mannheim 2017.
- 23 Infratest dimap: WahlREPORT Bayern 2018. Eine Analyse der Wahl vom 14. Oktober 2018, Berlin 2018; FG Wahlen: Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. Oktober 2018. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 172, Mannheim 2018.

- ²⁴ Infratest dimap: WahlREPORT Europawahl in Deutschland. Eine Analyse der Wahl vom 26. Mai 2019, Berlin 2019; FG Wahlen: Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 26. Mai 2019, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 175, Mannheim 2019.
- ²⁵ Infratest dimap: WahlREPORT Sachsen 2019. Eine Analyse der Wahl vom 1. September 2019, Berlin 2019; FG Wahlen: Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 1. September 2019, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 176, Mannheim 2019.
- ²⁶ Infratest dimap: WahlREPORT Brandenburg 2019 Eine Analyse der Wahl vom 1. September 2019, Berlin 2019; FG Wahlen: Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 1. September 2019, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 177, Mannheim 2019.
- ²⁷ Infratest dimap: WahlREPORT Thüringen 2019. Eine Analyse der Wahl vom 27. Oktober 2019, Berlin 2019; FG Wahlen: Wahl in Thüringen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27. Oktober 2019, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 178, Mannheim 2019.
- ²⁸ So kommen die Kirchen im Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017 nur an wenigen Stellen vor, so z. B.: „Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und andere religiöse Gemeinschaften in der Moderne praktizieren“ (S. 34). Es findet sich lediglich noch die Forderung: „... die Bezahlung von Kirchenrepräsentanten wie Bischöfen etc. aus allgemeinen Steuermitteln ist abzuschaffen“ (S. 49). Die bayerische AfD setzte sich in ihrem Wahlprogramm für die Landtagswahl 2018 für eine deutliche Trennung von Staat und Religion ein (S. 12 ff.). Sie forderte einen massiven Abbau der staatlichen Unterstützung der Amtskirchen (S. 14).
- ²⁹ FG Wahlen Telefonfeld: Einstellungen zur Politik. Eine Studie, wie sich Menschen in Bayern politisch identifizieren, interessieren und informieren (Hanns-Seidel-Stiftung), München 2018, S. 26.
- ³⁰ Siehe hierzu die klassische Studie von Falter, Jürgen: Hitlers Wähler, München 1991.
- ³¹ Falter, Jürgen: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994, S. 82 ff.
- ³² Ebd., S. 84.
- ³³ Im Dezember 2002 wurde vom Institut infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Umfrage durchgeführt, die 2003 veröffentlicht wurde. Darin wurde neben der Kirchengangshäufigkeit auch nach gegenwärtigen und ehemaligen Angehörigen der Kirchen gefragt. Dies ist allerdings eine große Ausnahme und kommt ansonsten in vergleichbaren Studien nicht vor. Außerdem wurden die Werte für rechtspopulistische oder rechtsextremistische Parteien darin nicht ausgewiesen; siehe Vogel, Bernhard (Hrsg.): Religion und Politik. Ergebnisse und Analysen einer Umfrage, Freiburg 2003, S. 197 ff.

- ³⁴ Im November 2016 wurde eine Umfrage des Erfurter Insa-Instituts in den Medien zitiert, wonach der bundesweite Anteil der AfD-Wähler bei protestantischen Freikirchlern gut doppelt so groß sei wie bei Landeskirchlern, siehe <https://www.pro-medienmagazin.de/politik/2016/11/22/umfrage-im-vergleich-waehlen-mehr-freials-landeskirchler-afd/>. Ob diese Differenzierung in bundesweiten Repräsentativerhebungen (noch dazu mit wahrscheinlich übermäßigem Online-Anteil) wirklich aussagekräftig vorgenommen werden kann, muss bezweifelt werden. In der deutschen Wahlforschung wird diese Einteilung ansonsten (vor allem, was konkretes Wahlverhalten bei überregionalen Wahlen betrifft) nicht getroffen.
- ³⁵ Die GLES-Analyse zur Bundestagswahl 2017 hat gezeigt, dass kirchennahe Wähler insgesamt deutlich weniger zur Wahl nicht-etablierter Parteien tendieren; siehe Weißels, Bernhard: Wahlverhalten sozialer Gruppen, in: Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017, hrsg. von Sigrid Roßteutscher u. a., Baden-Baden 2019, S. 189-206, hier S. 193.
- ³⁶ In den vergangenen Jahrzehnten ist die Fähigkeit zur Mobilisierung auch der kirchennahen Wähler seitens der Unionsparteien immer schwieriger geworden; siehe Roßteutscher, Sigrid: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung, in: Wählen in Deutschland (PVS Sonderheft 45), hrsg. von Rüdiger Schmitt-Beck, Baden-Baden 2012, S. 111-133.



Uwe Heimowski

ist Politikbeauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz am Deutschen Bundestag und am Sitz der Bundesregierung in Berlin.

René Markstein

ist Referent für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Familien im CVJM Zwickau e.V.

/// Sind evangelikale Christen besonders rechts?

Rechtspopulistische Positionen und Evangelikale

Evangelikale sind anfällig für rechte Positionen. Sagt man. Ist das so? Aber wer sind sie eigentlich – „die“ Evangelikalen? Und wenn es stimmt, dass sie besonders anfällig sind, rechts¹ zu wählen, woran liegt das? Gibt es strukturelle Gründe? Institutionelle Überschneidungen? Oder inhaltliche Schnittmengen?

Die Evangelikalen: Wer ist das eigentlich?

Man hört ihn selten, den Begriff „evangelikal“, und wenn, dann meist im Zusammenhang mit den bibeltreuen, vornehmlich weißen Trump-Wählern in den USA.² Ein sehr einseitig zugespitztes Bild malte zuletzt die ZDF-Dokumentation „Bibeltreue Supermacht – Evangelikale in den USA“, die undifferenziert Gruppen wie Kreationisten oder Paramilitärs in einen Topf wirft.³

In Deutschland hat insbesondere Liane Bednarz mit ihrem 2018 erschienenen Buch „Die Angstprediger“ die Debatte über Evangelikale und ihre Anschlussfähigkeit zur Neuen Rechten geprägt und Zusammenhänge aufgezeigt. Allerdings enthält bereits der Untertitel eine ziemlich einseitige Leseanleitung. Die Formulierung „Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirche unterwandern“ hat einen durchaus verschwörungstheoretischen Zug.⁴ Der Containerbegriff „rechte Christen“ wird schnell zu einem Synonym entweder für „traditionalistisch“ im katholischen oder eben evangelikal im pro-

Der Begriff „evangelikal“ wird oft mit bibeltreuen Trump-Wählern verbunden.

testantischen Spektrum. Bei „unterwandern“ denkt der unbedarfte Leser an eine geheime und konzertierte Aktion.⁵ In diesem Zusammenhang wird der Begriff „evangelikal“ mitunter geradezu zu einem (politischen) Kampfbegriff.

Ursprünglich ist evangelikal schlicht die in den 1960er-Jahren eingedeutschte Übertragung des Begriffs „evangelical“, der im angloamerikanischen Sprachraum zur Unterscheidung von „protestant“ dient, und eigentlich mit evangelisch zu übersetzen wäre. „Protestant“ bezeichnet dabei die Konfession evangelisch, „evangelical“ dagegen einen bestimmten Frömmigkeitsstil. Evangelikale Gruppen sind in vielen verschiedenen Kirchen beheimatet, ihre politischen Ansichten und Äußerungen sind vielfältig.⁶

So gibt es in den USA evangelikale Unterstützer der Republikaner und von Donald Trump, denen insbesondere die Themen Lebensschutz für Ungeborene, Schutz von Ehe und Familie oder auch Christenverfolgung wichtig sind. Andere evangelikale Gruppen entstammen der „Social Gospel“-Bewegung und sind beispielsweise im Kampf gegen Rassismus engagiert und eher bei den Demokraten angesiedelt.⁷

Einige evangelikale Führungspersonlichkeiten haben Donald Trump öffentlich kritisiert, etwa für seine Flüchtlingspolitik. Im Dezember 2019 unterstützte die evangelikale Tageszeitung Christianity Today das Amtsenthebungsverfahren gegen den US-Präsidenten.⁸

Die DEA ist gegen Ausgrenzung und fremden-feindliche Tendenzen.

Die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) wird auch als „Dachverband der Evangelikalen“⁹ in Deutschland bezeichnet. Formal ist sie das nicht, allerdings vernetzt sie viele evangelikale oder pietistische Gruppen, Gemeinden und Kirchen, die gemeinsame Anliegen verbinden.¹⁰ Die DEA ist auch ein akkreditierter Verband beim Deutschen Bundestag, hat ein Büro des politischen Beauftragten in Berlin und veröffentlicht Orientierungshilfen und Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Themen. Die DEA ist parteipolitisch neutral und befürwortet die demokratische Grundordnung und das Grundgesetz in Deutschland. Das bekräftigt u. a. die Programmschrift „Suchet der Stadt Bestes“.¹¹ Die DEA spricht sich in „Fremde Willkommen“¹² gegen Ausgrenzung und fremdenfeindliche Tendenzen aus. Der Vorsitzende der DEA, Ekkehart Vetter, äußerte nach seiner Wahl deutlich, „dass evangelikal zu sein und politisch rechts zu agieren nicht zueinander passe.“¹³ Nach dem Wahlerfolg der AfD 2017 äußerte die DEA klar, „dass es keine Schnittmenge zu rassistischen und geschichtsverfälschenden Positionen gebe.“¹⁴

Dennoch werden Evangelikale teilweise in die Nähe von rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien wie der AfD gestellt.¹⁵

Nun sind aber nicht alle Evangelikale mit der DEA verbunden oder fühlen sich von ihr vertreten, gerade einige Vertreter extremer Positionen lehnen deren Kurs als „zu liberal“ ab.

Viele Publikationen über Evangelikale weisen Schnittmengen bei Personen und Inhalten zwischen Evangelikalen und Rechtspopulisten nach, allerdings sind das noch nicht notwendigerweise politische Übereinstimmungen. Thematische Berührungspunkte sind etwa bei den Themen Lebensschutz, Ehe und Familie, Christenverfolgung und der kritischen Sicht auf den (politischen) Islam auszumachen. Jedoch unterscheiden sich die Intentionen, aus denen diese Themen vertreten werden. So gilt zum Beispiel der Schutz des ungeborenen Lebens für alle Menschen, gleich welcher Nationalität und Religionszugehörigkeit. Bei Teilen der Neuen Rechten und der AfD wird dieses aus bevölkerungspolitischen Gründen thematisiert, um einem demografischen Wandel der speziell „deutschen“ Bevölkerung entgegenzuwirken.

Inhaltliche Schnittmengen sind nicht immer politische Übereinstimmungen.

Beweggründe evangelikaler Christen, die AfD zu wählen

Die Frage, warum manche evangelikale Christen empfänglich sind für rechtspopulistische Positionen, ist vielschichtig. Ein Großteil der Studien, die sich mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aus soziologischer Perspektive beschäftigen, kommt zu dem Ergebnis, dass christlicher Glaube und Kirchenmitgliedschaft an sich weder rechtspopulistische noch rechtsextreme¹⁶ Einstellungen in einem besonderen Maße begünstigen.¹⁷ Entscheidende Faktoren sind Bildung, Alter und soziales Umfeld. Jedoch schützt der christliche Glaube auch nicht im besonderen Maß vor der Übernahme rechter Positionen.¹⁸

Untersuchungen, die nach Intensität und Form des christlichen Glaubens differenzieren, tendieren dazu, dass ein fundamentalistisch, religiös-dogmatisches Glaubensverständnis abwertende Einstellungsmuster und die Übernahme von Haltungen wie die ablehnende Einstellung zu Migration und dem Islam im Allgemeinen begünstigt.¹⁹

In einer 2019 durchgeführten qualitativen Untersuchung²⁰ wurden evangelikale Christen²¹ nach ihren Beweggründen befragt, warum sie die AfD unterstützen. Es konnten drei Typen mit spezifischen Hauptmotiven herausgearbeitet werden: die Gesetzestreuen, die Werteorientierten und die Enttäuschten.²²

Den **Gesetzestreu**en sind Recht und Ordnung, Authentizität und Wahrheit im persönlichen Glauben wie auch in ihrer Sicht auf Politik wichtig. Ausschlaggebend, die AfD zu wählen, waren die Vorgehensweisen der Bundesregierung und der EU in der Finanzmarktkrise und bei der Euro- bzw. Griechenlandrettung. Diese wurden als „Gesetzesbrüche“ wahrgenommen. Im Herbst 2015 wurde das Offenhalten der deutsch-österreichischen Grenze ebenfalls als Gesetzesbruch angesehen, dem ein „Asylchaos“ folgte. Die Gesetzestreu

Bei den Wertorientierten stehen christliche Werte im Zentrum.

Anders verhält es sich bei den **Werteorientierten**. Bei ihnen stehen christliche Werte im Zentrum der Begründungszusammenhänge. Eine persönliche Beziehung zu Jesus und die Weitergabe des christlichen Glaubens in der Familie ist ihnen sehr wichtig. Daher sind Regelmäßigkeit des Bibellesens und des Gemeindebesuchs elementar. Neben der Politisierung wird vor allem eine Liberalisierung der Kirchen beklagt und damit ein „Verlassen“ von biblischen Wahrheiten. Die Werteorientierten sehen ein „Verlorengehen“ von christlichem Glauben und der damit verbundenen Werte in Kirche, Politik und Gesellschaft. Nach ihrer Wahrnehmung werden dafür bewusst christliche Begriffe wie beispielsweise Familie und Ehe von ihrer ursprünglich christlichen Bedeutung getrennt und umgedeutet. Es gibt eine große Enttäuschung insbesondere über die CDU, die diese Werte „verlassen“ habe. Alleiniger Orientierungspunkt ist die Bibel, auch in politischen Dingen.

Die **Enttäuschten** sind im Unterschied zu den Gesetzestreu

Trotz der höheren Wahlerfolge der AfD in den neuen Bundesländern erleben einige der Enttäuschten Ablehnung aufgrund ihrer Nähe zur AfD, was sie wiederum in ihrer Oppositionshaltung und Enttäuschung bestärkt.²³ Familie ist ein zentrales Thema im persönlichen Glauben, was auch Auswirkungen auf ihre Einschätzung der Familienpolitik hat. Sie erkennen eine „Umdeutung“ des traditionellen Ehe- und Familienverständnisses im Zuge der „Gender-Ideologie“. Diese wird als große Gefahr für Familien angesehen. Bei den Enttäuschten und den Gesetzestreuen spielt der christliche Glaube zwar eine wichtige Rolle, hängt aber nicht unmittelbar mit einer AfD-Präferenz zusammen.

Die klassische Ehe und Familie sind Kernthemen der Evangelikalen.

Das heißt, nur bei den Werteorientierten könnte man sagen, dass sie aufgrund ihres persönlichen Glaubensverständnisses die AfD präferieren. Die Gesetzestreuen und die Enttäuschten würden demnach auch ohne Glauben die AfD präferieren.

Zusammenfassend sind folgende Aspekte ausschlaggebend dafür, dass manche evangelikale Christen die AfD wählen:

- Vertrauensverlust in die Politik im Allgemeinen, speziell gegenüber der CDU, die „christliche Werte“ verlassen habe und einem „links-grünen“ Mainstream hinterherlaufe,
- Skepsis und Vertrauensverlust gegenüber der (öffentlich-rechtlichen) Medienberichterstattung, bei gleichzeitiger Öffnung hin zu alternativen Medien,
- Kritik an der Migrationspolitik der „offenen Grenzen“,
- Sorgen um Ordnung, Recht und Sicherheit in Deutschland,
- eine kritische bis ablehnende Haltung gegenüber dem Islam im Allgemeinen,
- Kritik an einer Familienpolitik, die das traditionelle Ehe- und Familienbild nicht mehr fördere (Gender-Debatte),
- Eintreten für den Schutz des ungeborenen Lebens.

Fazit

Die evangelikale Bewegung in Deutschland ist facettenreich, sie war es im Laufe ihrer Geschichte und ist es bis heute, viele ihrer Positionen stehen deutlich im Gegensatz zu Positionen der Neuen Rechten und der AfD (etwa im Themenfeld Migration und Asyl).

Andererseits gibt es Positionen (wie Familienbild, Lebensschutz, Islamkritik), die die Evangelikalen in eine inhaltliche Nähe zur AfD bringt. Hier kann insbesondere die gut vernetzte Deutsche Evangelische Allianz zu einem selbstkritischen Hinterfragen beitragen. Ziel kann dabei nicht sein, Standpunkte aufzugeben, nur, weil rechte Bewegungen ähnliche Positionen vertreten, stattdessen müssen vor allem die unterschiedlichen Begründungen und Intentionen aufgezeigt werden. Als Bibelbewegung kann die DEA gerade bei der Gruppe der Werteorientierten ein wichtiger Ansprechpartner und ein potenzielles Korrektiv sein.

Eine Reduzierung der Evangelikalen auf bestimmte Gruppen sollte vermieden werden.

Um ihrer Glaubwürdigkeit willen müssen Evangelikale aber auch selbstkritisch inhaltliche wie personelle Berührungspunkte zu rechtspopulistischen und neurechten Medien, Gruppierungen und Akteuren hinterfragen und sich dazu erklären sowie – wenn nötig – öffentlich abgrenzen.²⁴ Andererseits ist eine einseitige Reduzierung der Evangelikalen auf bestimmte Gruppen oder Positionen zu vermeiden: Eine Stigmatisierung kann zur Selbstimmunsierung und Radikalisierung gerade derjenigen innerhalb bzw. am Rande der evangelikalen Bewegung führen, die ohnehin zu einer Opfermentalität neigen und sich deshalb abkapseln.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass evangelikale Christen nicht per se empfänglicher für rechtspopulistische Positionen sind, bloß, weil sie evangelikal sind. Entsprechend ist wichtig, differenziert zu betrachten, welche Gruppe aus welchen Gründen diesen Positionen zugeneigt ist. Nur so kann ein tatsächlich fruchtbarer Dialog darüber entstehen.

///

Weiterführende Literatur

Bosch, David J: Ganzheitliche Mission: Theologische Perspektiven, Marburg 2011.

Heimowski, Uwe: Der politische Jesus und die Botschaft vom Reich Gottes. Essays, Beobachtungen, Kommentare, Nürnberg 2019.

Küpper, Beate: Zum Zusammenhang von Religiosität und Vorurteilen. Eine empirische Analyse; in: Ethik und Gesellschaft 2/2010, S. 1-39, <https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/Kuepper-2010-Zusammenhang-von-Religiositaet-und-Vorurteilen.pdf>, Stand: 29.9.2020.

Malessa, Andreas: Als Christ die AfD unterstützen. Ein Plädoyer für ..., Leipzig 2017.

Pickel, Gert: Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaft und Fremdzuschreibungen, in: Zeitschrift für Gesellschaft, Politik und Kultur 2/2018, S. 277-312.

Pieck, Elke: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihre „rechte“ Identitätssuche: eine stigmatheoretische Analyse, in: Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie, hrsg. von Sonja Strube, Freiburg im Breisgau 2015, S. 145-162.

Püttmann, Andreas: Was ist die AfD? Und wie als Kirche mit ihr umgehen?, in: AfD, Pegida und Co: Angriff auf die Religion?, hrsg. von Stefan Orth und Volker Resing, Wien 2017, S. 36-57.

Strube, Sonja Angelika: Christliche Unterstützer der AfD: Milieus, Schnittmengen, Allianzen, in: AfD, Pegida und Co: Angriff auf die Religion?, hrsg. von Stefan Orth und Volker Resing, Wien 2017, S. 58-71.

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn 2019.

Anmerkungen

- 1 Unter „rechts“ verorten wir in diesem Beitrag parteipolitisch die AfD, die politikwissenschaftlich im politischen Spektrum rechts neben der CDU verordnet wird. Rechtspopulistische Positionen, die auch innerhalb der AfD erkennbar sind, beinhalten vor allem fremden- bzw. speziell muslimfeindliche Meinungen, die Abwertung von Sinti und Roma und Asylsuchenden, einen Law-and-Order-Autoritarismus, Misstrauen in die Demokratie und einen Hang zum Nationalismus, mit einer ablehnenden oder zumindest sehr kritischen Haltung gegenüber der EU. Zick, Andreas / Küpper, Beate / Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 114.
- 2 Vgl. etwa den Bericht: Trump, der „Gesalbte Gottes“, https://www.deutschlandfunk.de/evangelikale-in-den-usa-trump-der-gesalbte-gottes.886.de.html?dram:article_id=480703 vom 17.7.2020; vgl. Höhne, Valerie / Wensierski, Peter: Neue rechte Allianz: AfD auf dem Kreuzzug, in: Spiegel 29/2017, <https://www.spiegel.de/spiegel/fromme-christen-und-rechte-waehler-verbunden-sich-im-widerstand-a-1158077.html>, Stand: 29.9.2020; gegen diese Simplifizierung Schirmmacher, Thomas: Spiegel Autor Peter Wensierski und seine irrige These AfD, Evangelikale und konservative Katholiken seien natürliche Verbündete, <https://www.thomasschirmmacher.info/blog/spiegel-autor-peter-wensierski-und-seine-irrige-these-afd-evangelikale-und-konservative-katholiken-seien-natuerliche-verbundene/>, Stand: 29.9.2020 und Jörgensen, Peter: Sind Freikirchen für AfD-Positionen empfänglicher? in: Alternative für Christen? Die AfD und ihr gespaltenes Verhältnis zur Religion, hrsg. von Wolfgang Thielmann, Neukirchen-Vluyn, 1. Aufl., 2017, S. 63-76, hier S. 63.
- 3 <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/bibeltreue-supermacht-evangelikale-in-den-usa-100.html>
- 4 Was insofern etwas problematisch ist, als die Autorin ihrerseits für die Evangelikalen konstatiert, für Verschwörungstheorien anfällig zu sein. Bednarz, Liane: Die Angstprediger: Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern, München 2018, S. 70, S. 79.
- 5 Bednarz hat etliche Quellen untersucht. Jedoch ist das Zusammentragen mancher Nachweise, etwa wer wessen Post bei Facebook mit einem Like versehen hat, methodisch nur bedingt tauglich, um daraus eine strukturelle Nähe zwischen einzelnen Gruppen oder Institutionen zu behaupten. Daraus eine „Unterwanderung“ abzuleiten, ist nicht sachgemäß.
- 6 Die vielfältigen Wurzeln, das Wachstum und die Vielschichtigkeit der evangelikalen Bewegung gerade im globalen Süden erschweren eine einheitliche Definition von evangelikal. Evangelikalismus ist keine eigenständige Denomination, sondern kann als eine transkonfessionelle und internationale christliche Bewegung verstanden werden. Hinkelmann, Frank: Die Evangelikale Bewegung in Österreich: Grundzüge ihrer Geschichte und Theologie (1948-1998), Bonn 2014, S. 5. Dennoch kann zwi-

schen verschiedenen Typen differenziert werden, die sich teilweise sehr ähneln, aber auch voneinander abgrenzen. Nach Hempelmann, Reinhard: Evangelikale Bewegung: Beiträge zur Resonanz des konservativen Protestantismus, Berlin 2009, S. 11, gibt es den klassischen Typ, als Hauptstrom der evangelikalen Bewegung, der sich in der Evangelischen Allianz und der Gemeinschaftsbewegung wiederfindet und Landeskirche und Freikirche verbindet. Zu diesem kommt der fundamentalistische Typ, für den die Bibel als gesamte Heilige Schrift irrtumslos und unfehlbar ist (vgl. Chicago-Erklärung). Daraus folgend ist eine Ablehnung von historisch-kritischer Bibelforschung, Wissenschaftsfeindlichkeit und eine Rigorosität in ethischen Fragen (Sexualität, Lebensschutz, Moral, Emanzipation) charakteristisch für diesen Typ. Weiter unterscheidet er zwischen dem bekenntnisorientierten Typ, der sich an konfessionelle, theologische Bekenntnisse orientiert, dem missionarisch-diakonischen Typ, der eine ganzheitliche Mission (Evangelisation und soziale Verantwortung) als zentral ansieht (vgl. die „social concerned evangelicals“ in den Ländern des Globalen Südens) und dem pfingstlich-charismatischen Typ, für den ein Glaubensstil charakteristisch ist, der sich auf die Wirkung des Heiligen Geistes und Geistesgaben orientiert, wie sie im Neuen Testament beschrieben sind.

- ⁷ Beispielhaft hierfür sind die Strömungen eines progressiven bzw. sich politisch links-orientierenden Evangelikalismus in den USA (z. B. Red Letter Christians), der sich als Gegenbewegung versteht zum konservativen, weißen Evangelikalismus, der seinerseits den amtierenden US-Präsidenten Donald Trump unterstützt. Pally, Marcia: Die Neuen Evangelikalen: Freiheitsgewinne durch fromme Politik, Berlin 2010.
- ⁸ <https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/2019/12/21/christianity-today-fordert-amtsenthebung/>, Stand: 21.12.2019.
- ⁹ https://www.welt.de/wams_print/article1206424/Mission-durch-Evangelikale.html
- ¹⁰ Als gemeinsame Basis werden die Einheit der Christen, das gemeinsame Beten, das Vertrauen auf Gottes Wort, das Bezeugen des christlichen Glaubens und die Zeitansagen zu gesellschaftlich relevanten Themen auf Basis des christlichen Glaubens erwähnt.
- ¹¹ <https://politik.ead.de/fileadmin//Arbeitskreise/Politik/SuchtDerStadtBestes.pdf>, Stand: 29.9.2020.
- ¹² https://www.ead.de/fileadmin/DEA_Allgemein/Stellungnahmen/Fremde_willkommen.pdf, Stand: 29.9.2020.
- ¹³ <http://www.idea.de/frei-kirchen/detail/neuer-allianzchef-ein-evangelikaler-kann-unmoeglich-rechts-sein-99292.html>; vgl. auch: „Alle kirchenleitenden Gremien – der Rat der EKD, die Deutsche Katholische Bischofskonferenz, vor allem aber die evangelikalen und freikirchlichen Institutionen – riefen ihre Mitglieder sofort und unisono zur biblisch und christologisch gebotenen Flüchtlingshilfe auf.“ Pally, Marcia: Die Neuen Evangelikalen: Freiheitsgewinne durch fromme Politik, Berlin 2010.

- ¹⁴ <https://www.ead.de/2017/september/25092017-afd-ergebnis-ist-schock>
- ¹⁵ Strube, Sonja Angelika (Hrsg.): Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie, Freiburg i. Brsg. 2015; Guske, Katja: Zwischen Bibel und Grundgesetz: Die Religionspolitik der Evangelikalen in Deutschland, Wiesbaden 2014; Bednarz: Die Angstprediger.
- ¹⁶ Den meisten politikwissenschaftlichen und soziologischen Studien über Rechtsextremismus liegt die Definition der Konsensusgruppe zu Grunde. Decker, Oliver / Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte: Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006, S. 20. Rechtsextreme Einstellungen drücken sich demnach aus in Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und in der Verharmlosung des Nationalsozialismus.
- ¹⁷ Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen 2018, S. 95; Pickel, Gert / Yendell, Alexander: Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl, in: Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, hrsg. von Oliver Decker und Elmar Brähler, Gießen 2018, S. 217-242, hier S. 220.
- ¹⁸ Andere Studien, u. a. der Bertelsmann Religionsmonitor 2013, kommen zu dem Ergebnis, dass Gläubige im Allgemeinen sogar eine migrationsfreundlichere Haltung aufweisen als Nicht-Gläubige. Pollack, Detlef / Müller, Olaf: Religionsmonitor verstehen was verbindet: Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland, Gütersloh 2013, S. 41; Pickel / Yendell: Religion als konfliktärer Faktor, S. 218.
- ¹⁹ Pickel / Yendell: Religion als konfliktärer Faktor, S. 218; Rebenstorf, Hilke: Kirche und Rechtsextremismus – eine Sekundäranalyse im Auftrag des Rates der EKD, Hannover 2014 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 1; Küpper, Beate / Zick, Andreas: Religiosität und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Ergebnisse der GMF-Studien, in: Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie, hrsg. von Sonja Strube, Freiburg i. Brsg. 2015, S. 48-63, hier S. 59.
- ²⁰ Diese Untersuchung wurde im Rahmen einer empirisch-theologischen Masterthesis in Praktischer Theologie durchgeführt, siehe Markstein, René: „Alternative“ für Christen? Eine empirisch-theologische Forschung zu Glaube, Kirche und politischer Einstellung von Christinnen und Christen, die die Partei „Alternative für Deutschland“ unterstützen. Masterthesis in Praktischer Theologie an der University of South Africa (UNISA) (unveröffentlicht), 2020. Aus einer quantitativen Vorstudie in Form einer Onlinebefragung mit 493 Teilnehmenden wurden 16 Personen für ein ausführliches qualitatives Interview ausgewählt. Es wurden insgesamt 10 Interviews durchgeführt und ausgewertet (nach den Standards der Grounded Theory von Corbin und Strauss).

- ²¹ In der Untersuchung wurde anstelle des Begriffs „evangelikal“ die Bezeichnung „sehr gläubig“ verwendet.
- ²² Hierbei handelt es sich nicht um wertende, sondern um beschreibende Bezeichnungen, die den charakterlichen Kern des jeweiligen Typus wiedergeben.
- ²³ Untersuchungen zeigen, dass vor allem die Christen in den neuen Bundesländern deutlich seltener die AfD wählen als es hier Konfessionslose tun. Huber, Stefan / Yendell, Alexander: Does Religiosity Matter? Explaining right-wing extremist attitudes and the vote for the Alternative for Germany (AfD), in: Religion and Society in Central and Eastern Europe 1/2019, S. 63-82, hier S. 76.
- ²⁴ Strube: Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie.



Dr. Sarah Schmid

ist Referentin für Verfassung, Europäische Integration und Gesellschaftliche Partizipation in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung München.

/// Mobilisierungspotenzial einer rechten Sammelbewegung im EU-Parlament

Das „christliche Abendland“ als tragfähiges Bindeglied?

Zur dauerhaften Zusammenarbeit rechter Parteien ist es im EU-Parlament nie gekommen – zu groß waren die ideologischen Fliehkräfte und zu schwach die Fraktionsdisziplin. Inwieweit die aktuellen Versuche einer Einigung unter dem Banner der (selbst attestierten) christlich-abendländischen Identität Aussicht auf Erfolg haben, analysiert dieser Beitrag.

Einführung

Vor dem Mailänder Dom versammelten sich am 19. Mai 2019 Rechtspopulisten aus elf EU-Mitgliedsstaaten, um eine neue europäische Sammelbewegung aus der Taufe zu heben. Als Hauptredner der Kundgebung war der damalige italienische Innenminister und Vorsitzende der Lega, Matteo Salvini, angekündigt, der sodann – mit einem Rosenkranz in den Händen – sich und alle Anwesenden dem „unbefleckten Herzen“ der Gottesmutter Maria empfahl. Dem christlichen Selbstverständnis dieser Allianz stellte Geert Wilders von der niederländischen Partei für die Freiheit (PVV) mit den Worten „basta Islam“ umgehend auch deren designiertes Feindbild gegenüber.¹

Als Ziel der Sammelbewegung formulierte Salvini die Bildung einer „Lega der Legas“,² einer geeinten, rechtspopulistischen Fraktion im europäischen Parlament, auf die ein Drittel der Abgeordneten entfallen solle.³ Mit diesem Projekt reiht er sich in eine lange Traditionslinie ein. Doch Versuche, die Rechte im europäischen Parlament zu einen, haben sich in der Vergangenheit

Bereits 2019 plante Salvini eine neue europäische Sammelbewegung der Rechten.

aufgrund der national orientierten Interessenlagen und weltanschaulichen Partikularinteressen der betroffenen Parteien immer als wenig erfolgreich erwiesen.⁴

Exemplarisch zeigt sich dies anhand der 2007 gegründeten Fraktion „Identität, Tradition und Souveränität“, die binnen weniger Monate wieder zerfiel, da die notwendige Fraktionsgröße unterschritten wurde. Ursächlich hierfür war der Fraktionsaustritt von fünf Vertretern der Großrumänien-Partei, nachdem die EU-Parlamentarierin Alessandra Mussolini rumänischen Einwanderern in Italien einen kriminellen Lebensstil attestiert hatte.⁵

**Die rechten Parteien
sind bisher im
Europaparlament
sehr zersplittert.**

Auch am Vorabend der EU-Parlamentswahlen 2019 präsentierten sich die rechten Parteien Europas als äußerst zersplittert. Im scheidenden EU-Parlament bildete die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (ERK) mit 77 Sitzen die drittgrößte Fraktion. Auf die Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) entfielen 42 Sitze und die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF), zu der auch die Lega und die französische Rassemblement National (RN) gehören, schlussendlich 36 Sitze.⁶ Hinzu kamen elf Vertreter der ungarischen Fidesz, deren Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei zu diesem Zeitpunkt bereits suspendiert war, sowie einige fraktionslose Abgeordnete.⁷

Im Lichte der ideologischen Zentrifugalkräfte, die das Verhältnis der rechten Parteien auf europäischer Ebene bis dato geprägt haben, erweist sich Salvinis Ziel einer Einigung folglich als äußerst ambitioniert. Im Rahmen dieses Beitrags soll analysiert werden, ob sich das Narrativ einer geteilten und durch den Islam akut bedrohten christlichen Identität als geeignet erweist, um die rechten Parteien im Europäischen Parlament zu einen und deren Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

In einem ersten Schritt wird anhand repräsentativer Beispiele herausgearbeitet, inwieweit sich die rechtspopulistischen Parteien Europas als dezidiert christlich darstellen und den Islam als kontrastierendes Feindbild kultivieren. In einem zweiten Schritt ist die politische Tragfähigkeit dieses geteilten Weltbildes⁸ hinsichtlich der 2019 neu gegründeten Fraktion Identität und Demokratie (ID) auf quantitativer und qualitativer Ebene zu analysieren.

Selbst- und Feindbildkonstruktion rechter Parteien in Europa

„Das offensichtlich erfolgreichste Mobilisierungsargument aktueller Rechtspopulisten ist die Ablehnung muslimischer Zuwanderung und der Kampf gegen die ‚Islamisierung des Abendlandes‘“,⁹ konstatiert Gert Pickel. In der Tat zeigt sich im europäischen Querschnitt, dass rechte Parteien verstärkt das Motiv eines Religions- und Kulturkampfes bedienen. Diese Entwicklung kristallisierte sich mit den terroristischen Anschlägen von 2001 heraus und erfährt seit 2015 im Kontext der Asyl- und Migrationsfrage eine zusätzliche Verschärfung.¹⁰

Besonders prononciert spiegelt sich diese Dynamik am Beispiel der italienischen Lega wider. Präferiertes Feindbild der norditalienischen Regionalpartei bot seit ihrer Gründung zumeist die so genannte „Roma ladrona“, also die als korrupt wahrgenommenen politischen Hauptstadteliten, die – so die Wahrnehmung der Lega – Steuergelder aus dem Norden im strukturschwachen Süden versickern ließen. Unter Salvini verlor diese zentrale Konfliktlinie stark an Relevanz, stattdessen wird die perzipierte Bedrohung der christlichen Identität (Gesamt-)Italiens durch eine „muslimische Massmigration“ fokussiert. Dass selbst hochrangige Kirchenvertreter bis hin zum Heiligen Vater, Papst Franziskus, dieses Narrativ ablehnen, hat bis dato nicht zu einer Minderung von dessen Mobilisierungspotenzial beigetragen.¹¹

Ein ambivalenteres Bild bietet der französische Rassemblement National (RN), der sich unter Marine le Pen vom katholischen Traditionalismus seines Parteigründers entfernt hat. Um eine größere Wählergruppe binden zu können, profiliert sich le Pen als Kämpferin für ein laizistisches Frankreich sowie die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten, die es vor einem reaktionären Islam zu schützen gelte. Zentraler Fluchtpunkt dieser Weltanschauung ist nicht das Christentum, sondern die säkulare Republik. Gleichwohl existieren innerhalb der Partei auch weiterhin katholisch-traditionalistisch geprägte Strömungen, die das alte Stammklientel binden.¹²

Auch die AfD recurriert – trotz vereinzelter religionskritischer Aussagen ihrer Mitglieder – auf das Motiv des christlichen Abendlandes, das durch den Islam bedroht sei.¹³ Das Christentum erweist sich dabei sogar unter den konfessionell nicht gebundenen Anhängern der Partei als starker Identitätsmarker.¹⁴ Ein ähnliches Muster manifestiert sich auch in vergleichsweise säkularen europäischen Staaten wie Finnland, Schweden oder der Tschechischen Republik, in denen rechte Parteien mit der Konstruktion eines religiösen Antagonismus zwischen Christentum und Islam reüssieren.¹⁵

Gemeinsames Feindbild der europäischen Rechten ist der Islam.

Rechte Parteien verbreiten ein Narrativ des Bevölkerungsaustausches.

Auch für die ungarische Fidesz und polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS) erweist sich dieses Motiv der Wertebedrohung als zentraler ideologischer Baustein. 2016 rufen die Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński und Victor Orban eine „kulturelle Gegenrevolution“ aus und beklagen eine territoriale und spirituelle Grenzenlosigkeit des Westens. Europa, so die Forderung, müsse re-christianisiert werden.¹⁶

Anhand der skizzierten Beispiele zeigt sich zudem die Anschlussfähigkeit dieses Topos an gesellschaftspolitische Fragen: Die Öffnung der Ehe, die Legalität und Verfügbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen sowie die nachlassende, gesellschaftliche Prävalenz des traditionellen Familienmodells mit einem (männlichen) Hauptverdiener werden in Teilen auch von Christen und Konservativen abgelehnt.¹⁷ Rechte Parteien verknüpfen diese Kritik jedoch zusätzlich mit einem Narrativ der Überfremdung und des Bevölkerungsaustausches, der durch den Dualismus zwischen einer demographisch schrumpfenden Mehrheitsbevölkerung und kinderreichen, muslimischen Migranten befeuert werde. Die Ablehnung von Abtreibungen beispielsweise erfolgt vor diesem Hintergrund nicht primär aus moralisch-theologischen Motiven, sondern weil gerade extrem rechte Parteien Kinder als „Ressource“ in einem „demographischen Kampf“ betrachten.¹⁸

Die ID-Fraktion im EU-Parlament: eine erste Bilanz

Fraktionsgründung

„Ob heuer [...] die Abwehr von Migration und ‚Islamisierung‘ und der Kampf gegen die angeblich machtbesessenen und volksfeindlichen politischen Eliten ein starkes Band für gemeinsames Handeln bilden, dürfte sich schon bei der Fraktionsbildung erweisen“,¹⁹ prognostizierte Richard Stöss mit Blick auf die Erfolgchancen einer Einigung rechter Kräfte im EU-Parlament. Nachdem sich das neu gewählte Europäische Parlament im Juli 2019 konstituiert hat und die Fraktionen gebildet sind, lässt sich hierzu eine erste Bilanz ziehen: Die von Salvini ins Leben gerufene ID-Fraktion hatte in der 9. Legislaturperiode anfangs 73 Sitze inne. Damit bildete sie die fünfgrößte Fraktion des EU-Parlaments. Nach dem Vollzug des Brexits und Ausscheiden der britischen Parlamentarier stieg die Zahl ihrer Sitze auf 76, wodurch sie nach der christdemokratischen EVP, der sozialdemokratischen S&D und dem liberalen Renew Europe zur viertgrößten Fraktion aufstieg. Insgesamt sind in der Fraktion Abgeordnete aus zehn europäischen Parteien vertreten.²⁰

Mit Blick auf die geringe Größe der ENF-Fraktion (36 Sitze), aus der die ID-Fraktion in erster Linie hervorgegangen ist, kann an dieser Stelle ein klarer Wachstumstrend ausgemacht werden. Dieser setzt sich jedoch zum Teil aus Stimmgewinnen im eigenen Lager zusammen. So hat etwa die Lega in der 9. Legislaturperiode 23 Sitze dazugewonnen. Es ist aber auch gelungen, Parteien wie die AfD, die Dänische Volkspartei (DF) und die finnische Perussuomalaiset (PS) von einem Fraktionswechsel zu überzeugen. Schlussendlich konnten zudem neu im Parlament vertretene Parteien wie die Estnische Konservative Volkspartei (EVP) und die tschechische Svoboda a přímá demokracie (SPD) an die Fraktion gebunden werden.²¹ Nicht zuletzt hat auch der Grad an Fragmentierung im rechten Lager abgenommen, was aber primär dem Brexit – und damit verbunden dem Ausscheiden euroskeptischer britischer Abgeordneter aus dem EU-Parlament – geschuldet ist.²²

Gleichzeitig bleibt die ID mit 76 von 705 Sitzen weit hinter dem selbstgesteckten Ziel, ein Drittel der Abgeordneten auf sich zu vereinen, zurück. Im Vorfeld der EU-Wahlen waren intensive Anstrengungen unternommen worden, insbesondere die PiS und die Fidesz für eine gemeinsame Fraktion zu gewinnen. Diese erwiesen sich letzten Endes aber als fruchtlos.²³

Ursächlich für die Ablehnung der PiS war die pro-russische Orientierung seitens der an der Fraktionsbildung beteiligten Parteien gewesen.²⁴ Denn während die PiS Russland in erster Linie als Sicherheitsbedrohung wahrnimmt, sehen die AfD, RN, FPÖ oder Lega im Kreml verstärkt eine Schutzmacht christlich-traditioneller Werte sowie Bewahrerin nationaler Identität und wollen sich geopolitisch stärker gen Osten orientieren.²⁵

Polen hatte mit der pro-russischen Einstellung der anderen Parteien der ID-Fraktion ein Problem.

Auch die Fidesz lehnte einen Beitritt in die ID-Fraktion ab, obgleich sich deren Vorsitzender Orban vor der Wahl in Migrationsfragen öffentlichkeitswirksam mit Salvini ausgetauscht hat.²⁶ Nach außen begründet wurde dieser Schritt nie, allerdings werden Differenzen mit le Pens RN als Erklärungsansatz bemüht. Zudem scheint Orban einen endgültigen Bruch mit der EVP vermeiden zu wollen. Ob und inwieweit die ID langfristig den Weg der bisherigen Rechtsfraktionen im EU-Parlament geht, die ja alle mit ideologischen Zentrifugalkräften und geringer Fraktionsdisziplin zu kämpfen hatten, ist indes noch offen. Vor diesem Hintergrund präsentiert sich ein Austritt aus der EVP-Fraktion nicht zuletzt als unkalkulierbares Risiko.²⁷

Für die ID ist Einwanderung mit Terrorismus und Islamisierung verbunden.

Positionierung im Parlament

Eine umfassende Analyse der inhaltlichen Positionierung der ID-Fraktion kann mit Blick auf die kurze Dauer ihres Bestehens im Rahmen dieses Beitrages nicht geleistet werden. Das bisherige parlamentarische Wirken und die politische Kommunikation der Fraktion sollen jedoch an dieser Stelle mit geeigneten Beispielen illustriert werden: Bereits in ihrem Gründungsdokument referiert die ID-Fraktion mehrmals auf das Christentum und definiert „the Greek-Roman and Christian heritage as the pillars of European civilization“.²⁸ Als Zielvorstellung formuliert sie den Schutz der Identität der Bürger und Nationen in Europa und verknüpft dies mit der Forderung nach einer Begrenzung von Einwanderung, die stilistisch eng mit Terrorismus und Islamisierung als konkrete Bedrohungen verknüpft wird.²⁹ Das Narrativ eines christlichen Abendlandes, das durch Einwanderung aus muslimisch geprägten Staaten bedroht werde – entweder direkt durch terroristische Gewalt oder indirekt durch Identitätsverlust –, findet an dieser Stelle folglich bereits Verwendung.

Auch im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit versucht die ID-Fraktion, dieses Motiv zu verfestigen, wie die nachfolgenden beiden Beispiele illustrieren: Bei der Plenardebatte am 23. Oktober 2019 zur türkischen Besetzung von Teilen Syriens stellt Peter Kofod, Fraktionsmitglied und Abgeordneter der Dänischen Volkspartei (DF), in seinem Redebeitrag das Szenario einer „Überschwemmung wie 2015“ in den Raum.³⁰ Es drohe eine Situation, wo „Terroristen [...] zu Weihnachten nach Europa kommen, wo die europäischen Bürger dann wieder um ihr Leben fürchten müssen auf den Weihnachtsmärkten“.³¹ Auch hier wird eine Wertebedrohung von Christen durch den Islam identifiziert. Auffällig ist zudem, dass die Situation der armenischen und assyrischen Christen in Syrien, die sich aufgrund der türkischen Besatzung bedroht sehen, nicht adressiert wird. Dies legt nahe, dass christliche Identität nicht als universalistisches, sondern vielmehr ethnisch geprägtes Konstrukt gedacht wird.

Eine ähnliche Stoßrichtung weist der Entschließungsantrag der ID-Fraktion vom 24. Oktober 2019 zur Situation der Menschenrechte in Indonesien auf. Während die Verschärfung des indonesischen Strafrechtes und Stärkung der islamischen Rechtsprechung von allen Parlamentsfraktionen kritisiert wird, ging die ID-Fraktion einen Schritt weiter und machte einen globalen Trend hin zu einer Islamisierung von Rechtssystemen aus.³² Im Zuge der parlamentarischen Aussprache stellt AfD-Abgeordneter Gunnar Beck zudem einen Bezug zu Europa her. „Dank Frau Merkel nun aber kommt die Welt nach Europa“,³³ so Beck, und bringe ihre Wertekonflikte, in diesem Fall eine mangelnde Akzeptanz säkularer Rechtsprechung, mit sich.³⁴

Mit Blick auf die parlamentarische Arbeit der ID-Fraktion zeichnet sich nicht zuletzt die Dynamik ab, dass Programmatik und Anträge tendenziell von einer taktischen Mäßigung geprägt sind, während Redebeiträge und insbesondere auch Social-Media-Posts auf eine stärkere Polarisierung setzen. Prononciert zeigt sich dies am Beispiel der Debatte um den EU-Beitrittsprozess von Albanien und Nord-Mazedonien. Die ID-Fraktion lehnt einen Beitritt dieser Staaten strikt ab. Im entsprechenden Entschließungsantrag rekurriert sie dabei vor allem auf strukturelle Probleme des Landes und identifiziert rechtsstaatliche Defizite, Korruption und Organisierte Kriminalität als Hindernisse für einen Beitritt.³⁵ In den Social-Media-Kanälen hingegen wird das mehrheitlich muslimisch geprägte Albanien als „Narco-Staat“ und islamistisch unterwanderter „Vasallenstaat“ des türkischen Präsidenten Erdogan charakterisiert.³⁶

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Narrativ einer durch den Islam bedrohten christlichen Identität Europas erstens in der politischen Kommunikation der ID-Fraktion, die sich durch eine Tendenz zur Polarisierung auszeichnet, eine zentrale Rolle einnimmt und zweitens auch zur Einordnung und Interpretation von Sekundärthemen herangezogen wird.

Geld oder (Identitäts-)Liebe?

Die ideologischen Zentrifugalkräfte, die eine dauerhaft erfolgreiche Einigung rechter Parteien im EU-Parlament in der Vergangenheit verhindert haben, bestehen weiterhin fort. Dies illustriert ein Blick auf die Debatte um die Etablierung eines Europäischen Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der ökonomischen Folge der Covid-19-Pandemie. Nachdem sich der Rat auf ein Hilfspaket verständigt hatte, trat das Parlament am 21. Juli 2020 zusammen. Bei der Aussprache wurde deutlich, dass ein Großteil der in der ID-Fraktion vertretenen Parteien das Instrument strikt ablehnt und sich für eine frugilere EU mit einem geringeren Grad an finanzpolitischer Integration ausspricht.³⁷

Der Ko-Vorsitzende der ID-Fraktion, Nicolas Bay (RN), kritisiert etwa die fehlende Beteiligung des Parlaments an den Verhandlungen, fokussiert dann aber auf einen nationalen Aspekt, als er beklagt, dass Macron gegen die Interessen Frankreichs handle.³⁸ Der EU-Parlamentarier Georg Mayer (FPÖ)³⁹ lehnt die Einigung des Rates als ersten Schritt in eine europäische Schuldenunion ab, eine ähnliche Stoßrichtung zeigt sich auch in der Argumentation von Tom Vaudendriessche (Vlaams Belang).⁴⁰ Jaak Madison

Eine dauerhafte Einigung der rechten Parteien im Europaparlament zeichnet sich derzeit nicht ab.

(EVV) stellt der Frugalität der Nordstaaten eine aus seiner Sicht disziplinlose Haushaltspolitik anderer, von ihm nicht namentlich genannter Staaten, gegenüber, was die Krise überhaupt erst befeuert habe.⁴¹ Gunnar Beck (AfD) spricht schließlich von einem „Coup d'état“ und einem „Freiheitsverlust durch Berlin und Brüssel“.⁴²

Eine hiervon abweichende Positionierung nimmt hingegen die Lega vor. Deren Vorsitzender Salvini beklagt, dass der Wiederaufbaufond eine Rückkehr zur Austerität markiere und die Mittelausschüttung an Italien zu gering ausfalle.⁴³ Sein Parteikollege, EU-Parlamentarier Marco Campomenosi, befürchtet eine drohende Kürzung der italienischen Renten,⁴⁴ während Antonio Maria Rinaldi (Lega) darauf verweist, dass Italien in der EU weiterhin Nettobeitragszahler bleiben werde und seine Unternehmer und Bürger durch die Abgabenlast „in die Knie gezwungen“ würden.⁴⁵

**Auch auf der wirtschafts-
politischen Ebene
besteht kein Konsens.**

An dieser Stelle wird deutlich, dass innerhalb der ID-Fraktion auf wirtschaftspolitischer Ebene nicht zu unterschätzende Differenzen vorherrschen.⁴⁶ Da die Lega 29 der 76 in der Fraktion vertretenen Parlamentarier stellt, bergen diese auch ein hohes Konfliktpotenzial. Im Zuge der sich aktuell abzeichnenden starken Rezession⁴⁷ ist zudem damit zu rechnen, dass wirtschaftspolitische Themen wieder an Salienz gewinnen. Für die innere Geschlossenheit der ID dürfte sich dies künftig als Herausforderung erweisen.

Hinzu tritt, dass nationale Partikularkonflikte ebenfalls weiterhin fortbestehen und für die Parteien der ID-Fraktion Konfliktpotenzial bergen. Exemplarisch zeigt sich dies anhand der Querelen zwischen der AfD und der tschechischen SPD. Die AfD fordert eine Rücknahme der im Zuge des Zweiten Weltkrieges erlassenen so genannten Beneš-Dekrete,⁴⁸ mit denen der deutschen Minderheit in der damaligen Tschechoslowakei die tschechische Staatsbürgerschaft entzogen und das Vermögen enteignet wurde. Die SPD lehnt indes einen solchen Schritt kategorisch ab. Eine offene Eskalation dieses Konfliktes ist bis dato noch nicht eingetreten. Das Verhältnis zwischen den beiden Parteien ist jedoch unterkühlt und die AfD blieb dem großen EU-Wahlkampfauftakt der SPD in Prag – anders als Marine le Pen oder Geert Wilders – demonstrativ fern.⁴⁹

Perspektiven und Mobilisierungspotenzial der ID-Fraktion

Trotz kleinerer Unterschiede in der Konstruktion von Selbst- und Feindbildern scheint es sich bei der Selbstvergewisserung einer „christlichen (Staats-)Identität“, die durch den Islam bedroht werde, um ein verbindendes Element zwischen den rechten Parteien Europas zu handeln. Dieser ideologische Kitt erwies sich aber nicht als ausreichend, um das selbstgesteckte Ziel – die Schaffung einer rechten Fraktion mit einem Drittel der Abgeordneten in der neunten Legislaturperiode des EU-Parlaments – zu erreichen. Nichtsdestoweniger ist es den Rechten gelungen, die viertgrößte Fraktion im Parlament zu bilden. Sie nutzen den parlamentarischen Prozess zudem, um das Narrativ einer Bedrohung des christlichen Abendlandes durch den Islam nach außen zu kommunizieren und mit Sekundärthemen zu verknüpfen.

Gleichzeitig spiegelt die Debatte um die Etablierung eines europäischen Wiederaufbaufonds die weltanschaulichen Differenzen zwischen den rechten Parteien mit Blick auf zentrale, politische Fragestellungen wider. Einmal mehr zeigt sich an dieser Stelle, dass nationale Interessenlagen im Zweifel schwerer als ideologische Wahlverwandtschaften wiegen und die ideologischen Zentrifugalkräfte der Vergangenheit längst nicht überwunden sind.

Im Zuge einer sich durch die Covid-19-Pandemie eintrübenden Konjunktur ist darüber hinaus zu antizipieren, dass wirtschaftspolitische Fragestellungen die Agenda in der Europäischen Union künftig noch stärker dominieren werden, was weltanschauliche Sollbruchstellen zwischen den rechten Parteien potenziell offenlegen und das Mobilisierungspotenzial des religiös begründeten Kulturkampfnarratives schwächen könnte. Denkbar ist jedoch ebenfalls, dass externe Schocks – wie beispielsweise ein terroristischer Großanschlag oder ein starker Anstieg an irregulärer Migration in die EU – auch in Zukunft einen fruchtbaren Resonanzboden für das Motiv einer Wertebedrohung des christlichen Abendlandes durch den Islam schaffen könnten.

**Ideologischer Kitt
ist die Ablehnung
des Islams.**

Anmerkungen

- 1 Vgl. Meiler, Oliver: Rechter Gipfel ohne Strache, in: Süddeutsche Zeitung, 19.5.2019, Online-Ausgabe. Alle im Beitrag verwendeten Online-Quellen wurden am 11.8.2020 zuletzt geprüft.
- 2 von Ondarza, Nicolai / Schenuit, Felix: Schatten über den Europawahlen, in: SWP-Aktuell 58/2018, S. 2, online.
- 3 Vgl. Ebd., S. 3; vgl. Hrbek, Rudolf: Europawahl 2019: neue politische Konstellationen für die Wahlperiode 2019-2024, in: Integration 3/2019, S. 180.
- 4 Vgl. Albrecht, Jan Philipp / Peter, Tobias: Rechtsradikale Parteien im Europäischen Parlament, eine strategische Zwischenbilanz, in: Strategien der extremen Rechten, hrsg. von Stephan Braun u. a., Wiesbaden 2016, S. 130-132; vgl. Stöss, Richard: Europa rückt weiter nach rechts, Paper August 2019, S. 23-25, online; vgl. Hartleb, Florian: Rechter Populismus in der EU, keine einheitliche Bewegung trotz wachsender Euroskepsis, in: Integration 4/2011, S. 346 f.
- 5 Vgl. Hartleb: Rechter Populismus, S. 346.
- 6 Vgl. Europäisches Parlament: Europäisches Parlament 2014-2019, scheidendes Parlament, April 2019, online.
- 7 Vgl. Spengler, Franz / Bauer, Bence: Reaktionen aus Ungarn auf die Suspendierung von Fidesz, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2019, S. 1 f., online; vgl. Europäisches Parlament: Europäisches Parlament 2014-2019, online.
- 8 Der Fokus des nachfolgenden Beitrags soll auf der Anschlussfähigkeit dieser ideologischen Selbst- und Fremdentifikationen innerhalb der europäischen Rechten liegen. Eine kritische Auseinandersetzung mit und Dekonstruktion der Selbstwahrnehmung rechter Parteien als Verteidiger eines „europäischen Abendlandes“ gegen eine „islamische Invasion und Wertebedrohung“, um nur zwei besonders prävalente Topoi zu nennen, erfolgt in weiteren Beiträgen dieser Publikation.
- 9 Vgl. Pickel, Gert: Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 295.
- 10 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa, Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung, in: WSI-Mitteilungen 8/2017, S. 564; vgl. Zulehner, Paul M.: Zum Rechtspopulismus in Europa, Gründe und Gegenstrategien, in: AfD, Pegida und Co.: Angriff auf die Religion, hrsg. von Stefan Orth und Volker Resing, Freiburg im Breisgau 2017, S. 15-19; vgl. Pickel: Religion als Ressource, S. 298, 306.

- ¹¹ Vgl. Schwörer, Jakob: Right-Wing Parties as Defenders of Christianity? The Case of the Italian Northern League, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 395-397; vgl. Abertazzi, Daniele u. a.: „No regionalism please, we are Leghistil!“ The transformation of the Italian Lega Nord under the leadership of Matteo Salvini, in: Regional and Federal Studies 28/2018, S. 657, 661.
- ¹² Vgl. Kempin, Ronja: Der Front National, Erfolge und Perspektiven der „stärksten Partei Frankreichs“, Paper Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017, S. 9-12, 19; vgl. Bizeul, Yves: Die religiöse Dimension im Denken und Handeln der französischen Rechtspopulisten, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 367-379.
- ¹³ Vgl. Althoff, Andrea: Right-wing populism and religion in Germany: Conservative Christians and the Alternative for Germany (AfD), in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 344-354.
- ¹⁴ Vgl. Hidalgo, Oliver u. a.: Religion und Rechtspopulismus, Argumentation Kompakt 03/2019, S. 4, online.
- ¹⁵ Vgl. Heinze, Anna-Sophie / Rakers, Julia: Die Wahl zum Finnischen Parlament 2019, Paper der Stiftung Mercator, 2019, S. 7 f, online; vgl. Tomson, Danielle Lee: The Rise of the Swedish Democrats, Islam, Populism and the End of Swedish Exceptionalism, Paper Brookings, 25.3.2020, online; vgl. Muller, Robert / Lopatka, Jan: Far-Right scores surprise success in Czech Election, Reuters, 21.10.2017, online.
- ¹⁶ Vgl. Boras, Piotr / Vegh, Zsuzsanna: Stop, Brüssel! Polen und Ungarn in der Europäischen Union, in: Osteuropa 68/2018, S. 104, 106; vgl. Mendelski, Bruno: The Rhetoric of Hungarian Prime Minister Victor Orbán, in: The Palgrave Handbook on Ethnicity, hrsg. von Steven Ratuva, Basingstoke 2019, S. 1838-1845.
- ¹⁷ Vgl. Püttmann, Andreas: Was ist die AfD, und wie als Kirche mit ihr umgehen, in: AfD, Pegida und Co.: Angriff auf die Religion, hrsg. von Stefan Orth und Volker Resing, Freiburg im Breisgau 2017, S. 44 f.
- ¹⁸ Vgl. Henning, Anja: Political Genderphobia in Europe, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 207; vgl. Berg, Lynn: Between Anti-Feminism and Ethnicized Sexism, Far-Right Gender Politics in Germany, in: Post-Digital Cultures of the Far Right, hrsg. von Maik Fielitz und Nick Thurston, Bielefeld 2019, S. 82-84.
- ¹⁹ Stöss: Europa rückt weiter nach rechts, S. 2.
- ²⁰ Vgl. Europäisches Parlament: Die sieben Fraktionen des Europäischen Parlaments, 2.7.2019, aktualisiert am 2.3.2020, online; Euractiv: Brexit Redraws European Parliament Battle Lines, 28.1.2020, online; vgl. Hrbek: Europawahl 2019, S. 175-176.

- 21 Vgl. Europäisches Parlament: Briefing, April 2018, S. 2, online; vgl. Europäisches Parlament: Aufschlüsselung nach Nationalen Parteien und Fraktionen, 2014-2019, scheidendes Parlament, online; vgl. Europäisches Parlament: Aufschlüsselung nach Nationalen Parteien und Fraktionen, 2019-2024, konstituierende Sitzung, online.
- 22 Vgl. Hegedüs, Daniel: Can the Right in East and West unite, Paper International Politics and Society, 27.5.2019, online.
- 23 Vgl. Hrbek: Europawahl 2019, S. 180 f.
- 24 Vgl. Reuters: Neue Rechtsfraktion ohne polnische PiS und Farage's Brexit-Party, in: Die Zeit, 5.6.2020, Online-Ausgabe.
- 25 Vgl. Klapsis, Antonis: An Unholy Alliance, Paper Wilfried Martens Centre for European Studies 2015, S. 18, 29-34, online; vgl. Boras / Vegh: Stop, Brüssel, S. 108 f, 113.
- 26 Vgl. Schulz, Florence: Nach der EU-Wahl, wie stark ist der Rechtspopulismus jetzt, in: Euractiv, 4.6.2019, Online-Ausgabe; vgl. Rappold, Julian / Wunsch, Natasha: Keine Entwarnung nach der Europawahl: Der Einfluss EU-skeptischer Kräfte geht über das Europäische Parlament hinaus, in: DGAP kompakt 12/2019, S. 2 f, online.
- 27 Vgl. Schulz: Nach der EU-Wahl.
- 28 Europäisches Parlament: Anlage 3, Erklärungen zur Bildung der Fraktionen, 4.7.2019, online.
- 29 Vgl. Ebd.
- 30 Vgl. Europäisches Parlament: Plenartagung, 28.10.2020, ab 10:53:50, online.
- 31 Ebd., ab 10:54.
- 32 Vgl. ID-Fraktion: Motion for a Resolution on the proposed new Criminal Code of Indonesia, (2019/2881(RSP)), 22.10.2010, online.
- 33 Europäisches Parlament: Plenartagung, 24.10.2020, ab 11:34:48, online.
- 34 Vgl. Ebd., ab 11:34.
- 35 Vgl. ID-Fraktion: Entschließungsantrag zu der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien, (2019/2883(RSP)), 22.10.2019, online.
- 36 Vgl. Identité et Démocratie Parti: Stop à l'élargissement de l'union européenne, 2019, online.
- 37 Vgl. Steinvorth, Daniel: Zu viel Geld oder zu wenig? Europas Rechtspopulisten sind sich uneinig, in: NZZ, 27.7.2020, Online-Ausgabe.
- 38 Vgl. European Parliament: Plenary, 23.7.2020, ab 10:22, online.
- 39 Vgl. Ebd., ab 11:35.
- 40 Vgl. Ebd., ab 11:49.

⁴¹ Vgl. Ebd., ab 11:06.

⁴² Vgl. Ebd., ab 11:20.

⁴³ Vgl. Steinvorth: zu viel Geld oder zu wenig, Online-Ausgabe.

⁴⁴ Vgl. European Parliament: Plenary, 23.7.2020, ab 10:48.

⁴⁵ Vgl. Ebd., ab 12:10.

⁴⁶ Vgl. Hegedüs: Can the Right in East and West unite, online.

⁴⁷ Vgl. Europäische Kommission: Wirtschaftsprognose Sommer 2020, noch tiefere und uneinheitlichere Rezession, 7.6.2020, online.

⁴⁸ Vgl. Kittel, Manfred / Möller, Horst: Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 54/2006, S. 543-546.

⁴⁹ Vgl. Schmidt, Hans-Jörg: Mit der AfD hat der tschechische Rechtsextreme ein großes Problem, in: Die Welt, 27.4.2019, Online-Ausgabe.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik – Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)
- Nr. 81 Mit KI gegen die Pandemie?
Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen
- Nr. 82 Das Kreuz mit der Neuen Rechten?
Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-585-4
Herausgeber	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Claudia Magg-Frank (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

